



**JAHRESBERICHT 2016**  
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>EDITORIAL</b>	4
<b>SCHWERPUNKT: DIE LINKE UND DIE KLASSE</b>	6
Neue Klassenpolitik	6
Große Kämpfe, kleine Siege – Zur Europaarbeit der Stiftung	9
Die europäischen Häfen – Marktplätze der Globalisierung	10
Strategien zur Steigerung der Durchsetzungsfähigkeit – 3. Streikkonferenz	11
Die Wahlerfolge der AfD sind keine Klassenfrage	11
Leipziger Mitte-Studie – Das Medienecho	12
Geförderte Projekte und Publikationen zum Schwerpunktthema	13
<b>DAS INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE</b>	14
Fellowships	15
«Unboxing – Algorithmen, Daten und Demokratie»	16
48 Stunden Frieden – Workshops zu Friedens- und Sicherheitspolitik	17
«Klasse verbinden» – Gemeinsame Ausgabe von <i>Jacobin</i> und <i>LuXemburg</i>	18
«Luxemburg Lectures» 2016	19
<b>AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG</b>	20
Welcome2Stay! – Ein Vernetzungstreffen	21
«Campus für weltverändernde Praxis» – Ein neues Bildungsformat	22
Ein Jahrhundert in 54 Stunden – Eine Peter-Weiss-Lesung	23
<b>BUNDESWEITE ARBEIT</b>	24
Baden-Württemberg: Zum 100. Geburtstag von Theodor Bergmann	26
Bayern: Hearing zu NS-Verbrechen auf Kreta	26
Berlin: What's up in Great Britain?	27
Brandenburg: Der Nahe Osten und Europa	27
Bremen: Politische Selbstorganisation von Geflüchteten	28
Hamburg: Perspektiven der kurdischen Bewegung	28
Hessen: Vorlesungen in Kassel zu Friedenspolitik	29
Mecklenburg-Vorpommern: Geschichtsprojekt zum Eichmann-Prozess	29
Niedersachsen: «Armut. Macht. Flucht»	30
Nordrhein-Westfalen: «Fünf Jahre nach dem Schulkonsens»	30
Rheinland-Pfalz: Geschlechterverhältnisse von Marx bis heute	31
Saarland: «Von der Saar zum Ebro»	31
Sachsen: Erinnerung an Bruno Apitz	32
Sachsen-Anhalt: Zu den Hintergründen des Brexit	32
Schleswig-Holstein: Politiktage in Bad Oldesloe	33
Thüringen: Eine Schule für alle	33
<b>ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG UND ZUSAMMENARBEIT</b>	34
«Die internationalistische Perspektive stärken» – Interview mit Boris Kanzleiter	35
6. Chinesisch-europäisches Forum zu sozial-ökologischen und Rechtsfragen	36
Büro Moskau – Schranken unterlaufen und Grenzen überwinden	36
Büro Quito – Buen vivir praktisch umsetzen	36
Die Auslandsbüros	38

<b>GEFÖRDERTE PROJEKTE</b>	42
<b>DAS STUDIENWERK</b>	52
Interview zur Situation kritischer Wissenschaft in der Türkei	54
«Die Kulturalisierung der Klassenfrage»	55
Vertrauensdozentinnen und -dozenten	56
<b>POLITISCHE KOMMUNIKATION</b>	58
«Rosa at the bookfair» – Bericht von der Frankfurter Buchmesse	59
«Smarte Worte» – Das kritische Lexikon der Digitalisierung	60
Ausgewählte Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung	61
<b>ARCHIV UND BIBLIOTHEK</b>	62
<b>BERICHTE AUS DER STIFTUNG</b>	64
Eine Frage der Geduld – Das Neubauverfahren	64
Von wegen sicher – Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten in der Kritik	65
Ein Leben für die marxistische Geschichtswissenschaft – Zum Tod von Kurt Pätzold	66
Die letzte Reise – Nachruf auf Hans-Jürgen Krysmanski	66
Leidenschaftlicher Architekt – In memoriam Peter Conradi	67
Nüchtern, selbstreflexiv, kritisch – Zur Erinnerung an Michael Glass	67
<b>PERSONALENTWICKLUNG</b>	68
<b>GREMIEN</b>	70
Die Mitgliederversammlung	70
Mitglieder der Rosa-Luxemburg-Stiftung	71
Der Vorstand – Politische Debatten und Richtungsentscheidungen	73
Mitglieder des Vorstands	73
Der wissenschaftliche Beirat	74
Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats	74
Im Umbruch: Die Gesprächskreise	75
<b>ORGANIGRAMM</b>	76
<b>STIFTUNGSHAUSHALT</b>	78
<b>BILDNACHWEISE/IMPRESSUM</b>	84



## EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser, auch wir müssen zugeben, uns im Jahr 2016 in einigen Fällen gravierend geirrt zu haben. Die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten haben wir nicht erwartet, auch wenn wir die Gefahren seines populistisch-autoritären Programms und die beträchtlichen Schwächen der Kandidatur Hillary Clintons einschätzen konnten, nicht zuletzt dank der Expertise unseres New Yorker Büros. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung, wie unsere Stiftung im Untertanen heißt, können fehlerhaft sein. Sie sind aber notwendiger denn je. Denn ohne saubere Analysen sind erfolgversprechende Antworten kaum möglich. Sicherlich reicht es nicht, wie Karl Marx formuliert, die Welt nur unterschiedlich zu interpretieren. Doch sind in diffusen Umbruchphasen wie der jetzigen Deutungen und Einordnungsversuche keineswegs «l'art pour l'art», sondern notwendig, um die Dimension der Umbrüche und Krisen erfassen zu können. Ohne ein solches Erfassen sind seriöse, demokratisch geführte Kontroversen um Krisenursachen und gesellschaftliche und globale Lösungsstrategien ebenso wenig möglich wie angemessene linke Reaktionen auf Nationalismus, Autoritarismus und Rassismus. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung allein lösen keine gesellschaftlichen Probleme, sie können aber dabei, wenn sie nicht als kurzfristiger, hektischer Reparaturmechanismus missverstanden werden, wichtige Unterstützung leisten. Dazu gehören auch ganz klassische Aufgaben wie kritische Aufklärung und Informationen, die hinterfragt werden können und zur Debatte einladen, sich jedoch deutlich von geschlossenen und letztlich autoritären Weltbildern abgrenzen, wie sie mit Begriffen wie «Lügenpresse» und «fake news» verbunden werden. Insofern ist es durchaus relevant, wie wir zum Beispiel die politische Richtung einschätzen, die Donald Trump verkörpert. Handelt es sich um eine autoritäre Variante des Neoliberalismus, um einen autoritären Rechtskeynesianismus, ist es ein Rechtspopulismus, wie viele der Strömungen der letzten Jahre genannt werden? Solche Fragen sind wichtig für Aufklärung und politische Bildung, denn viele Reaktionen auf die bedrohlichen und oftmals chaotischen Entwicklungen in der Welt schwanken zwischen undifferenzierter Verallgemeinerung und hilfloser Schwammigkeit.

Nicht nur die Wahl Donald Trumps, auch weitere Erfolge autoritär-populistischer Strömungen prägten die letzten beiden Jahre in vielen Ländern. Zu nennen ist etwa das EU-Referendum 2016 in Großbritannien. Der Dämpfer, den die Konservativen unter Theresa May bei den Unterhauswahlen ein Jahr später erlebten, hebt den Brexit nicht grundsätzlich auf, was im Übrigen demokratisch auch nicht zu legitimieren wäre und die diffuse Wut auf «das Establishment» nur verstärken würde. Sicherlich gibt es erfreuliche Anzeichen, dass ein weiterer Anstieg dieser antidemokratischen Kräfte zunächst gestoppt werden konnte, so in Frankreich, den Niederlanden oder zuletzt



Dagmar Enkelmann und Florian Weis

in Großbritannien, wo die rechte UKIP abstürzte. Aus unserer Sicht waren es uneingeschränkt gute Nachrichten, dass weder Norbert Hofer noch Marine Le Pen die Präsidentschaftswahlen in Österreich und Frankreich gewannen und Geert Wilders Einmann-Partei nicht die stärkste Kraft in den Niederlanden wurde. Doch ist damit weder die Gefahr durch rechtspopulistische und nationalistisch-autoritäre Parteien gebannt, noch ist der gesellschaftliche Nährboden dieser Parteien verschwunden. Vielmehr zeigt die Erleichterung eines Teils der Publizistik und Politik über die Wahlergebnisse in Österreich, den Niederlanden, in Deutschland und Frankreich auch, wie erschreckend stark wir uns an Erfolge einer – heterogenen – antidemokratischen Rechten in Europa gewöhnt haben. Darüber hinaus heißen die politischen Ansätze von Mark Rutte oder Emmanuel Macron in Bezug auf soziale Gerechtigkeit als für uns sowohl unerlässlichem Bestandteil wie Voraussetzung einer stabilen liberalen Demokratie wenig Gutes.

Die Liste bedrohlicher Entwicklungen lässt sich leider verlängern. Als Rosa-Luxemburg-Stiftung berühren uns die Ereignisse in Brasilien, wo in einer Art kaltem Putsch eine demokratisch gewählte linke Präsidentin aus dem Amt gedrängt wurde und das Land in eine immer tiefere soziale, wirtschaftliche und demokratische Krise gerät, ebenso stark wie die autoritäre Entwicklung in der Türkei unter Präsident Erdoğan, der unendlich blutige Krieg in Syrien oder die Opfer terroristischer Gewalt in Frankreich, Belgien, Großbritannien, der Türkei, dem Irak und vielen anderen Ländern.

Gleichzeitig zeichnen sich aber auch ermutigende Entwicklungen ab, so die Teilerfolge der Kampagnen von Bernie Sanders in den USA, der britischen Labour Party unter Jeremy Corbyn, der Unidos Podemos in Spanien und der Präsidentschaftskandidatur von Jean-Luc Mélenchon in Frankreich, in denen Ansätze einer Verbindung bewahrenswerter Organisationen und Traditionslinien mit neueren Akteurinnen und Akteuren sowie Organisationsformen erkennbar werden. Ermutigend sind auch die starken Zeichen der Solidarität, wie etwa mit Geflüchteten in Deutschland und anderen europäischen Ländern, mit von Repressionen betroffenen Menschen aus der Türkei oder

dem «Women's March» in den USA. Diese Strömungen sowohl beobachtend zu begleiten als auch ermutigend zu unterstützen, ohne sie vereinnahmen zu wollen, sehen wir als eine wichtige Aufgabe der Rosa-Luxemburg-Stiftung an.

Genauso zentral ist auch der Beitrag, den unsere Stiftung für neue Formen verbindender Konzeptionen und politischer Praxen leisten will. «Neue Klassenpolitik» und «neuer (oder verbindender) Feminismus» sind dabei aktuell diskutierte Begriffe. Es geht dabei darum, einen alten Ausgangspunkt sozialistischer Politik neu zu beleben, in dem alle Unterdrückungsverhältnisse und Ausgrenzungsformen zu überwinden sind, solche von wirtschaftlich-sozialer Benachteiligung und Ausbeutung ebenso wie solche durch Rassismus und vielfältige Diskriminierungen. Dabei kann es nicht darum gehen, bestehende Widersprüche zu verschleiern; Menschen können in manchen Lebensbereichen begünstigt und in anderen gleichzeitig gravierend benachteiligt sein. Es geht auch nicht darum, das Recht auf Selbstvergewisserung, Eigenständigkeit, Selbstorganisation und Repräsentanz zu kritisieren. Vielmehr muss es das Bestreben einer demokratisch-sozialistischen Politik sein, verbindende Ziele und Formen feministischer, anti-rassistischer, «migrantischer» und sozial-ökonomischer «Klassenpolitik» gegenüber identitär-partikularen zu stärken. Dies schließt ein, Respekt und Gehör für diejenigen wiederzufinden, die sich von einer liberalen Globalisierungselite ebenso im Stich gelassen fühlen wie von Teilen einer ihnen kulturell fremden urbanen Linken. Wir knüpfen dabei an die lebhaften Debatten um und mit Owen Jones, Didier Eribon, Oliver Nachtwey, Laurie Penny und anderen an.

Der – zunehmend weniger liberale – globalisierte Kapitalismus steckt in einer tiefen Krise und gefährdet dadurch langfristig die Grundlagen der Demokratie ebenso wie eine friedliche internationale Entwicklung. Die Verteidigung der demokratischen Verfasstheit ist eine Selbstverständlichkeit in unserem Handeln, doch glauben wir, dass es einer weiterreichenden nationalen, europäischen und vor allem internationalistischen Perspektive von sozialer Gerechtigkeit und umfassender Gleichheit bedarf. Die Beschäftigung mit Karl Marx, dessen 200. Geburtstag im kommenden Jahr einen großen Raum nicht nur in unserer Arbeit einnehmen wird, mit den revolutionären Ereignissen der Jahre 1917 bis 1919 und mit unserer Namensgeberin Rosa Luxemburg, deren Ermordung sich 2019 zum hundertsten Male jährt, steht in unserer Arbeit in diesem Kontext – nicht ausschließlich als Betrachtung abgeschlossener Epochen, sondern als Anregung für eine den gegenwärtigen Kapitalismus überwindende, demokratisch-sozialistische Perspektive.

**DR. DAGMAR ENKELMANN**  
Vorsitzende des Vorstandes

**DR. FLORIAN WEIS**  
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

## SCHWERPUNKT: DIE LINKE UND DIE KLASSE

### NEUE KLASSENPOLITIK

Nicht, dass die Klassenfrage je ganz verdrängt werden konnte. Sie fristete aber lange ein Schattendasein im Marxismus, kam gelegentlich in den Feuilletons zur Sprache und spielte politisch jahrzehntelang selbst in linken Debatten kaum eine Rolle. Dass sie nun zurück ist, hat unterschiedliche Gründe und im Jahr 2016 auch einen eher tragischen Anlass: den weltweiten Erfolg rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen. Es scheint, als wären sie es, die die Klassenfrage momentan von rechts stellten.

Obwohl Parteien wie die Alternative für Deutschland (AfD) oder der Front National und Bewegungen wie Pegida mehrheitlich von Gruppen aus der etablierten Mitte oder dem Kleinbürgertum getragen werden, sprechen sie relevante Teile der (männlichen) Arbeiter und Arbeitslosen an. Der französische Soziologe Didier Eribon nennt deren Wahlentscheidung für die Rechte einen «Akt politischer Notwehr», um überhaupt noch irgendwie im politischen Diskurs vorzukommen, wenn auch nur als «negative Selbstaffirmation». Sein autobiografischer Selbstversuch «Rückkehr nach Reims» war der politische Bestseller des Jahres 2016. Eribon sucht nach Spuren, warum eine Arbeiterklasse, die sich von der Sozialdemokratie verkauft fühlt und von der Wirkungslosigkeit der kommunistischen Partei enttäuscht ist, sich einer machtvollen rechten Erzählung zuwendet: der Verteidigung der hart arbeitenden Menschen und der Nation gegen «den Islam», «die Migranten», die Globalisierung, die Schwulen und LGBTs, die «moralisierenden 68er» an der Macht etc. Die «Luxemburg Lecture» mit Eribon zog mehr als 700 Menschen an, weitere 500 verfolgten die Debatte über den Livestream, und in einem Online-Schwerpunkt der Zeitschrift *LuXemburg* setzten sich zahlreiche Autorinnen und Autoren mit Eribons Buch auseinander. In Analysen der Entscheidung für einen Brexit spielte die Klassenfrage ebenfalls eine Rolle: Eine «Revolte der Arbeiterklasse» nennt sie der britische Journalist Owen Jones in der *LuXemburg*, wenn auch nicht «die Art von Revolte gegen das politische Establishment, die viele von uns sich gewünscht hätten». Die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA ist zwar nicht mehrheitlich Stimmen aus der Arbeiterklasse zu verdanken, doch markierte der Wechsel von relevanten Teilen der weißen, männlichen Arbeiter zu Trump in einzelnen Bundesstaaten den entscheidenden Unterschied für seinen Sieg. Arlie Russell Hochschild, feministische Soziologin, spürt in der Zeitschrift *LuXemburg* dem Lebensgefühl und Motiven von Trump-Wählern im Mississippi-Delta nach.

Angesichts des wachsenden Rechtspopulismus plädiert Jan Korte, Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung, in einem Strategiepapier («Neuer Aufbruch») für mehr Klassen-

analyse und für deren praktische Wendung. Wie aber funktioniert eine solche Analyse auf der Höhe der Zeit? Erik Olin Wright, Soziologe aus Wisconsin, USA, versuchte sich an Antworten. «Understanding Class» war der Titel seiner «Luxemburg Lecture».

### **FORTGESETZTE ENT SICHERUNG – GESICHTER DER NEUEN KLASSENGESELLSCHAFT**

Der jüngst veröffentlichte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung bestätigt in Zahlen, was seit Jahren überdeutlich ist: Neoliberale Kürzungspolitiken, die Ökonomisierung fast aller Lebensbereiche und die Privatisierung großer Teile der sozialen Infrastrukturen und der Daseinsvorsorge verschärften bestehende Ungleichheiten. Armut nimmt zu, soziale Spaltungen verfestigen sich und gesellschaftliche Sicherheiten sind einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit und der Angst vor Abstieg gewichen. Selbst die vermeintlich stabile Mitte muss Anstrengungen unternehmen, um ihren Status zu halten. Oliver Nachtwey, Ökonom und Soziologe, fand dafür das Bild einer abwärts fahrenden Rolltreppe: Schon um nicht abzustiegen, muss man stetig rennen; gegen die Fahrtrichtung ein kleines Stück aufwärts zu gelangen kostet enorme Anstrengung und oben anzukommen gelingt kaum einem.

Einst war es die LINKE, die dem Protest des Prekariats einen Ausdruck gab. Eine Klassenfraktion, die auch deshalb schwer zu fassen ist, weil niemand zu ihr gehören will. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihr Institut für Gesellschaftsanalyse erkunden seit 2007 diese differenzierten Welten: Prekarisierung, die Entsicherung von Arbeits- und Lebensverhältnissen, ist längst kein Problem einiger weniger. Sie betrifft illegalisierte migrantische Putzfrauen, Sicherheitskräfte oder Kassiererinnen ebenso wie den gut ausgebildeten ostdeutschen Leiharbeiter im Ruhrgebiet, den (schein-)selbstständigen Fernfahrer, das Computer-Proletariat in den Callcentern, freie Journalistinnen und solo-selbstständige Kulturschaffende. Sie alle unterliegen Formen der «Flexploitation» (Pierre Bourdieu). Dabei geht es nicht nur um unsichere Arbeitsverhältnisse, sondern auch um prekäre Lebensbedingungen, mangelnde Anerkennung, den Abbau sozialer Dienstleistungen und um fehlende Planungssicherheit für den eigenen Lebensentwurf. Die Ergebnisse der Forschung hat Miriam Pieschke in das Bildungsmaterial «Jenseits der Prekarität» übersetzt. Damit konnte die Kampagne der LINKEN «Das muss drin sein» seminaristisch begleitet, es konnten aber auch Bildungsveranstaltungen mit der DGB-Jugend oder den Landesstiftungen durchgeführt werden.

Was trennt all die genannten Gruppen, was eint sie vielleicht auch? Eine komplizierte Frage, der sich die gesellschaftliche Linke in Deutschland erst schrittweise annähert. In weiten Teilen hatte sie sich von den Anliegen der Mehrheit der Lohnabhängigen entfernt, sich in eher akademisch geprägte Nischen



Sichtbarer Ausdruck veränderter Arbeitsverhältnisse: Foodora-Auslieferer in Berlin

zurückgezogen. Hinzu kommt, dass viele Kämpfe gerade migrantischer und (queer-)feministischer Bewegungen als Teilerfolge ins neoliberale Projekte integriert wurden und erst recht die Distanz zu jenen vergrößerten, die von einer Pluralisierung der Lebensweisen im Rahmen verschärfter Konkurrenz kaum etwas haben. Nicht nur «Klasse» als Kompass linker Strategiebestimmung, sondern auch die Lebensrealität der Klassen spielte kaum eine Rolle.

### **ABER WER IST EIGENTLICH DIE KLASSE?**

Steht der Kohlekumpel in der Lausitz, der von Digitalisierung bedrohte Industriearbeiter oder der DHL-Bote am Ende einer informatisierten Logistikkette für die Klasse? Oder ist es doch die Krankenschwester im modernen Krankenhauskonzern? Michael Vester und Sonja Weber-Menges haben für die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Studie zur Veränderung der Erwerbsstruktur und den damit einhergehenden Auf- und Abstiegen von Berufen vorgelegt. Ihr Fazit: Die Klasse ist in permanenter Veränderung.

Wenn von Klasse im Zusammenhang mit Brexit, Trump, Le Pen und AfD die Rede ist, hat man schnell das Bild der früheren weißen männlichen Arbeiterklasse altindustrieller Regionen vor Augen. Und natürlich hat auch diese Klassenfraktion legitime Interessen. Aber insgesamt ist die Klasse heute



vielfältiger, war es eigentlich immer schon. Sie ist weiblicher, migrantischer, umfasst unterschiedliche sexuelle Orientierungen, Identitäten und Lebensgewohnheiten. Die meisten der ins Land kommenden Geflüchteten sind ebenfalls Teil der Arbeiterklasse. Die soziale Frage muss also auch aus der Perspektive der Migration gestellt werden, denn die Einwanderungsgesellschaft ist längst Realität, darauf weisen Massimo Perinelli und Stefanie Kron von der Akademie für politische Bildung der Stiftung in ihren Publikationen immer wieder hin. Ein Perspektivwechsel ist nötig: Eine neue Klassenpolitik auf der Höhe der Zeit muss der Vielfältigkeit der Klasse Rechnung tragen und einen reduktionistischen Klassenbegriff vermeiden. Rassismus, Geschlechterverhältnisse und soziale Fragen, Ökologie und Frieden etwa sind untrennbar verwoben. Schließlich forderte Marx nicht umsonst, «alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes [...] Wesen ist». Wenn wir daher von einer notwendigen Rückkehr zur Klassenfrage sprechen, reden wir über etwas, das es zu entwickeln gilt, wofür es noch keine Blaupause gibt: eine neue Klassenpolitik, die ohne belehrende Political Correctness von Beginn an die Verwobenheit der Unterdrückungsverhältnisse intersektional denkt, so etwa Lia Becker auf der von der Stiftung mitveranstalteten Herbstakademie zum Thema «Europe what's next?».

Differenzen dürfen nicht hierarchisiert werden. Auch lassen sich die unterschiedlichen Anliegen nicht einfach addieren – sie müssen aktiv verbunden werden. Einen Anlauf zu der Frage, wie sich die disparaten Teile der «Klasse verbinden» lassen, unternahmen die Zeitschriften *LuXemburg* und *Jacobin* in einem gemeinsam produzierten Heft gleichnamigen Titels. Letztlich lassen sich aber Verbindungen nur dort herstellen,

wo die Linke im Lebensalltag der Menschen präsent ist, wo sie in Wohnvierteln und im Betrieb Menschen zur Selbstermächtigung befähigt. So kann auch die Glaubwürdigkeit der Partei DIE LINKE zurückgewonnen werden.

Das wäre bitter nötig, denn es zeigt sich, dass die Linke weite Teile der populären Klassen nicht mehr erreicht. Viele wenden sich ab von Politik, auch von linker Politik, eine klassenspezifische Entmutigung am unteren Ende der gesellschaftlichen Hierarchie. Denjenigen, die nicht zur Wahl gehen, widmeten sich Analysen und sogar eine gemeinsame Veranstaltung aller politischen Stiftungen; federführend für die Rosa-Luxemburg-Stiftung war Horst Kahrs. Sinkende Wahlbeteiligungen beunruhigen viele, aber für die Linke ist es ein existenzielles Problem, diese Menschen nicht mehr zu erreichen.

Da heißt es, rauszugehen, echte Verbindungen mit den populären Klassen aufzubauen, besonders in benachteiligten Gebieten, Solidarstrukturen zu schaffen, zahlreicher zu werden, eine stärkere soziale Basis zu organisieren – all dies ist unverzichtbar, um als Linke wirksam zu werden, wie etwa Mario Candeias und Michael Brie in einem Papier zu Strategien der Linken fordern. Die Stiftung ist hier seit Langem Impulsgeber und publizistischer Verstärker. Und sie begleitet Initiativen zur Organisation in benachteiligten Wohngebieten sowohl praktisch mit Seminaren zu «Transformative Organizing» als auch wissenschaftlich.

Es gilt, auf die Leute zuzugehen, an ihren Türen zu klingeln, vor allem in bestehenden oder ehemaligen Hochburgen der LINKEN. Und zwar ganz gleich, ob es sich um Bio-Deutsche, um Migrantinnen und Migranten jedweder Generation mit oder ohne Wahlrecht oder um Geflüchtete handelt. Das braucht einen langen Atem. Zuhören, diskutieren, zu lokalen Treffen ein-

Viele wenden sich von der Politik ab. Deshalb gilt es, auf die Menschen zuzugehen, an ihren Türen zu klingeln, den direkten Kontakt zu suchen – wie hier in Dresden-Prohlis.



laden, die sich um Alltagsprobleme drehen. Für beide Seiten eine neue Erfahrung, überhaupt mal persönlich ins Gespräch zu kommen. Das Projekt der Haustürbefragungen von der Partei DIE LINKE wird vom Institut für Gesellschaftsanalyse wissenschaftlich begleitet.

Die Aktiven sind an den Haustüren bei den Befragten «immer wieder auf Alltagsrassismus und sprachliche Gewalt gestoßen, aber die wenigsten verfügen über ein geschlossenes Weltbild. Vielmehr bestand die Herausforderung darin, gemeinsame Interessen zur Sprache zu bringen und dabei weder die eigenen Positionen zu schleifen noch den Leuten ihre Erfahrungen abzusprechen», meint Anne Steckner bei einer ersten Auswertung des Projekts. Genau hinschauen und die Erreichbaren unter den Befragten ernst nehmen, Gemeinsamkeiten so weit ausloten, wie es möglich ist, ohne sich zu verbiegen. «Meine Erfahrung von heute sagt mir, dass es nicht nur falsch, sondern auch gar nicht nötig ist, unseren Antirassismus zu verstecken, um mit Menschen ins Gespräch zu kommen. Ich habe rassistischen Äußerungen offen widersprochen, und konnte dennoch mit den Leuten über zu niedrige Renten und zu teure Kitas sprechen», so Felix Pithan, Landessprecher der LINKEN Bremen.

Es kann nicht darum gehen, auf demselben Terrain zu agieren wie die Rechte. Sinnvoll wäre es, «andere Themen, Perspektiven und Werte» zu (wahl-)entscheidenden Punkten zu machen, so Horst Kahrs in einer seiner Analysen zu Rechtsentwicklung und Klassenfrage. Denn gern werden jene rund acht Millionen Menschen vergessen, die sich in der Arbeit mit Geflüchteten engagieren. Ihre Interessen und ihr stiller politischer Einsatz für eine solidarische und demokratische Lebensweise sind in der öffentlichen Debatte weit weniger präsent als der rechte Protest.

Ob hier neue Verbindungen hergestellt werden können, hängt auch davon ab, wovon die jeweilige Alltagserfahrung geprägt ist – von praktischer Solidarität oder von Konkurrenz und Vereinzelung. Aber auch praktische Solidarität muss organisiert werden, nur dann sind solidarische Praxen attraktiver als ein rechtes Projekt. Dazu braucht es Orte, an denen dies gemeinsam erprobt und gelernt werden kann. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung begleitet seit Längerem solche Laboratorien gelingender Solidarität im Bereich der bezahlten und unbezahlten Arbeit. So etwa mit einem europäischen Ratschlag und Analysen zum Kampf der Beschäftigten bei Amazon, mit der Strategiekonferenz «UmCARE» zu Pflege und Gesundheit gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und ver.di oder auf der großen Gewerkschaftskonferenz «Gemeinsam gewinnen!».

Die Rechten arbeiten mit Angst und Hass. Wir müssen Hoffnung und Solidarität dagegensetzen, die sich sowohl an Geflüchtete und Minderheiten richten als auch an die sozial Deklassierten und die verunsicherte Mitte. Die Menschen müssen das Gefühl haben, dass nicht nur ihre Interessen wahrgenommen werden, sondern ihrer Lage Empathie entgegengebracht wird. Auf dieser Basis der Anerkennung von Bedürfnissen lassen sich verbindende Praxen entwickeln.



Minenarbeiter in der Ostukraine – Foto aus der Ausstellung «Die Siege der Besiegten»

## GROSSE KÄMPFE, KLEINE SIEGE

ZURÜCK ZUR KLASSE GEHT ES AUCH IN DER EUROPA-ARBEIT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

«Wir müssen weiterkämpfen» sagte Emina Busuladžić in einem Interview im bosnischen Fernsehen. Sie ist eine ehemalige Beschäftigte des bosnischen Unternehmens DITA in Tuzla, war aktives Gewerkschaftsmitglied und Präsidentin des Streikkomitees. Das Unternehmen, das Wasch- und Haushaltsmittel herstellt, stand nach einer dubiosen Privatisierung kurz vor dem Bankrott. Die damals Beschäftigten organisierten sich und erkämpften sich ihre Firma zurück. Heute ist DITA eine Firma in Selbstverwaltung, die weiterhin produziert und eine der größten Supermarktketten des Landes beliefert. Das ist für viele der rund 70 Arbeiterinnen und Arbeiter ein kleiner Schritt in Richtung Rückeroberung guter Arbeitsbedingungen, gerechter Löhne, solidarischen Miteinanders. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt seit 2016 diesen Kampf um die Zukunft von DITA. Unsere Partnerorganisation Front Slobode begleitet sowohl die tägliche Praxis im Betrieb als auch die Öffentlichkeitsarbeit in Tuzla, um Solidarität zu organisieren und eine gesellschaftliche Debatte über die Situation und die Rechte von Arbeitenden im bosnischen Transformationsprozess anzustoßen. So werden in den öffentlichen Veranstaltungen der «ArbeiterInnen-Universität» Themen wie Nation, Klasse und Wirtschaftsdemokratie zwischen Studierenden, Arbeitenden und vielen anderen diskutiert. Langfristig wird die Initiierung eines «Arbeitsgerichts» vorbereitet, angelehnt an die südafrikanischen Wahrheitskommissionen, das die vielfältigen Verletzungen der sozialen Rechte von Ar-

beitenden im kapitalistischen Transformationsprozess Bosniens dokumentieren soll.

Man braucht einen langen Atem. Und genau diese Art von Kämpfen muss aktuell überall in Europa geführt und unterstützt werden. Daher sind wir beispielsweise auch in Spanien aktiv. In Almeria, Zafarraya und San Isido haben wir in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft der Landarbeiterinnen und Landarbeiter (SOC/SAT) Seminare organisiert, die zunächst das Ziel hatten, ein Koordinationsteam in Andalusien zu bilden, das die Betroffenen in der Region über ihre sozialen Rechte informiert und ihnen helfen kann, diese in selbstorganisierten Strukturen einzufordern – mit Erfolg. Die bisher unorganisierten Arbeitenden begannen, in ihrem lokalen Umfeld stabile Organisationsstrukturen aufzubauen.

In der Ukraine haben wir 2016 die Verbindung von Kunst und Arbeit mit zwei Projekten gefördert, die sich den Arbeitsbedingungen der in den staatlichen Minen und Bergwerken arbeitenden Menschen widmeten. Viele von ihnen haben wochen- oder gar monatelang keinen Lohn mehr bekommen. Um sie im Kampf um ihre Rechte zu unterstützen, wurde praktische Beratung angeboten und die gewerkschaftliche Organisation forciert. Es bedarf zugleich Stimmen, die dieses Unrecht öffentlich machen. Das tat Yevgenia Belorusez mit ihrer Ausstellung «Die Siege der Besiegten», in der sie Minenarbeiter porträtierte und damit im Kiewer Nationalen Taras-Schewtschenko-Museum auf beachtliches Interesse stieß.

Auch die schlesischen Bergarbeiter wollen sich nicht ihrem Schicksal ergeben und versuchen mithilfe der Rosa-Luxemburg-Stiftung, eine sozialökologische Energiewende voranzutreiben. Dabei müssen sie sich auch innerlich von vielem verabschieden, was ihr Leben als Bergarbeiter prägte: von Vollbeschäftigung unter Tage, von einem durch Extraktivismus bestimmten Verständnis von industrieller Arbeit, von spezifischen Geschlechterbildern und vielem mehr.

Diese Art von Transformation zu unterstützen und dabei vor allem das Potenzial zur Selbstorganisation der Akteure – seien es Frauen, Migrantinnen und Migranten, Arbeiterinnen und Arbeiter – zu stärken, das sind zentrale Aufgaben unserer Arbeit in den europäischen Ländern. Denn diese Menschen kämpfen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, für mehr Geschlechtergerechtigkeit und einen behutsameren Umgang mit der Umwelt, für eine Welt, in der soziale Rechte für alle gelten. Kurz: Sie kämpfen für eine Welt, in der – wie Marx es formulierte – «die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist». Man könnte das auch als Klassenkampf bezeichnen.

### **DIE EUROPÄISCHEN HÄFEN - MARKTPLÄTZE DER GLOBALISIERUNG**

Die Fragen nach aktuellen Arbeitsbeziehungen und sozialen Konflikten in der europäischen Hafenwirtschaft und Seeschifffahrt standen im Mittelpunkt der von der Rosa-Luxemburg-



Umschlagplatz Duisburger Hafen – ein Zentrum der Logistik in Europa

Stiftung organisierten Informations- und Vernetzungsreise «Auf umgekehrten Güterwegen. Von Berlin bis an die Küste». Die Route führte die Teilnehmenden aus Gewerkschaften, Kunst, Politik, Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen und Stiftungswesen vom 22. bis 26. Juni vom Berliner Westhafen nach Duisburg zum größten Binnenhafen Europas und nach Rotterdam, einem der zehn größten Seehäfen der Welt. Auf dem Programm standen Gespräche mit Betriebsräten, Gewerkschaftsaktiven und Dockern sowie geführte Hafentourfahrten und Diskussionsveranstaltungen.

Die Besuche in den drei Hafenstandorten verdeutlichten, wie rasant die Logistifizierung der Hafenarbeit und die Digitalisierung der Logistik derzeit Profile und Bedingungen der Arbeit in den Häfen verändern. Komplette automatisierte Containerterminals wie etwa das nagelneue Maasvlakte II in Rotterdam haben hier Modellcharakter. Während Rotterdam das Drehkreuz für die Verteilung von Erz, Kohle und Erdöl in Europa ist, fungiert Duisburg als Zentrum der Logistik: Die Vermietung von Flächen an rund 300 private Logistikunternehmen ist eine der wichtigsten Einkommensquellen für die öffentliche Hafengesellschaft DuisPort. Die Mehrheit der 36.000 Beschäftigten in den Duisburger Häfen sowie die etwa 60.000 Menschen, die am Knotenpunkt Rotterdam mit Transport, Umschlag und Verkehrsdienstleistungen beschäftigt sind, sieht man allerdings ebenso wenig wie die Seeleute der Handelsschiffe. Die gewerkschaftliche und betriebliche Organisation ist in diesem Bereich schwierig und schwach ausgeprägt, Lohndumping und prekäre Arbeitsverhältnisse sind dagegen an der Tagesordnung.

Ein Lichtblick ist die Arbeit der Internationalen Transportarbeitergewerkschaft (ITF), der auch ver.di angehört. Die von der ITF bereits 1948 gestartete Kampagne gegen Billigflaggen wendet sich gegen das Sozialdumping auf hoher See durch Ausflaggung. Inzwischen konnten 12.800 Tarifverträge auf Handelsschiffen durchgesetzt werden. Sie garantieren jenen, die zur See fahren, unter anderem 1.600 US-Dollar Mindestlohn. Das wichtigste Druckmittel der ITF ist die Hafenab-





Rund 700 Interessierte kamen zur 3. Streikkonferenz in Frankfurt am Main.

fertigung: Schiffe ohne Vertrag werden nicht oder zu langsam abgefertigt. Die Automatisierung der Hafendarbeit verringert diese strategische Macht und die Solidarität der Seeleute und Hafendarbeiterinnen und -arbeiter. Dennoch: Der ITF-Tarifvertrag hat als Ergebnis eines erfolgreichen Arbeitskampfes im grenzüberschreitenden Raum Pioniercharakter.

## STRATEGIEN ZUR STEIGERUNG DER DURCHSETZUNGSFÄHIGKEIT

### DIE 3. KONFERENZ «ERNEUERUNG DURCH STREIK»

Zwei Millionen Streiktage fielen im Jahr 2015 unter anderem bei der Bahn, der Post, in Kindertagesstätten, beim Berliner Klinikum Charité und beim Warnstreik in der Metall- und Elektroindustrie an. Dieser Höhepunkt in der Streikstatistik bedeutet nicht, dass die Gewerkschaften in jedem Fall in die Offensive gegangen wären. Ausgangslage, gewerkschaftliche Strategie und Ergebnisse der Auseinandersetzungen waren höchst unterschiedlich und zum Teil ambivalent. Grund genug, das «Streikjahr 2015» auszuwerten und nach der gewerkschaftlichen Durchsetzungsfähigkeit zu fragen.

Die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierte dreitägige Veranstaltung «Gemeinsam gewinnen! Beteiligung organisieren, prekäre Beschäftigung überwinden, Durchsetzungsfähigkeit stärken. Erneuerung durch Streik III» fand vom 30. September bis zum 2. Oktober 2016 in Frankfurt am Main statt. Die mit rund 700 Teilnehmenden größte linksgewerkschaftliche Konferenz der letzten Jahre wurde von den regionalen Gewerkschaftsgliederungen der IG Metall, ver.di, NGG und GEW mitveranstaltet.

Um Anregungen für die gewerkschaftliche Praxis zu bekommen, stellten die meist jüngeren Gewerkschaftsaktiven ihre Erfahrungen mit innovativer und konfliktorientierter Gewerkschaftsarbeit zur Diskussion. Wichtige Themen waren die stärkere Beteiligungsorientierung in Streiks und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen, Strategien zum effekti-

Die Dokumentation zur Streikkonferenz ist verfügbar unter [www.rosalux.de/event/55617](http://www.rosalux.de/event/55617)

ven Einsatz von Produktionsmacht zur Steigerung der Durchsetzungsfähigkeit und die Rolle der Öffentlichkeitsarbeit. Dabei kamen auch jene zu Wort, die sich in Streik-Solibündnissen engagierten.

Ein besonderer Fokus lag zudem auf Ansätzen gewerkschaftlicher Organisation angesichts prekärer Beschäftigung sowie auf der oftmals damit einhergehenden Spaltung von Belegschaften und gewerkschaftsfeindlichen Arbeitgeberstrategien. Herausgehobenes politisches Thema auf der Konferenz war der Umgang mit der AfD und mit Rassismus in Gewerkschaften und Betrieben. Auf dem Auftaktpodium berichtete die Vorsitzende der NGG, Michaela Rosenberger, über die Integration migrantischer Beschäftigter in die Gewerkschaft und über den alltäglichen Kampf gegen rassistische Vorurteile. Ein kleiner Höhepunkt der Konferenz war eine symbolische Aktion im Abschlussplenum, bei der Transparente mit antirassistischen Slogans hochgehalten wurden, die während der Konferenz in Workshops und an Infoständen entstanden waren.

## DIE WAHLERFOLGE DER AfD SIND KEINE KLASSENFRAGE

### ERGEBNISSE DER NEUEN MITTE-STUDIE

Wenige Wochen nach den Landtagswahlen im Frühjahr 2016 mit ihren hohen Stimmenanteilen für die AfD erschien die neue Leipziger Mitte-Studie unter dem Titel «Enthemmte Mitte» und fand große öffentliche Aufmerksamkeit. Die Erhebung wurde erstmalig von der Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen mit der Otto-Brenner-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung kofinanziert. Zu den durchaus überraschenden Ergebnissen der Studie zählten etwa:

- In den zurückliegenden Jahren haben sich ausländerfeindliche und rechtsextreme Einstellungen nicht nennenswert ausgebreitet;
- einzelne Indikatoren einer rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellung haben hingegen zugenommen: Islamfeindschaft, Chauvinismus, Ablehnung von Sinti und Roma sowie Asylsuchenden;
- festzustellen sind eine sprachliche Enthemmung und eine wachsende Bereitschaft, Gewalt als Mittel zur Durchsetzung eigener politischer Ziele zu akzeptieren oder gar selbst anzuwenden.

Die Wahlerfolge der AfD erscheinen in diesem Licht als Resultat einer gesellschaftspolitischen Polarisierung: Bevorzugten bis 2014 Personen, bei denen rechte und rechtsextreme Einstellungen konstatiert wurden, nur selten rechtsextreme Parteien, sondern überwiegend CDU und SPD, aber auch LINKE und Grüne, so konzentrierte sich 2016 die Parteipräferenz auf





Die Leipziger Mitte-Studie begleitete die Stiftung mit einer Social-Media-Kampagne.

die AfD. Die AfD wirkte als politischer Magnet auf Bürgerinnen und Bürger, die Zuwanderung und alltägliches Zusammenleben mit Neuankömmlingen ablehnen, die soziokulturelle Vielfalt als Bedrohung der eigenen Lebensart wahrnehmen und die der Auffassung sind, die Bundesregierung handele dem Grundsatz «Wir Deutsche zuerst» zuwider.

Die Leipziger Erhebung bestätigte, dass diese politischen Einstellungen und Haltungen gegenüber der Welt nicht eindeutig sozioökonomisch zu verorten sind. Bei Hochschulabsolventen sind sie unterdurchschnittlich vertreten, leicht unterdurchschnittlich mit 36 Prozent auch bei Personen aus Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von über 2.500 Euro. Der Anteil der AfD-Anhängerinnen und -Anhänger aus Haushalten mit 1.250 bis 2.500 Euro liegt mit 46 Prozent auf dem gleichen Niveau wie bei SPD, CDU oder der Partei DIE LINKE, Personen aus Haushalten mit niedrigem Einkommen machen

mit 18 Prozent den gleichen Anteil aus wie bei den Grünen, aber weniger als bei der Linkspartei (23 Prozent). Die Position auf der vertikalen sozialen Achse liefert also keine belastbaren Belege für eine klassenmäßig strukturierte Zusammensetzung der AfD-Anhängerschaft.

Ein anderes Bild ergibt der Blick auf horizontale Achsen. So ist die AfD in ländlichen und kleinstädtischen Regionen stärker als in wachsenden städtischen Regionen, in der Metropole Berlin in den Randgebieten stärker als im Zentrum. Sie findet Anklang bei jenen, denen der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wandel zu schnell vonstattengeht, die sich buchstäblich an den (Stadt-)Rand gedrängt sehen oder die in schrumpfenden Regionen mit zurückweichender öffentlicher Infrastruktur leben. Eine andere horizontale Achse bildet die Teilung in ideologisch geprägte Lager und zugehörige soziale Milieus, die Angehörige verschiedener sozialer (Klassen-)Lagen zusammenführen, wie die deutsche Arbeiterbewegung Angehörige etwa aus dem katholischen oder dem sozialdemokratisch-sozialistischen Milieu. Eine Arbeitsgruppe an der Hannoveraner Universität um Peter von Oertzen und Michael Vester identifizierte ab Anfang der 1990er Jahre Ober-, Mittel- und Unterschicht-angehörige vereinende ideologische geprägte Milieus, die sich durch hohe Zustimmung zu ethnozentristischen, sozialdarwinistischen und autoritären Einstellungen auszeichneten, in denen ein konservatives, paternalistisches Fürsorgemodell, ein protektionistischer Sozialstaat und das Recht des Stärkeren zum politisch-ideologischen Gerüst gehörten.

Das Potenzial für eine rechtspopulistische Partei entstand also nicht erst in den letzten Jahren und ist auch nicht bestimmten Klassenlagen zuzuordnen. Mit der AfD schuf es sich (wieder) eine eigene politische Form, die von der Anziehungskraft ausgrenzender und gewaltbereiter Antworten auf die Veränderungen und Probleme der Welt zehrt.

## LEIPZIGER MITTE-STUDIE - DAS MEDIENECHO

In der Leipziger Mitte-Studie werden autoritäre und rechts-extreme Einstellungen in Deutschland erhoben. Dass die Studie, die am 15. Juni 2016 in den Räumen der Bundespressekonzferenz der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, wie in den Jahren zuvor große Aufmerksamkeit erhalten würde, war zu erwarten gewesen.

Die unmittelbar mit der Präsentation der Ergebnisse einsetzende Medienresonanz hat die hohen Erwartungen jedoch weit übertroffen. Die Studie fand nach der Veröffentlichung in allen Leitmedien (TV, Print und Hörfunk) ausführlich Erwähnung – von der Tagesschau und Spiegel Online über den Deutschlandfunk bis hin zur *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und der *Welt*.

Erstmals hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung im Rahmen der Leipziger Mitte-Studie eine Social-Media-Kampagne konzi-

piert. Ausgewählte Ergebnisse der Studien wurden grafisch aufbereitet und mit erläuternden Kommentaren über Facebook und Twitter verbreitet. Die Reichweite der Kampagne war für Stiftungsverhältnisse enorm. Einzelne Postings erreichten auf Facebook fast 70.000 Nutzerinnen und Nutzer.

Am Tag der Veröffentlichung der Studie selbst war der Hashtag #mittestudie einer der meist benutzten auf Twitter und tauchte unter den Top-Hashtags des Tagesrankings auf. Dabei wurde die Studie an den ersten beiden Tagen überwiegend auf Twitter wahrgenommen, auf Facebook wurde das Thema hingegen erst mit Verzögerung behandelt. Die breite Wahrnehmung der Studie hatte noch ein weiteres erfreuliches Ergebnis: Die Studie selbst und Materialien zu ihren Einzelaspekten wurden viel häufiger von der Stiftungswebseite heruntergeladen als sonst üblich.

## GEFÖRDERTE PROJEKTE ZUM SCHWERPUNKT- THEMA «DIE LINKE UND DIE KLASSE»

- 8. Feministische Herbstakademie für Frauen: «Sozialismus oder Barbarei – Feministisch eingreifen, jetzt und allerorts», 28.–30. Oktober 2016 in Bielefeld
- AG Graswurzel Frankfurt a. M.: «Alltag und Widerstand in Zeiten europäischer Austerität», Veranstaltungsreihe, 18.–22. April 2016 im Rhein-Main-Gebiet
- Common Future e. V./Thomas Kopp: «Arbeitsgruppe Imperiale Lebensweisen – Ausbeutungsstrukturen im 21. Jahrhundert», Fortbildungsprogramm
- BAG Prekäre Lebenslagen e. V.: «Land in Sicht! Alternativen jenseits des Kapitalismus», Fachtagung, 1.–3. April 2016 in Hannover
- Ensemble-Netzwerk: «Erste bundesweite Ensemble-Versammlung», Konferenz, 26.–29. Mai 2016 in Bonn
- Erwerbsloseninitiative BASTA!/Robert Maruschke: «Erwerbslosenschule – BASTA! macht Schule», Januar–März 2016 in Berlin
- Forum Arbeitswelten e. V.: Koordinationsworkshop und Erstbegegnung von Aktivist:innen aus China und Deutschland/Teil des Projekts: «Aufbau von ArbeiterInnensolidarität zwischen China und Deutschland durch Aktionsforschung über Investitionen deutscher Unternehmen in China», Januar 2016 in Frankfurt a. M.
- Kampagne Internationale Kulturfabrik GmbH: «The struggle of refugees – how to go on?», Konferenz, 26.–28. Februar 2016 in Hamburg
- Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet): «Migration // Criminalisation // Resistance», Konferenz, 26.–29. Mai 2016 in Wien
- Netzwerk Mieten & Wohnen: 2. Konferenz Netzwerk Mieten & Wohnen: «Wege zum bezahlbaren Wohnen», 16./17. September 2016 in Berlin

- Malin Kuht/Jacob Birken: «Liebe und arbeit!», Mini-Tagung zu (Selbst-) Ausbeutung und kollektiven Konterstrategien, 21. Oktober 2016 in Kassel
- Bundeskoordination Internationalismus (BUKO): «big data. Leben ist kein Algorithmus. Solidarische Perspektiven gegen den technologischen Zugriff», 30. September bis 2. Oktober 2016 in Köln
- SEELAND Medienkooperative e. V.: Mietshäuser Syndikat «Das ist unser Haus», Dokumentarfilm
- Verein zur Förderung geschichts- und kulturpolitischer Bildung e. V.: Vorträge «Auf dem Weg zur Care-Revolution?», 6.5.2016 in Leipzig, und «Warum die Gesellschaft Sorgearbeit abwertet», im Rahmen der Veranstaltungsreihe «Yes we care! Zur Kritik der geschlechtlichen Arbeitsteilung» am 18./19.6.2016 in Leipzig

## PUBLIKATIONEN

- Michael Brie/Rolf Reißig/Thomas Michael: «Transformation. Suchprozesse in Zeiten des Umbruchs», LIT-Verlag
- Nikolai Huke: «Krisenproteste in Spanien. Zwischen Selbstorganisation und Überfall auf die Institutionen», Edition Assemblage
- Ulrich Arno Pappenberger/Christine Bock: «Das Kotti-Prinzip – urbane Komplizenschaften zwischen Raum, Mensch, Zeit, Wissen und Dingen»
- Redaktion LabourNet Germany/Mag Wompe: «Zwei Wochen, zwei Länder, zwei Demonstrationen: Bei linken Gewerkschaften in Asien. Ein Reisebericht aus Japan und Südkorea»
- Ulrich Schachtschneider/Frank Adler (Hrsg.): «Postwachstumspolitik. Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft», Oekom Verlag

Gefördert von der Stiftung: der 65-minütige Dokumentarfilm «Das ist unser Haus!» über das Mietshäuser-Syndikat, das an 124 Hausprojekten in Deutschland beteiligt ist.



## **DAS INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE**

Die politische Konfliktlinie zwischen links und rechts ist in den Hintergrund geschoben worden. Stattdessen polarisiert sich das politische Feld zwischen zunehmend autoritären Regierungen und der sich radikalierenden Rechten. Der sogenannte Dritte Pol all derjenigen, die eine demokratische und solidarische Lebensweise verteidigen und entwickeln möchten, ist in dieser Situation nur noch schwer sichtbar. Wie dieser «Dritte Pol» gebildet und politisch wirksam werden könnte, ist ein Gegenstand von politisch-strategischen Interventionen des Instituts für Gesellschaftsanalyse (IfG). Die Problematik umfasst dabei die Bildung von Plattformen für eine andere Flüchtlings-, Stadt- und Mietenpolitik, aber auch Fragen nach einer rot-rot-grünen oder linken Regierung, nach der Praxis rebellischer Städte oder nach konkreter Organisationsarbeit.

An den Prioritäten, autoritäre Entwicklungen, Rechtspopulismus und die Herausforderungen durch die Bewegung der Geflüchteten zu analysieren und Gegenstrategien – von der «verbindenden Partei» ausgehend – für eine neue Klassenpolitik in einer offenen und sozialen Einwanderungsgesellschaft zu entwickeln, richten sich auch die Arbeitsschwerpunkte aus. Den «Dritten Pol» gegen das autoritäre Krisenmanagement und die radikale Rechte sichtbar zu machen ist insbesondere im europäischen Kontext entscheidend. In diesem Zusammenhang hat das IfG die Co-Leitung der dritten (von vier) Themenachsen der Stiftung, den Schwerpunkt Europa, übernommen. Eines der aufwendigsten Projekte des Jahres 2016 war der europäische Strategieratschlag, der vom 2. bis 5. Juni über 100 Partei- und Bewegungslinke aus ganz Europa zusammenbrachte. Drei Tage lang diskutierten sie hinter verschlossenen Türen Differenzen und suchten nach verbindenden Perspektiven. Die drei öffentlichen Abendveranstaltungen waren jeweils von bis zu 250 Personen besucht. Ein zuvor in der Rosa-Luxemburg-Stiftung erarbeitetes gemeinsames Strategiepapier zur Europafrage sorgt bis heute für große Aufmerksamkeit und dient als Grundlage für Debatten andernorts, etwa bei Transform Europe! oder DiEM25. Ziel ist es, gefährliche und unproduktive Gegensätze in der Europapolitik zu versachlichen und quer zu festgefahrenen Positionen verbindende Strategien für ein anderes Europa zu entwickeln. Zwei Neuzugänge verstärken die Arbeit des IfG: Ingar Solty ist neuer Referent für Friedens-, Außen- und Sicherheitspolitik. Er löst Erhard Crome ab, der sich nach dem Renteneintritt nun noch mehr mit spitzer Feder den Entwicklungen des Unfriedens widmet. Mit Hannah Schurian als Referentin für soziale Infrastrukturen verstärken wir die Bearbeitung wichtiger sozialökonomischer Themen. Sie betreut das Netzwerk Care-Revolution und koordiniert die Aktivitäten zu Gesundheit und Pflege, Rente und Wohnen.

## FELLOWSHIPS

**Beppe Caccia** ist langjähriger Aktivist der globalisierungskritischen Bewegung, Mitherausgeber von *EuroNomade* und ehemaliger Vizebürgermeister von Venedig. Als Fellow untersucht er die Praxis und Potenzialität eines neuen Munizipalismus, der am deutlichsten mit der Regierungsübernahme der «Rebel Cities» im spanischen Staat sichtbar wurde. Erste Ergebnisse wurden auf Veranstaltungen und in Publikationen der Stiftung diskutiert. Seine Studie erscheint 2017. Darüber hinaus ist er ein scharfer Beobachter der italienischen Linken und veröffentlichte auch dazu im Rahmen der Stiftung.

**Elena Chatzimichali** ist Aktivistin der Solidarischen Kliniken in Griechenland, die angesichts des Zusammenbruchs des dortigen Gesundheitssystems im Zuge der Austeritätspolitik eine medizinische Grundversorgung mit mutualistischer Hilfe und politischer Organisation verbinden. Die Solidarischen Kliniken berieten die Regierung bei der Formulierung ihrer Gesundheitsreform. In ihrer Studie, die ebenfalls 2017 erscheinen wird, zeigt Chatzimichali, wo die Reform Durchbrüche erzielte und wo sie auf Hindernisse stieß. Auch sie stellte ihre Arbeit auf mehreren Veranstaltungen der Stiftung zur Diskussion.

**Christos Giovanopoulos** war Mitbegründer von Solidarity4all, dem Netzwerk der Solidaritätsstrukturen in Griechenland, das eng mit der Partei Syriza verbunden ist. Nach dem Abschluss des zweiten Memorandums verließ er die Partei und später auch seine eigene Organisation – ohne ihnen feindlich gesinnt zu sein. Was erreicht wurde, wie man Solidaritätsarbeit weiterdenken kann und wie eine vom Staat unabhängige soziale Infrastruktur geschaffen werden könnte – dies sind Fragen, die er in seiner 2017 erscheinenden Studie eingehender behandelt.

**Dieter Klein** hat sich als Langzeit-Fellow dieses Mal einer der zentralen Fragen der Transformationsforschung zugewandt: Gibt es die Möglichkeit, dass sich lernfähige Teile der Machteliten für eine systeminterne Transformation einsetzen, die alternativen Kräften zugleich Ansätze für eine systemüberschreitende Transformation bietet? Im Jahr 2016 erschien im VSA: Verlag dazu sein Buch «Gesplante Machteliten. Verlorene Transformationsfähigkeit oder Renaissance eines New Deal?».

**Tasos Koronakis**, ehemaliger Generalsekretär von Syriza, war maßgeblich daran beteiligt, das politische Bündnis Syriza zu einem neuen Typus des Verhältnisses von Partei und Bewegung zu entwickeln, zu einer «verbindenden Partei». Dem rasanten Aufstieg folgten der Wahlsieg und die harten Auseinandersetzungen mit der Troika. Nach Abschluss des zweiten Memorandums mit den europäischen Institutionen trat er zurück, ohne sich gegen die Partei zu wenden, die er selbst mit-



Christos Giovanopoulos forscht zu Solidaritätsstrukturen in Griechenland.

geprägt hat. Über die Errungenschaften und Fehler der «Syriza Experience», mit denen er sich als Fellow beschäftigte, wird er 2017 eine Studie veröffentlichen.

**Beate Littig** ist am Institut für Höhere Studien in Wien tätig. Im Rahmen ihres Fellowship hat sie ihre Arbeiten zur Aktualisierung des Konzepts der «Lebensführung» im Kontext der sozialökologischen Transformationsforschung vorgestellt und kritisch diskutiert. Ihre Studie «Lebensführung revisited» ist im Januar 2017 erschienen.

**Rainer Rilling** konzipiert und organisiert als langjähriger Fellow des IfG die alljährliche gemeinsame Tagung der Stiftung GegenStand und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, diesmal zum Thema «Die reaktionäre Rebellion. Die Transformation des Staates durch die radikale Rechte». Er selbst publizierte vor allem zu Donald Trump und der Rückkehr der autoritären, rechtsnationalistischen Anführer, zuletzt in der Zeitschrift *LuXemburg*.

**Bashkar Sunkara** ist Gründer und Herausgeber der linken US-amerikanischen Zeitschrift *Jacobin*. Im Rahmen seines Fellowship erläuterte er die politische Orientierung, die publizistische Strategie und die Methodik des Magazins und tauschte sich mit der Redaktion der Zeitschrift *LuXemburg* aus. Mit Sunkara wurde eine gemeinsame Nummer der beiden Zeitschriften konzipiert und produziert, die sich dem Thema «Klasse verbinden» widmet.

.....  
Fellowships existieren am Institut für Gesellschaftsanalyse seit dem Jahr 2012 und geben politisch Aktiven die Möglichkeit, ihre Praxen wissenschaftlich und strategisch zu reflektieren.  
.....



«UNBOXING - ALGORITHMEN, DATEN  
UND DEMOKRATIE»

In vielen unterschiedlichen Feldern – von politischer Meinungsbildung über Kaufverhalten, Kreditvergabe und vorhersagender Polizeiarbeit bis zu Fragen von Leben und Tod im Rahmen digitalisierter Kriegsführung – sind es von Algorithmen errechnete Wahrscheinlichkeiten, die zentrale gesellschaftliche Entscheidungsprozesse beeinflussen. Wie die Digitalisierung auch unsere Demokratie verändert, war Gegenstand auf der internationalen Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 3. Dezember 2016 in Berlin. Für den Konferenztitel wurde der Begriff «Unboxing» gewählt, mit dem eine bestimmte Kategorie von Videos auf Youtube bezeichnet wird, in denen Personen vor laufender Kamera neue Produkte auspacken.

In diesem Sinne sollte mit der Tagung ein Blick in die Blackbox der Algorithmen geworfen werden, um zu fragen, wie diese und die massenhaft mit ihnen generierten Daten demokratisch kontrolliert werden können. Denn wachsende Bereiche gesellschaftlicher Regulation werden der Rechenleistung algorithmischer Entscheidungssysteme überlassen. Aber durch diese immer komplexer und dichter werdenden technischen Prozesse werden mehr und mehr Entscheidungen einer breiten gesellschaftlichen Kontrolle entzogen und damit auch den Aushandlungsprozessen zwischen unterschiedlichen Interessen.

Frank Pasquale von der Universität Maryland, einer der führenden Forscher auf dem Gebiet der Algorithmic Accountability, war per Video zugeschaltet. Er argumentierte, dass im herrschenden Diskurs Algorithmen und ihre ordnende Macht – ähnlich wie der Markt – häufig mit einer Naturgewalt gleichgesetzt würden, für deren Prozessieren niemand verantwortlich sein wolle. So würde beispielsweise bei der Verbreitung von Fake-News in den sozialen Medien oder der Bewertung von Fahrern bei Uber der Verweis auf «den Markt» oder «die Algorithmen» häufig nur als Ausrede dienen, um damit unfaire soziale Verhältnisse zu rechtfertigen und zu zementieren.

Der Blick auf demokratiethoretische Probleme algorithmischer Kontrolle verdeutlicht eklatante Mängel und generelle Erosionsprozesse der Demokratie: Auf allen Ebenen ist eine Entleerung und «Expertisierung» von Demokratie zu konstatieren. Vieles wird in Richtung einer «marktkonformen Demokratie» umgebaut. Tiziana Terranova von der Universität Neapel beschrieb in ihrem Vortrag «The data politics of the social graph», wie soziale Netzwerke grundlegende Funktionen von Demokratie und Produktion in Bezug auf Commons verändern.

Problematisch ist auch das Neutralitätspostulat. Immer wieder wird behauptet, dass gerade Algorithmen geeignet seien, um in vermachteten Verhältnissen «faire» Entscheidungen zu treffen. Durch diese vermeintlich unpolitischen, «wertfreien», weil nur berechneten Entscheidungen werden aber nicht nur bestehende soziale Spaltungen und Diskriminierungen al-



Die Tagung Ende 2016 brachte Licht in die Blackbox der Algorithmen.

ler Art fortgeschrieben und mitunter verstärkt, sondern auch neue Formen derselben gesetzt, deren Konturen teilweise heute schon auszumachen sind.

Felix Stalder von der Zürcher Hochschule der Künste machte sich in seinem Vortrag Gedanken darüber, welche Algorithmen wir eigentlich haben wollen. Viele Algorithmen seien erforderlich, einige jedoch nicht nur handwerklich schlecht gemacht, sondern auch in ihren politischen Implikationen problematisch. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, über neue Formen der Kooperation und des Kollektiven sowie über die demokratische Legitimierung von Algorithmen und deren gesellschaftliche Transparenz nachzudenken.

Solche Fragen lassen sich nicht auf der Ebene von Technik beantworten, sondern sind eng verknüpft mit Eigentums- und Verfügungsfragen – und mit der Frage des Zugangs zu gesellschaftlichen Ressourcen. In diesem Zusammenhang berichtete Francesca Bria, Beauftragte für Technologie und digitale Innovation beim Stadtrat Barcelona, über Pläne der neuen Stadtregierung in Barcelona und Richard Barbrook von der Universität Westminster stellte Jeremy Corbyns «Digital Democracy Manifesto» vor.

Beim Abschlusspanel diskutierten Francesca Bria und Richard Barbrook mit dem *Guardian*-Kolumnisten Evgeny Morozov über linke Antworten auf die «smarte» Offensive des Neoliberalismus.



Zonen der Unsicherheit – um die Europäische Union hat sich ein «ring of fire» gelegt; Szene bei Misrata während des Bürgerkriegs in Libyen.

## 48 STUNDEN FRIEDEN

WORKSHOPS ZU FRIEDENS-, AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

Die Welt ist aus den Fugen, neuerliche Weltordnungskonflikte drohen. Grund genug für die Rosa-Luxemburg-Stiftung, um begleitend zur friedenspolitischen Konferenz der LINKEN vom 17. bis 19. März 2016 ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm anzubieten. 48 Stunden lang rangen die rund 500 Teilnehmenden in Diskussionen und Workshops um Orientierungen und unterbreiteten zugleich Deutungsangebote.

Die Situation ist dramatisch. Um die Europäische Union hat sich ein «ring of fire» gelegt, Zonen der Unsicherheit. Die direkte (militärische) Intervention zur Befriedung und zur Herausbildung marktwirtschaftlicher, liberaldemokratischer Staaten ist gescheitert – in Somalia und Bosnien ebenso wie in Afghanistan, in Libyen oder im Irak. Der Markt schafft keine neue Ordnung und eine Besetzung betreffender Regionen mit Bodentruppen steht nicht mehr auf der Agenda militärstrategischer Planungen. Begrenzte Operationen und Luftangriffe, vor allem der Einsatz unbemannter und künftig selbststeuernder Drohnen, ermöglichen jedoch eine relative Kontrolle aus der Distanz. Das langt für eine Art «gated capitalism», der die Ausbeutung von Ressourcen und den freien Handel gewährleistet – auch ohne funktionierende Gemeinwesen in den

Zonen der Unsicherheit. Im Fall der Fälle müsste frühzeitig, «präventiv» eingegriffen werden: «Responsibility to protect» heißt das dann. Informationen dafür liefern die mittlerweile entgrenzten technischen Überwachungsmöglichkeiten einer vernetzten Welt. Das reicht vom aufklärenden Blick aus dem Weltraum bis auf die Festplatten unserer Heimcomputer und Smartphones – alles im Namen der Bekämpfung des Terrorismus. Die Institutionen der kollektiven Sicherheit werden an den Rand gedrängt, auch UNO und OSZE.

Allerdings sind diese neuen Strategien eher aus der Not geboren, nachdem in Syrien und im Irak die Konflikte zum Staatszerfall geführt haben und die Kontrolle über das Gebiet entgleitet. Zudem beschränkt sich die Zersetzung keineswegs auf die Zonen der Unsicherheit jenseits der Zentren. Die Europäische Union befindet sich im Prozess einer fortschreitenden Desintegration und in der schwersten Krise seit ihrer Entstehung. Stichworte: Sommer der Migration, sich radikalisierende rechtspopulistische Bewegungen und Parteien, Wiedereinführung von Grenzkontrollen, Terroranschläge von Paris bis Istanbul oder auch Berlin, Regieren mit dem Ausnahmezustand, Brexit.

Wie sind die geopolitischen und geoökonomischen Veränderungen im Umfeld der EU einzuschätzen? Welche zentralen Konfliktfelder nehmen strategisch an Bedeutung zu? Wie könnten differenzierte linke Antworten darauf aussehen? Drei



im Auftrag der Stiftung erstellte Studien wurden vorgestellt, zu geopolitischen und geoökonomischen Veränderungen in und um die EU herum von Ingar Solty, zu einer neuen Weltenergieordnung von Malte Daniljuk und zur Politik militärischer Ertüchtigung von Thomas Mickan. Dafür war eigens eine neue Kommission für Friedens-, Außen- und Sicherheitspolitik aus Ehrenamt und Politik in der Stiftung eingerichtet worden.

Diskutiert wurde mit bekannten Gästen wie Katja Kipping (DIE LINKE), Kate Hudson (Campaign for Nuclear Disarmament), Volker Lösch (Theaterregisseur), Jan van Aken (MdB, DIE LINKE), Firoze Manji (Chefredakteur von Daraja Press Kenia), Volodomyr Ishenko (Center for Social and Labor Research Kiev), Werner Ruf (Friedensforscher Universität Kassel), Anne Alexander (crash-Institut der Universität Cambridge) und vielen friedenspolitischen Aktiven aus Wissenschaft, Bewegung und Partei. Die Themen reichten vom europäischen Empire im Ausnahmezustand über Fracking und Freihandel, Flucht und Frontex, das Schwarzbuch Bundeswehr, den «Islamischen Staat» und die Faschisierung der Türkei bis zum Ukraine-Konflikt und einer neuen Friedensbewegung als Bewegung für soziale Gerechtigkeit.

Am Abend stand die «Kunst im Ausnahmezustand» im Fokus, mit der Künstlerin Olga Jitlina aus St. Petersburg, der Hans- und-Lea-Grundig-Preisträgerin 2015, dem Filmemacher Alejandro Ramirez und den Refugee-Aktivistin von «Lampedusa in Hamburg» Ali Ahmed Abitalib, Anas Bardan und Patrick Owusu.

## «KLASSE VERBINDEN»

GEMEINSAME AUSGABE DER ZEITSCHRIFTEN  
JACOBIN UND LUXEMBURG

In der US-amerikanischen Zeitschrift *Jacobin* werden marxistische Theorie genauso wie Fragen nach linker Strategie und Praxis diskutiert. 2010 von Bhaskar Sunkara gegründet, hat sich das vierteljährlich erscheinende Magazin mit einer Auflage von 20.000 Exemplaren zu einer führenden Stimme der US-amerikanischen Linken entwickelt. Mit seinem originellen Design und einer für die Linke in den USA ungewöhnlich undogmatischen und zugleich radikalen Perspektive auf Analyse und Politik hat *Jacobin* in der Ära nach Occupy eine offensichtliche Leerstelle gefüllt. Auch in der Kampagne rund um die Präsidentschaftskandidatur von Bernie Sanders haben die Redaktion und ihr Umfeld eine wichtige Rolle gespielt.

Die Zeitschrift organisiert und betreut zahlreiche *reading groups*, meist in Universitätsstädten. Sie zielen auf die Generation derjenigen, deren fundamentale Unzufriedenheit mit dem abgewirtschafteten politischen System der USA sie für kritische Analysen und strategische Debatten über mögliche Alternativen empfänglich macht. Seit Kurzem trifft sich eine *reading group* auch in Berlin, in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Ähnlich wie die *LuXemburg* versteht sich *Jacobin* als ein «organisierendes Medium», das kritische Analysen einer breiten Leserschaft zugänglich machen will und für einen radikalen Politikwechsel, einen *democratic socialism*, eintritt. Zum Stiftungsbüro in New York waren die Verbindungen von Beginn an eng, zur Bundesstiftung in Berlin zwar vorhanden, aber eher sporadisch. Angesichts zahlreicher Gemeinsamkeiten von Redaktionsphilosophie bis Themenauswahl entstand im Jahr 2015 die Idee, den Chefredakteur Bhaskar Sunkara als Fellow ans Institut für Gesellschaftsanalyse einzuladen und ein gemeinsames Heft zu produzieren. Dies stieß bei *Jacobin* auf positive Resonanz und so trat Sunkara im Januar 2016 sein Fellowship am IfG an.

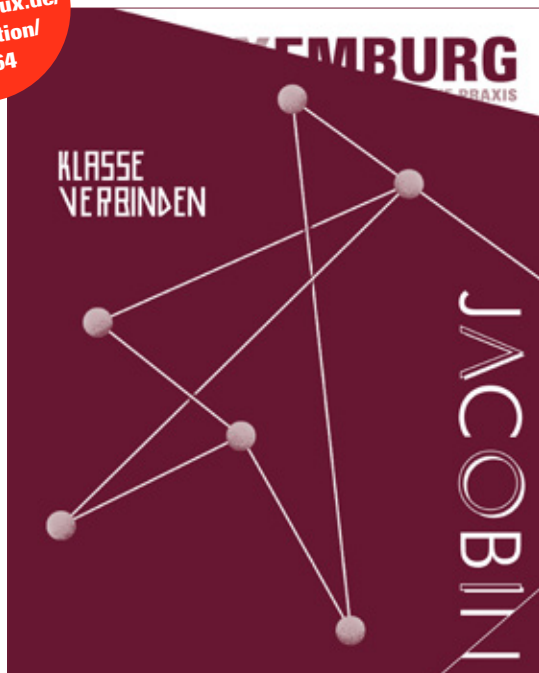
Ein zweisprachiger Redaktionsprozess, unterschiedliche Gestaltungskonzepte und bei näherem Kontakt auch hier und da deutlich werdende Differenzen in Strategiefragen stellten die Beteiligten zwar vor gewisse Herausforderungen, aber niemals vor unüberwindliche Hindernisse. So erschien im September 2016 ein gemeinsames Heft mit dem Titel «Klasse verbinden». In transnationaler Perspektive werden in der Ausgabe Fragen nach einer neuen Klassenpolitik gestellt, nach der Rolle einer «verbindenden Partei» darin sowie nach Chancen und Widersprüchen municipalistischer Bewegungen und Praxen. Insgesamt eine großartige Erfahrung.

## KLASSE VERBINDEN

LUXEMBURG 2/2016

144 Seiten, August 2016, Koproduktion mit der US-amerikanischen Zeitschrift *Jacobin*

Freier  
Download unter  
[www.rosalux.de/  
publication/  
42564](http://www.rosalux.de/publication/42564)





Über die aktuellen Herausforderungen der Linken sprach Luciana Castellina.

25. MAI 2016  
Paul Mason (Journalist, Großbritannien)  
**POSTKAPITALISMUS**  
Mit Barbara Fried

24. JUNI 2016  
Étienne Balibar (Philosoph, Frankreich)  
**EUROPA UND EU: KRISE UND CRASH**  
NUR EIN ECHTER FÖDERALISMUS KANN EUROPA RETTEN  
Mit Frieder Otto Wolf

2. JULI 2016  
Wang Hui (Literaturwissenschaftler, China)  
**CHINA AND THE LIMITS OF MODERNITY**  
DAS ENDE DES 20. JAHRHUNDERTS UND  
NEUE HERAUSFORDERUNGEN  
Mit Michael Brie

7. OKTOBER 2016  
Eduardo Garzon (Ökonom, Spanien)  
**REBELLISCHE STÄDTE**  
ERFAHRUNGEN AUS MADRID NACH 15 MONATEN  
REGIERUNG  
Mit Mario Candeias

12. OKTOBER 2016  
Erik Olin Wright (Soziologe, USA)  
**UNDERSTANDING CLASS**  
Mit Michael Brie

30. NOVEMBER 2016  
Didier Eribon (Soziologe, Frankreich)  
**RÜCKKEHR DER RECHTEN**  
KLASSE, SCHAM UND DIE LINKEN  
Mit Christina Kaindl und Eva Völpel



China und die Grenzen der Moderne war das Thema des Literaturhistorikers Wang Hui.

## «LUXEMBURG LECTURES» 2016

Im Rahmen der «Luxemburg Lectures» lädt die Stiftung immer wieder Intellektuelle aus der ganzen Welt zu Vorträgen ein. Inhaltliche Schwerpunkte im Jahr 2016 waren Klassenfragen, die Krise in Europa und linke Politik.

4. APRIL 2016  
Harry Harootunian (Historiker, USA)  
**MARX NACH MARX ODER DER IMPERATIV  
DER DEKOLONIALISIERUNG**  
Mit Michael Brie

14. MAI 2016  
Luciana Castellina (Juristin und Journalistin, Italien)  
**DIE SCHNEIDERINNEN EUROPAS**  
ÜBER DIE KPI UND AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN  
DER LINKEN

«Luxemburg Lecture» mit dem französischen Philosophen Étienne Balibar





## AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Die Aufgabe der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist die politische Bildung. Sie wird von allen Fachbereichen sowie von den Regionalbüros und Landesstiftungen angeboten. Die kontinuierliche Entwicklung eines bereichsübergreifenden Bildungsverständnisses ist dabei in der Akademie für Politische Bildung angesiedelt. Ein zentrales Ziel ihrer Arbeit ist es, Menschen in die Lage zu versetzen, in gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen und Konflikten handlungsfähig zu werden.

Die Angebote reichen von Abendveranstaltungen und Tagesworkshops über Wochenendseminare bis hin zu modularen Weiterbildungen, der Entwicklung von Bildungsmaterialien sowie Handreichungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Die Akademie arbeitet zielgruppenorientiert und entlang der Fragestellungen und Bedürfnisse, die sich aus der täglichen politischen Praxis ergeben. Leit motive sind dabei die kritische Wertschätzung der Teilnehmenden, das Bewusstsein um hierarchische Strukturen und der Wunsch, emanzipatorische Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen. In der Partei DIE LINKE oder in den Gewerkschaften engagierte Menschen gehören ebenso zu den Zielgruppen wie Menschen aus sozialen Bewegungen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen. Die Akademie will Basiswissen vermitteln und neue Zugänge zu Politik und politischem Engagement aufzeigen und eröffnen. Indem sie in ihrer Arbeit die starre Aufspaltung zwischen Bildungsinhalten und Didaktik durchbricht und vielfältige Methoden zur Anwendung bringt, können auch komplexe Zusammenhänge verständlich gemacht werden. Mit dieser Haltung mischt sich die Akademie auch mit Publikationen und bildungspolitischen Veranstaltungen in öffentliche Debatten zu politischer Bildung ein.

Schwerpunkte der Arbeit im Jahr 2016 waren die Verstärkung unserer kommunalpolitischen Angebote, die Neuausrichtung der Jugendbildung sowie die Etablierung neuer Kurssysteme im Feld der politischen Strategiebildung und Organisation durch das Team «Weiterbildung» (siehe hierzu die folgende Vorstellung des neuen Bildungsformats «Campus für weltverändernde Praxis»). Auch den Bereich der migrationspolitischen Bildungsarbeit haben wir weiter ausgebaut.

Die interdisziplinäre sowie themen- und bereichsübergreifende Zusammenarbeit steht dabei immer stärker im Vordergrund. Dadurch werden die Verschränkungen der Arbeitsgebiete – Politische Ökonomie, Zeitgeschichte, Geschlechterverhältnisse, Neonazismus und andere Ideologien und Strukturen der Ungleichwertigkeit, Migration, Internationale Politik und soziale Bewegungen, europäische Politik und sozialökologische Transformation – sichtbar gemacht, Strategien für politisches Handeln entwickelt und gesellschaftliche Veränderungsprozesse in diesen Feldern durch unsere Bildungsangebote unterstützt.

## WELCOME2STAY!

VERNETZUNGSTREFFEN DER «WILLKOMMENSKULTUR»  
VOM 10. BIS 12. JUNI IN LEIPZIG

Hunderttausende Migrantinnen und Migranten haben sich im Jahr 2015 einen Korridor durch Europa erkämpft und das europäische Grenzregime temporär außer Kraft gesetzt. Doch damit nicht genug: Mit dieser erfolgreichen Migrationsbewegung haben sie den demokratischen Horizont hierzulande geöffnet und die Frage nach gesellschaftlicher Teilhabe neu gestellt, was weite Teile der hiesigen Bevölkerung dynamisierte. Trotz massiver rassistischer Stimmungsmache reagierten Hunderttausende Menschen mit konkreter Hilfestellung für die neu Angekommenen, in Deutschland – auch dauerhaft – Fuß zu fassen. Gemeinden organisierten sich, neue Nachbarschaften entstanden ebenso wie ein neues Bewusstsein für strukturelle Exklusionsmechanismen. Die sogenannte Willkommenskultur erzeugte landesweit solidarische Netzwerke, die die Grundlage einer postmigrantischen Gesellschaft bilden. Die Konturen einer neuen sozialen Bewegung schienen radikaldemokratische Transformationsprozesse in Aussicht zu stellen, die in Zeiten von Rechtsruck und Prekarisierung vielen Menschen Hoffnung gab. Dieser Impuls war es, der zu der Idee einer großen Zusammenkunft der zahllosen Aktivistinnen und Aktivisten führte. Im Bündnis mit der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Attac, der Interventionistischen Linken (IL), dem Komitee für Grundrechte und Demokratie sowie dem Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV) erarbeitete die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Konzept, um den verstreuten, unverbundenen Menschen und ihren Geschichten und Erlebnissen von Solidarität eine Bühne zu geben, auf der sie sich versammeln, politisch konstituieren und gehört werden können. Unterschiedliche Akteure wurden mit der Absicht angesprochen, innerhalb dieses heterogenen Spektrums der «Willkommenskultur» Austausch und Vernetzung zu fördern.

Für drei Tage kamen 800 Menschen in der Alten Messe Leipzig zusammen, lernten sich kennen, stellten ihre Arbeit vor, diskutierten und erarbeiteten Perspektiven. Aktivistinnen aus Organisationen von Geflüchteten trafen auf Bundestagsabgeordnete, Gewerkschafter diskutierten mit Rassismusforscherinnen, Bewegungslinke begegneten Vertretern migrantischer Verbände.

Rund 40 Workshops gaben einen Eindruck von der Vielfältigkeit der Kämpfe um eine gerechte Gesellschaft der vielen. Dabei ging es um Fluchtursachen und Fluchtrouten, um transnationale Solidaritätsbewegungen und die Autonomie der Migration, um die Kämpfe queerer Refugees ebenso wie um die Frage nach gutem Wohnen und dem Recht auf Stadt, um Gesundheitspolitik und kommunale Sozialpolitik, um Strategien gegen rechts und Politiken der Repräsentation, um interkulturelles Wissen und aktuelle politische Kampagnen.

Strukturiert wurden die Workshop-Phasen durch drei zentrale Panels, auf denen Vertreterinnen und Vertreter von politischen Initiativen, sozialen Verbänden und institutionellen



Leipzig wurde im Juni 2016 zum Begegnungsort der Willkommenskultur.

Trägern miteinander um eine Bestandsaufnahme, eine Analyse und eine Vision rangen. Dabei gelang es den Beteiligten, nicht in die Fallen der nur zu gut bekannten Gefahren von Paternalismus und Instrumentalisierung zu tappen, sondern die Auseinandersetzung auf Augenhöhe innerhalb dieses breiten politischen Spektrums zu fördern und die Perspektivenvielfalt fruchtbar zu machen.

Am Abend tauschten sich die Teilnehmenden beim gemeinsamen Fastenbrechen aus, das in Zusammenarbeit mit den Bewohnerinnen und Bewohnern einer angrenzenden Sammelunterkunft für Geflüchtete stattfand. Ein Orakel stellte außerdem Fragen aus der Zukunft, die die Anwesenden mit ihren Visionen beantworten konnten.

Seither hat sich Welcome2Stay als Plattform verstetigt, die die Vernetzung unterschiedlicher Akteure organisiert und gemeinsame politische Interventionen ermöglicht. Bereits im September 2016 fand ein weiteres großes Treffen statt, auf dem auch bundesweite Aktionstage vom 18. bis 23. März 2017 geplant wurden.

.....  
**Aktuelle Informationen zu Welcome2Stay unter**  
[www.welcome2stay.org](http://www.welcome2stay.org) sowie unter  
[www.facebook.com/w2stay](https://www.facebook.com/w2stay).  
.....

«WAS TUN? UND WER ZUR HÖLLE TUT ES?»

(DAVID HARVEY)

DAS NEUE BILDUNGSFORMAT «CAMPUS FÜR WELT-  
VERÄNDERNDE PRAXIS»

Linkes politisches Engagement steht vor gewaltigen Aufgaben. Die Verwerfungen des globalisierten Kapitalismus sind groß. Rechtspopulismus, Klimawandel, eine tiefe soziale Spaltung und die Krise der politischen Repräsentation sind nur einige Stichworte. Gut ist, dass die Situation viele Linksaktive nicht ganz unvorbereitet trifft. Viele haben sich ein beachtliches Fachwissen auf dem Gebiet ihres jeweiligen Engagements angeeignet. Sie verfügen über ein gutes bis hervorragendes Wissen über die allgemeinen Funktionsweisen der Herrschaft von Kapitalismus, Rassismus oder Patriarchat. Und sie haben oft ausgeprägte Kampagnen-, Medien- oder Mobilisierungsfähigkeiten, sodass sie in politische Auseinandersetzungen eingreifen und konkrete Ziele erreichen können.

Dennoch wird dieses Engagement dem oft selbst formulierten Anspruch eines wirklich verändernden Aktivismus nicht gerecht. Dafür müssten Herrschaftsweisen nicht nur symbolisch, sondern sowohl in ihrem Grundsatz als auch ganz konkret infrage gestellt werden. Die kleinen Schritte des täglichen politischen Engagements müssten sich nicht nur im eigenen Kopf, sondern ganz handlungspraktisch in eine größere Perspektive eines gesamtgesellschaftlichen Wandels einfügen. Nötig wären Strategien von Veränderung, die die einzelnen Maßnahmen systematisch und aufeinander aufbauend zu einer Bewegungsmacht verdichten.

Die Hektik des politischen Alltagsgeschäfts lässt eine Entwicklung solcher Strategien jedoch häufig kaum zu. Meist

verlässt man sich darauf, dass die bisher eingeübten Handlungsmuster schon tragfähig sein werden. Allzu oft fehlt es aber auch an Austausch und wechselseitiger Bezugnahme zwischen Partei-, Gewerkschafts- und Bewegungslinien. Dadurch wird Trennendes oft deutlicher als Verbindendes, und die Möglichkeiten, voneinander zu lernen und gemeinsam zu wirken, bleiben ungenutzt.

Das Team «Weiterbildung» der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat im Herbst 2016 ein neues Bildungsformat ins Leben gerufen, um fortan im Jahresrhythmus Räume für Selbstreflexion und ebendieses Austausch zu schaffen. Das Konzept ist in einem mosaikförmigen Prozess entstanden, in dessen Zentrum ein eintägiger Workshop im März 2016 stand, zu dem die Rosa-Luxemburg-Stiftung verschiedene Vertreterinnen und Vertreter der Partei DIE LINKE, der Gewerkschafts-, der NGO- und der Bewegungslinien eingeladen hatte.

Herausgekommen ist ein Format, bei dem in der ersten Runde 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den unterschiedlichen Bereichen der linken Grundströmungen neun Monate voneinander und miteinander lernen. Die Teilnehmenden können zwischen zwei thematischen Schwerpunkten mit jeweils sechs Wochenendmodulen wählen und mehr als zehn thematische Exkurse wahrnehmen, die von kritischer Medienarbeit bis zu «Transformative Organizing» reichen und mit Projektbesuchen verbunden sind. Der eine inhaltliche Schwerpunkt beschäftigt sich mit «Strategien fürs Weltverändern!» und der andere mit der Frage, wie «mosaikfähige Strukturen und Kommunikationsformen» entwickelt werden können, die eine spektrenübergreifende Arbeit von Linken ermöglichen. Das Format ist darauf angelegt, fortentwickelt zu werden.

Gemeinsame Aktion – ein neues Bildungsformat will den Austausch zwischen Partei-, Gewerkschafts- und Bewegungslinien fördern.





**EIN JAHRHUNDERT IN 54 STUNDEN**

STAFETTENLESION DES ANTI-FASCHISTISCHEN ROMANS  
«DIE ÄSTHETIK DES WIDERSTANDS» ZUM 100. GEBURTSTAG  
VON PETER WEISS

Der Handywecker fiept durchdringend, ich schrecke aus hastigem Schlaf hoch und blicke irritiert um mich. 3 Uhr früh? Langsam dämmert es mir: Ich bin in Rostock, die Stafettenlesung hat vor 15 Stunden begonnen und ich habe mich vor der Lesung meines eigenen Abschnitts um 4.17 Uhr kurz hingelegt. Bisher ist alles glattgegangen und die Eröffnung war ein Traum: Nach den kurzen Ansprachen zur offiziellen Eröffnung, unter anderem von der Vorstandsvorsitzenden der Rosa-Luxemburg-Stiftung Dagmar Enkelmann, hatte ein kleines Ensemble, ein Chor aus Schauspielschülerinnen und -schülern der Hochschule für Musik und Theater Rostock und Ensemblemitglieder des hiesigen Volkstheaters, eine fulminante Interpretation der ersten zehn Seiten von Peter Weiss' Jahrhundertroman – die berühmte und grandiose Beschreibung des Pergamonaltars im Berlin der NS-Zeit – im voll besetzten Saal des Peter-Weiss-Hauses hingelegt. Den anspruchsvollen Live-Aufschlag hatte Schauspieler Dirk Borchardt, gefolgt von der LINKEN-Eminenz Gregor Gysi, gemeistert, ehe die Stafette mit 97 weiteren Lesenden und vorproduzierten Videosequenzen ihren Lauf nahm. Hinter all dem steckt mehr als ein Jahr Vorbereitungszeit. 50 rund halbstündige Videosequenzen und dazu jeweils Aussagen der Lesenden über ihr persönliches Verhältnis zu Weiss und seinem Roman wurden aufgezeichnet, eine voluminöse Videobox war im Laufe des Jahres von Festival zu Festival gereist, um auf die Stafettenlesung aufmerksam zu machen, ein 100-Tage-Countdown auf Facebook und auf dem «peterweiss100»-Blog wurde installiert, und die komplexe Logistik für das Großereignis war wenige Tage nach Weiss' tatsächlichem 100. Geburtstag am 8. November 2016 auf die Beine gestellt worden. Kunstvolle Plakate mit Elementen aus Collagen von Peter Weiss, eine durchdachte Postkartenserie in drei Phasen und ein schönes Programmheft waren parallel in der Werkstatt des Künstlerduos Schroeter und Berger entstanden.

Während der Nonstop-Lesung ergab sich genau jene Stimmung, die sich die Planenden – Theresa Klaue, Stefan Nadolny, Jörg Herrmann und ich, Friedrich Burschel – gewünscht haben. Rund um die Uhr bewegten sich Menschen im Peter-Weiss-Haus, besuchten Ausstellungen und Vorträge im Begleitprogramm, trafen sich auf einen Plausch oder ein Spannungsbier im «Café Marat» im Hause, verweilten am Büchertisch, schnappten sehr frische Luft im Freigarten vor dem Haus oder taten das Gegenteil, rauchten. Einige waren für das ganze lange Wochenende gekommen, andere gezielt zu bestimmten Passagen oder Lesenden, Nachtschwärmer schauten auf einer Stippvisite vorbei. Und immer wieder trat man in den Saal und ließ sich von der Lesung tragen.

Der Wechsel von Video- und Live-Sequenzen, die Folge der sehr unterschiedlichen Lesenden und eine gelassen machende, aber aufnahmebereite Grundmüdigkeit sorgten für ein



54 Stunden Lesung ohne Unterbrechung – live und per Einspielung

dem anspruchsvollen Meisterwerk zugewandtes Einverständnis, das bis zum Schluss trug. Mit welcher Spannung hörte ich Roger Behrens zu bei dem Abschnitt über den Tempel von Angkor Wat, wie rührte mich Thomas Ebermanns Subwoofer-Bass zur «Roten Kapelle», danach Sabine Kebir und Tanja Kinkel, wie begeisterten mich Elisabeth Abendroth, Bini Adamczak und Asta Nechajute, wie habe ich mich gefreut, unter den Live-Lesenden den großartigen Hörspielmacher des Bayerischen Rundfunks, Karl Bruckmaier, kennenzulernen, und wie viele andere versetzten mich mit ihrer Stimme, ihrer Interpretation und Intonation in Entzücken?

1.000 Seiten, 100 Lesende, 54 Stunden und etwa 350 Besucherinnen und Besucher über das Wochenende verteilt sowie etwa 150 Menschen, die die Lesung zu Hause über den Livestream im Internet verfolgten. Ein Jahr lang Peter-Weiss-Bildungsarbeit vom Feinsten und eine angemessene Würdigung des 1982 verstorbenen Jubilars, Künstlers, Dramatikers und Schriftstellers Peter Weiss.

Ein Mitschnitt der 54-stündigen Lesung steht im Internet unter [www.peterweiss100.de](http://www.peterweiss100.de) zur Verfügung.

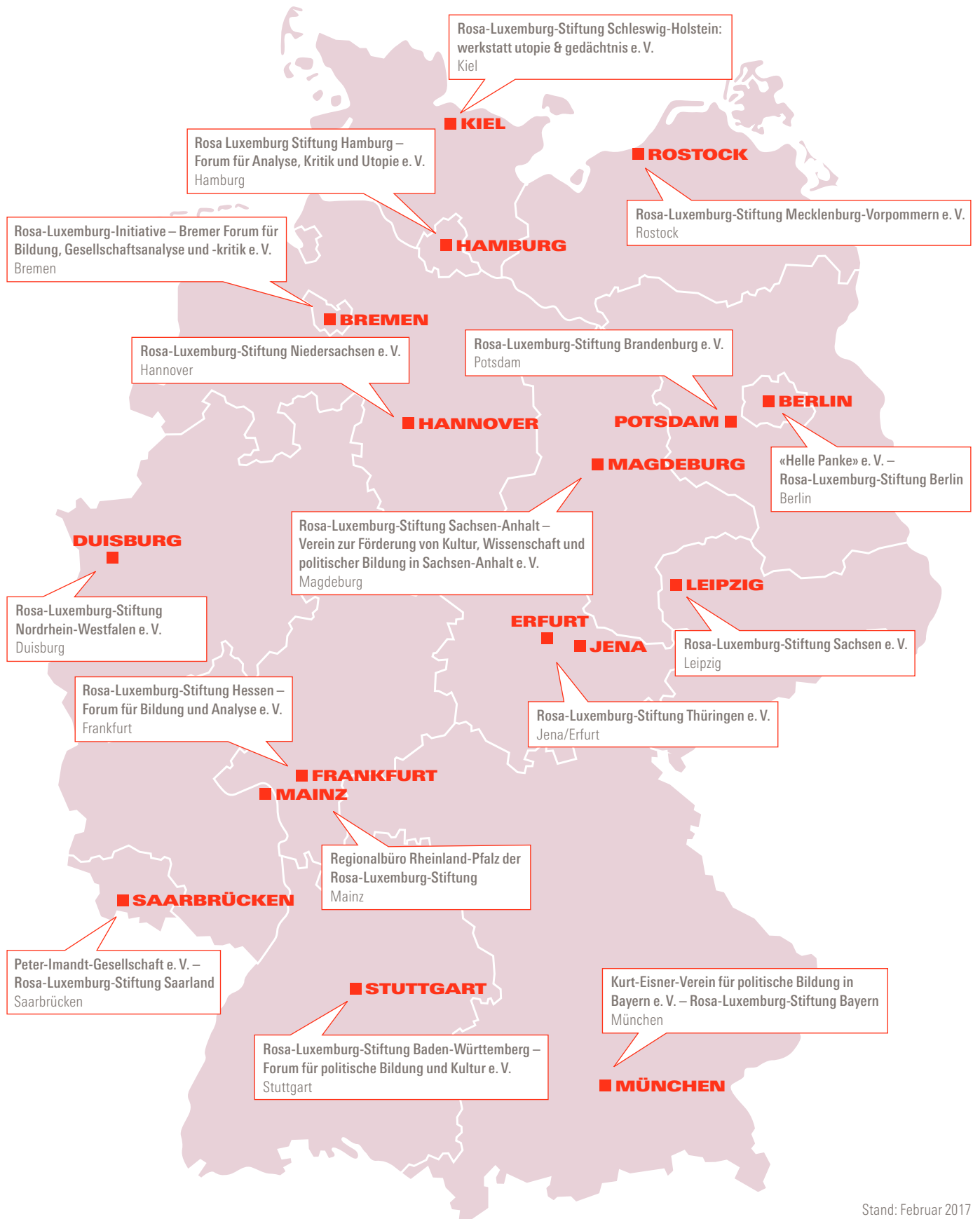


## BUNDESWEITE ARBEIT

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist seit vielen Jahren in allen 16 Bundesländern tätig. Dort findet ein wichtiger Teil der politischen Bildungsarbeit in enger Kooperation mit den Landesstiftungen statt. Im Jahr 2016 waren es über 2.050 Veranstaltungen mit mehr als 105.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Mit ihrem Angebot wendet sich die Stiftung sowohl an das Umfeld der Partei DIE LINKE als auch an eine breite Öffentlichkeit. Die Landesstiftungen kooperieren mit Initiativen und sozialen Bewegungen, mit Gewerkschaften oder anderen Bildungsträgern und arbeiten auch länderübergreifend zusammen. Auf lokaler Ebene organisieren in einigen Flächenländern Rosa-Luxemburg-Clubs die vielfältigen Bildungsangebote.

Der Bereich Bundesweite Arbeit in der Rosa-Luxemburg-Stiftung koordiniert die Zusammenarbeit der Stiftungsbereiche mit den Regionalbüros und Landesstiftungen. Finanziert werden die Aktivitäten der Landesstiftungen teils durch Zuwendungen der Stiftung, teils durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. In vielen Bundesländern können darüber hinaus Landesmittel eingesetzt werden.

Im Jahr 2016 lag ein besonderer Fokus auf Fragen von Flucht und Migration nach Deutschland und Europa. Fast 200 Veranstaltungen befassten sich mit dieser gesellschaftlichen Herausforderung. Einen weiteren Schwerpunkt, eng mit dem ersten verbunden, bildeten erneut antifaschistische und antirassistische Themenstellungen, denen sich mehr als 300 Veranstaltungen widmeten. Mit europäischer und internationaler Politik beschäftigten sich knapp 400 Veranstaltungen. Andere wichtige Themen waren Kapitalismuskritik/Alternativen, Demokratieentwicklung und Fragen des sozialökologischen Umbaus. Daneben gab es ein vielfältiges Angebot zu wirtschafts-, sozial- und genderpolitischen Fragen, zu philosophischen und gesellschaftstheoretischen sowie zu kulturell-künstlerischen Themen. Der Frauenanteil bei den Teilnehmenden lag bei etwa 40 Prozent, der Anteil der unter 30-Jährigen bei rund 30 Prozent. Hervorzuheben sind für das Jahr 2016 drei Kurse des modularen Bildungsangebots «Einstiege in Politik für junge Menschen», die in Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen stattfanden. Zur Schulpolitik und zur Mobilität in Nordrhein-Westfalen, zur Strukturpolitik in Bayern und zu politischen Einstellungen von Jugendlichen in Baden-Württemberg wurden wissenschaftliche Analysen erarbeitet. Über die Bundesweite Arbeit wurden in Zusammenarbeit mit den Auslandsbüros in New York und Belgrad zudem zwei «Speakers-Touren» durch Deutschland organisiert, die den US-amerikanischen Wahlkampf und das Konzept der «sicheren Drittstaaten» mit Blick auf die Länder des Westbalkans thematisierten. Im Folgenden sind einige Höhepunkte unter den Bildungsveranstaltungen der Landesstiftungen aus dem Jahr 2016 dokumentiert.



Stand: Februar 2017



Theodor Bergmann – ungebrochen und voll von «historischem Optimismus»



Deutsche Fallschirmjäger treiben am 2. Juni 1941 auf Kreta alte Menschen zusammen.

## **BADEN-WÜRTTEMBERG**

### ZUM 100. GEBURTSTAG VON THEODOR BERGMANN

Am 7. März 2016 vollendete Theodor Bergmann in Stuttgart sein 100. Lebensjahr. Es spricht für seine Bescheidenheit, dass er zu diesem Anlass keinen «großen Bahnhof» wollte, sondern um ein Symposium bat zu einem Thema, das ihm außerordentlich am Herzen liegt und für das er mit seiner Biografie und seinem politischen und wissenschaftlichen Wirken in besonderer Weise steht: «Was bleibt: Bilanz und Ausblick der Arbeiterbewegung – Hoffnung und Niederlagen».

Theodor Bergmann war als Berater maßgeblich am Aufbau der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg beteiligt und steht ihr als Ehrenmitglied weiterhin mit Rat und Tat zur Seite. Daher war es für uns eine große Freude, ihm zu Ehren dieses Symposium am 19. März in Kooperation mit der Bundesstiftung ausrichten zu können, und zwar im Waldheim Clara Zetkin, einem wichtigen Ort der Stuttgarter Arbeiterbewegung.

Theodor Bergmanns Leben sowie sein politisches und wissenschaftliches Wirken sind eng verbunden mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und ihren Brüchen wie auch mit den Brüchen in der deutschen Geschichte. Auf dem Symposium diskutierten mit ihm langjährige Weggefährten wie Mario Kessler, Alexander Vatlin, Thomas Kuczynski und Frank Deppe über die Entwicklung und den Niedergang des Sozialismus in der Sowjetunion, über Perspektiven Chinas und verpasste Chancen eines demokratischen Sozialismus im 20. Jahrhundert.

Es sollte jedoch nicht nur Bilanz gezogen werden, sondern es ging auch darum, nach vorn zu blicken und zu fragen, wie mit dieser Geschichte umzugehen ist und welche Konsequenzen aus ihr für die Zukunft zu ziehen sind. Einmal mehr beeindruckte der Optimismus, den Theodor Bergmann, bei aller Zurückhaltung und Differenziertheit seines scharfen analytischen Verstandes, ausstrahlt und der besonders junge Menschen begeistert und motiviert.

## **BAYERN**

### HEARING ZU NS-VERBRECHEN AUF KRETA

Am 20. Mai 1941 besetzte die deutsche Wehrmacht unter Beteiligung der Gebirgsjäger aus Bad Reichenhall die griechische Insel Kreta und beging dort in den folgenden vier Jahren zahlreiche Kriegsverbrechen. Sie richtete über 3.500 Zivilistinnen und Zivilisten hin und zerstörte mehr als 30 Dörfer.

In Bad Reichenhall wurden diese Verbrechen nie aufgearbeitet. Der «Kameradenkreis der Gebirgsjäger», die Bundeswehr und die örtliche Politik riefen zum 75. Jahrestag der Besetzung wie jedes Jahr zu Feierlichkeiten auf, allerdings auch diesmal ohne Beteiligung griechischer Opfer bzw. ihrer Angehörigen. Im vergangenen Jahr hat der Kurt-Eisner-Verein dazu beitragen, dass erstmals Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus Griechenland Bad Reichenhall besuchten und ihre Geschichte erzählten. Am 14. Mai fand dort ein öffentliches Hearing mit dem Titel «Euer Verdrängen kotzt uns an! NS-Verbrechen benennen. Opfer entschädigen. Rechte Traditionspflege angreifen» statt.

Der 92-jährige Zeitzeuge Nikolaos Marinakis schilderte ein Massaker im Dorf Skines, dem 148 Menschen zum Opfer gefallen waren und das nachweislich das Gebirgsjägerregiment 100 aus Bad Reichenhall zu verantworten hatte. Angesichts der damaligen Zerstörungen der Wehrmacht in Griechenland kritisierte er die aktuelle von Deutschland verordnete Austeritätspolitik und fragte: «Wer schuldet hier eigentlich wem etwas?» Rechtsanwalt Martin Klingner vom AK Distomo legte dar, dass zwar Urteile griechischer Gerichte zu Individualansprüchen existieren, aber gegen die Bundesrepublik nicht vollstreckt werden. Aristomenis Syngelakis verlas Grußworte der Widerstandsheldin Manolis Glezos, der einst die Hakenkreuzfahne von der Akropolis heruntergeholt hat. Er berichtete von der Auslöschung eines Großteils seiner Familie in Vianos durch die Nazis und der durch die Zerstörungen verursachten ökonomischen Katastrophe. Dem Hearing wohnten etwa 130 Interessierte bei, darunter auch viele junge Menschen aus anderen Regionen Bayerns.



Auch eine mögliche Abspaltung Schottlands war Thema von Owen Jones.



Zum 20. Mal in Potsdam: das Kolloquium zur Außen- und Sicherheitspolitik

## BERLIN

### WHAT'S UP IN GREAT BRITAIN?

Am zweiten Advent wurde die Berliner Bar «Monarch» anlässlich einer Abendveranstaltung von Helle Panke e. V. zu einem Pub, in dem sich rund 220 vornehmlich Englisch sprechende Gäste versammelten. Die Ankündigung, dass der britische Aktivist und *Guardian*-Journalist Owen Jones in der Stadt ist und zur aktuellen politischen Situation in Großbritannien sprechen würde, hatte sich in Windeseile über Twitter unter in Berlin lebenden Expats verbreitet. Im deutschsprachigen Raum ist Jones mit seinem Buch «Chavs: The Demonization of the Working Class» nur einem Fachpublikum bekannt, in den USA und vor allem in Großbritannien ist der 32-Jährige dagegen ein linker Popstar. Sein Erfolg speist sich aus einer Mischung aus linkem Populismus (obwohl er sich auch mit Antirassismus und LGBT-Belangen befasst), Aktivismus und einem engagierten Journalismus, der hervorragend mit Social Media umzugehen weiß. Seinem Youtube-Kanal folgen gut 88.000 Menschen, bei Twitter sind es 540.000 (die Labour Party hat, um die Dimension zu verdeutlichen, nur 36.000 Follower).

Auf der Veranstaltung beantwortete Jones Fragen zum Brexit, zum Aufstieg von Jeremy Corbyn, zum neoliberalen Erbe von Thatcher, zu einer möglichen Abspaltung Schottlands, aber auch zum Immobilienmarkt in London und dazu, was man in Berlin tun kann, um hier ähnlichen Entwicklungen vorzubeugen. Befragt nach seiner Definition von *working class people* erklärte Jones: Alle, die arbeiten, um zu leben, also alle, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Dazu gehöre der Straßenkehrer genauso wie die Lehrerin. Das sei die Mehrheit der Gesellschaft, unabhängig davon, ob diese Frauen und Männer in unseren Ländern oder woanders geboren sind, ob sie Voll- oder Teilzeit arbeiten, ob sie mit niedrigen Löhnen abgespeist oder besser bezahlt werden. Dass es sich hierbei um keine homogene Gruppe handelt, mag für manche banal klingen, aber auch Banalitäten müssen anschaulich formuliert werden.

## BRANDENBURG

### DER NAHE OSTEN UND EUROPA

Am 21. Oktober 2016 fand das 20. Potsdamer Kolloquium zur Außen- und Sicherheitspolitik zum Thema «Der Nahe Osten und Europa» statt. Die Aktualität dieser Fachtagung war mit Händen zu greifen: der Krieg in Syrien, die Kämpfe im Irak und in Jemen, die Flüchtlinge aus Nordafrika. Die zirka 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten die Probleme der Region und fragten nach Chancen für ihre Lösung.

Im ersten Panel zu «Europa und der Nahen Osten – eine komplizierte Nachbarschaft» analysierte Arne Seifert (Botschafter a.D.) das Scheitern der Nahost-Politik «des Westens» und Udo Steinbach (Islamwissenschaftler) präsentierte Überlegungen zu einer Sicherheitsarchitektur für die konfliktreiche Region. Im zweiten Panel ging es zunächst um den israelisch-palästinensischen Konflikt, zu dem Tamar Amar-Dahl (Historikerin) und Tsafir Cohen (Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv) sprachen. Cohen machte die Schwierigkeiten für eine Zwei-Staaten-Lösung deutlich und skizzierte Alternativen. Naoual Belakhdar (Politologin) ging auf soziale Entwicklungen im Maghreb ein. Zum Syrien-Konflikt referierten Karin Kulow (Islamwissenschaftlerin) und Wolfgang Grabowski, (Botschafter a.D.).

Im dritten Panel diskutierten Katja Hermann (Rosa-Luxemburg-Stiftung), Azadeh Zamirad (Stiftung Wissenschaft und Politik) und Wolfgang Gehrcke (MdB, Fraktion DIE LINKE) über die europäisch-arabische Nachbarschaft in einer multipolaren Welt und über die Herausforderungen für eine deutsche Außenpolitik.

In seinen Schlussbemerkungen betonte Raimund Krämer, Chefredakteur der Zeitschrift *WeltTrends*, es gehe einerseits darum, «die Probleme in der Region zu politisieren» und damit lösbar zu machen. Das bedeutet, Gewalt zu beenden. Andererseits sei es notwendig, dass wir neben realistischen Analysen eine politische Vorstellung, «eine Vision» von der Zukunft der Zusammenarbeit beider Regionen entwickeln.





Das Projekt «Asamblea – Open Monday» ist mehr als ein Treffpunkt für Geflüchtete.



Salih Muslim (PYD) informierte in Hamburg über das Autonomieprojekt Rojava.

## BREMEN

### POLITISCHE SELBSTORGANISATION VON GEFLÜCHTETEN

«Der «Open Monday» hilft zu verstehen, was für Rechte man hat. Wir haben alle Angst. Wenn du in Syrien auf der Straße etwas sagst, kommt drei Tage später der Geheimdienst von Assad und du bist für 20 Jahre verschwunden. Es ist engraved in our brains, dass du nichts sagen darfst. Ich glaube, alle Refugees haben diese Angst, etwas zu sagen. Der «Open Monday» macht Mut. Du lernst, dass du frei reden darfst, dass man Veranstaltungen und Demonstrationen machen kann.» (Mohammed Ammar, geflüchtet aus Syrien)

Über Geflüchtete wird derzeit viel gesprochen. Es ist von der «Flüchtlingskrise» die Rede, die es zu lösen gilt. Die Geflüchteten selbst erscheinen dabei kaum als politisch Reflektierende und Handelnde, sie erscheinen als anonyme Masse, über deren Schicksal andere entscheiden (sollen). Das Projekt «Asamblea – Open Monday», das die Rosa-Luxemburg-Initiative (die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bremen) zusammen mit dem Bremer Flüchtlingsrat, der Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und der Interventionistischen Linken initiiert hat, schafft einen Ort für Refugees, wo sie politisch aktiv werden und ihre Interessen artikulieren können. Seit seiner Gründung im August 2016 hat es wachsenden Zulauf erfahren. Derzeit treffen sich wöchentlich etwa 30 bis 60 vornehmlich geflüchtete Menschen im soziokulturellen Zentrum «Paradox», um gemeinsam zu kochen und sich über migrationspolitische Themen auszutauschen. Ergänzend gibt es das Angebot einer Rechtsberatung.

Die Geflüchteten organisierten 2016 bereits zwei sehr gut besuchte Informationsveranstaltungen zur politischen Lage in Afghanistan und in Syrien sowie zwei Demonstrationen gegen den Krieg in Aleppo und gegen die Entscheidung der Bundesregierung, Afghanistan zu einem sicheren Herkunftsland zu erklären. Der «Open Monday» ist mehr als ein fester Treffpunkt für Geflüchtete. Er kann zu einem Zentrum werden, das zum Aufbruch ermutigt: aus der erzwungenen Passivität zur aktiven gesellschaftlichen Teilhabe.

## HAMBURG

### PERSPEKTIVEN DER KURDISCHEN BEWEGUNG

In der Nacht auf den 4. November 2016 wurden in der Türkei die Vorsitzenden der HDP, Figen Yüsekdağ und Selahattin Demirtaş, sowie weitere Abgeordnete festgenommen. Unter diesem Eindruck nahmen am Abend desselben Tages mehr als 500 Menschen an einer Veranstaltung der Landesstiftung Hamburg zu Perspektiven der kurdischen Bewegung teil. Mit dieser wollten wir aus erster Hand über die aktuelle Situation der Kurdinnen und Kurden in Syrien und in der Türkei berichten. Da der eingeladene HDP-Abgeordnete Sariyildiz aufgrund der Verhaftungswelle hatte absagen müssen, nutzte der Ko-Vorsitzende der Partei der Demokratischen Einheit (PYD), Salih Muslim, die Gelegenheit, um ausführlich über das Autonomieprojekt Rojava und die dort entwickelten Alternativen zu nationalistischen, religiös-fundamentalistischen und patriarchalen Vorstellungen und Verhältnissen in der Region zu informieren. Er gab einen ungeschönten Einblick in die anhaltend unübersichtliche Krisensituation im Nahen Osten und betonte, die PYD werde an einem vereinten demokratischen Syrien festhalten. Damit sprach er sich indirekt gegen Pläne für einen einheitlichen kurdischen Staat aus, kritisierte aber zugleich scharf das innenpolitische Vorgehen der türkischen Regierung und ihre Intervention in Syrien.

Wie unabhängige Berichte, etwa von Amnesty International, bezeugen, führt das Erdoğan-Regime im Südosten der Türkei einen unerklärten Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Angesichts der Dramatik der Ereignisse steht weiterhin die auf der Veranstaltung zitierte Frage des ins Exil gezwungenen Chefredakteurs der Zeitschrift *Cumhuriyet*, Can Dündar, im Raum, wonach sich «Europa überlegen muss, ob es wirklich ein islamofaschistisches Regime in der Türkei akzeptieren will». Von der Versammlung ging ein deutliches Zeichen des Protests und der Solidarität mit den dort von Repressionen und Verhaftungen Betroffenen aus Medien, Wissenschaft sowie der HDP und anderen oppositionellen Bewegungen aus.



Hochrüstung der EU-Außengrenzen – auch ein Thema der Kasseler Ringvorlesungen



Gadebusch: Ausstellungstafeln zum Eichmann-Prozess

## HESSEN

### VORLESUNGEN IN KASSEL ZU FRIEDENSPOLITIK

Im Jahr 2016 konnte die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Hessen an eine bereits etablierte Zusammenarbeit mit der Universität Kassel anknüpfen. An der Organisation der Ringvorlesung «Welt aus den Fugen? Krisen, Konflikte, Widerstand», die 2016 neun Veranstaltungen umfasste und federführend von Andreas Eis, Professor für Didaktik der politischen Bildung und Vertrauensdozent der Stiftung, konzipiert worden war, beteiligten sich neben der Stiftung noch Studierende und friedenspolitisch Interessierte aus Kassel.

Themen waren unter anderen «Bilanz militärischer Interventionen: Wo bleibt der Frieden?», «Europäisches Krisenmanagement: Globalstrategie, Brexit und das «Friedensprojekt Europa» sowie «Neoliberalismus als Fluchtursache: Globale Strukturpolitik als Fluchtursachenbekämpfung». Jürgen Wagner von der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI) etwa sprach am 2. November zum «Friedensprojekt Europa» und dazu, wie sich mit der Europäischen Union aus einem für viele einst progressiven Projekt, mit dem Nationalismen überwunden werden sollten, auf Druck von Teilen der Europäischen Kommission und einzelner Mitgliedsstaaten ein eigenständiger außenpolitischer und militärpolitischer Akteur entwickelt hat. Wagner wies zudem darauf hin, dass es eine enge Verbindung gibt zwischen der Hochrüstung der EU-Außengrenzen und dem starken Lobbyismus der Rüstungsindustrie. Mit dem EU-Austritt Großbritanniens, das eine weitere Europäisierung der Außen- und Militärpolitik eher blockierte hatte, seien neue Initiativen von Frankreich und Deutschland in diese Richtung zu erwarten.

Fast alle Vorlesungen, zu denen bis zu 300 Personen kamen, fanden Anklang in friedenspolitischen Kreisen auch außerhalb der Universität und Erwähnung in der lokalen Presse. Die Ringvorlesung endete im Januar 2017. Das Engagement der Studierenden und der Erfolg der bisherigen Vorlesungen haben uns dazu veranlasst, auch danach diese Tradition fortzuführen.

## MECKLENBURG-VORPOMMERN

### GESCHICHTSPROJEKT ZUM EICHMANN-PROZESS

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Mecklenburg-Vorpommern förderte im Jahr 2016 ein außergewöhnliches Geschichtsprojekt an der Europaschule Rövershagen im Landkreis Rostock, das sich mit der NS-Vergangenheit, genauer mit den Verbrechen von Adolf Eichmann und deren gerichtlicher Aufarbeitung, befasste. 1960 hatte der israelische Geheimdienst Eichmann aus Argentinien nach Israel entführt, wo dieser bekanntlich 1961 in einem aufwendigen Prozess zum Tode verurteilt und ein Jahr später gehängt wurde. Das Gericht hatte den einstigen Leiter des «Judenreferats» im Reichssicherheitshauptamt als hauptverantwortlich für die industrielle Ermordung Hunderttausender Juden erklärt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dem genannten Geschichtsprojekt, das von der Lehrerin Petra Klawitter geleitet wurde, suchten im In- und Ausland nach Prozesszeugen, führten Interviews mit dem Polizisten, der Eichmanns damals in Israel vernommen hatte, sowie mit Angehörigen von Menschen, die während der NS-Diktatur Juden versteckt hatten. Sie besuchten zudem das Haus der Wannseekonferenz in Berlin sowie die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem. Ergebnisse ihrer monatelangen Beschäftigung sind dokumentiert in einem Film, einer Broschüre sowie in der Ausstellung «Der Eichmann-Prozess». Anhand von Bild- und Tondokumenten, analytischen Texten und Aussagen jüdischer Opfer wird das Bild eines skrupellosen und jede Verantwortung von sich weisenden Mannes gezeichnet, der sich auf Gehorsamspflicht und Fahneid berief.

Die Landesstiftung hat es mit der Stadtfraktion der LINKEN ermöglicht, dass die Ausstellung im Herbst 2016 in der ältesten erhaltenen Stadtkirche von Mecklenburg, der Kirche St. Jakob und St. Dionysius in Gadebusch, gezeigt werden konnte. Sie zeichnet ein verstörendes Bild von unerhörter Grausamkeit und Verantwortungslosigkeit und ist eine Mahnung dafür, das eigene Gewissen über jede Gehorsamspflicht zu stellen.



Armut und Ausgrenzung haben viele Gesichter – Straßenszene in Hannover.



Kein anderes Bundesland hat ein so breites Angebot an Schulformen.

## NIEDERSACHSEN

### ARMUT. MACHT. FLUCHT

Globale Unsicherheit produziert Migration. Menschen flüchten auch zu uns und das verändert unseren Alltag. Einen Alltag, der ohnehin geprägt ist von einer wachsenden Spaltung zwischen Arm und Reich. Am 17. Oktober lud ein breites Bündnis aus Sozialverbänden, Gewerkschaften und verschiedenen Initiativen, darunter die Rosa-Luxemburg-Stiftung, zur Fachtagung der niedersächsischen Landesarmutskonferenz. Die Tagung trug den Titel «Armut. Macht. Flucht» und befasste sich anhand von Vorträgen, Arbeitsgruppen und Diskussionsforen vor allem mit der Frage, wie man ein gutes Leben für alle Menschen, die in Deutschland leben, ermöglichen kann. Hervorzuheben ist die Vielzahl an geladenen Expertinnen und Experten zu den jeweiligen Themen. So diskutierten Vertreterinnen der Landesregierung mit Aktivisten aus Geflüchteten-Selbstorganisationen, Wissenschaftlerinnen mit engagierten Ehrenamtlichen oder Kulturschaffende mit Behördenmitarbeitern.

Im Ergebnis wurde betont, dass eine Spaltung der Gesellschaft in «Einheimische» und «Neuankömmlinge» verhindert werden müsse. Man war sich einig, dass es nun an der Zeit für eine sozialpolitische Offensive sei. Gute Arbeit, lebenswerter Wohnraum, umfassende Gesundheitsversorgung und kulturelle Teilhabe sind Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Zudem wurden zahlreiche Positivbeispiele praktizierter gesellschaftlicher Solidarität in den Arbeitsgruppen vorgestellt und diskutiert. Somit erhielten die Teilnehmenden auch eine Reihe von konkreten Handlungsanregungen.

Erfreulich war, dass auch in diesem Jahr deutlich mehr als 100 Personen die Informations- und Diskussionsangebote nutzten. Die Landesarmutskonferenz hat sich somit als größte sozialkritische Fachtagung in Niedersachsen in den letzten Jahren etablieren können. Nicht zuletzt wegen der umfassenden medialen Berichterstattung schafft es die Landesarmutskonferenz immer wieder, politische Akzente zu setzen. Auch in Zukunft möchten wir an diesen Erfolg anknüpfen.

## NORDRHEIN-WESTFALEN

### «FÜNF JAHRE NACH DEM SCHULKONSENS»

Gesamtschulen boomen, Sekundarschulen sind ein Flop, so ein Fazit der Studie «Fünf Jahre nach dem Schulkonsens», die 2016 von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Auftrag gegeben wurde, um für Nordrhein-Westfalen und exemplarisch für die ganze Republik zu erfassen, wie sich Schulstrukturen und -angebote seit 2011 entwickelt haben. Damals hatten sich nach einem jahrzehntelangen Streit die politischen Parteien in Nordrhein-Westfalen auf einen Kompromiss geeinigt und qua Änderung der Landesverfassung einen neuen Schultypus, die Sekundarschule, eingeführt. Kein anderes Bundesland hat seitdem ein so breites Angebot an verschiedenen Schulformen wie Nordrhein-Westfalen.

Zentrale Fragen der von Marc Mulia und Peter Proff durchgeführten Untersuchung waren: Hat sich die Sekundarschule als neue Schulform etablieren können? Welche Rolle spielt die Gesamtschule im Schulangebot? Hält der Trend zum zweigliedrigen Schulsystem an? Wie gehen die Kommunen mit der neuen Gestaltungsfreiheit um? Wie wirkt sich all das auf die Chancengleichheit und den Zugang zu umfassender Bildung für alle Bevölkerungsschichten aus? Profitieren zum Beispiel Kinder von Arbeitsmigrantinnen oder Flüchtlingen davon?

Ende August 2016 nahmen rund 60 bildungspolitisch Aktive und Interessierte aus dem Bildungsministerium, der Partei DIE LINKE, der GEW sowie Lehrer, Schulleiterinnen und Elternvertreter die Einladung wahr, im Rahmen eines Symposiums in Bochum mit den Autoren der Studie sowie mit Gabriele Belenberg (Professorin für Schulforschung, Ruhr-Universität Bochum), Klaus Klemm (em. Professor für Bildungsforschung an der Universität Duisburg/Essen), Andreas Meyer-Lauber (Vorsitzender des DGB NRW) und Martina Seifert (Schulleiterin der Sekundarschule Duisburg-Rheinhausen und Vorsitzende des Green-Instituts Rhein-Ruhr e. V.) die Ergebnisse der Studie zu diskutieren. Diese Studie hat landesweit große Presse-Resonanz erfahren.





Laura, Eleonor und Jenny Marx (v.l.n.r.) mit ihrem Vater und Friedrich Engels, Mai 1864



Spanienkämpferinnen und -kämpfer aus dem Saarland – eine Buchvorstellung

## RHEINLAND-PFALZ

### GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE VON MARX BIS HEUTE

Geschlechterungleichheit galt lange Zeit auch in der Linken als ein Nebenwiderspruch. Was aber haben eigentlich Marx und Engels dazu gesagt? Und welches persönliche Verhältnis hatten sie selbst zum weiblichen Geschlecht? Welche Frauen haben auf die Marx'schen Theorien Einfluss genommen und sie weiterentwickelt? Diesen und anderen Fragen ging die Konferenz «Von Marx bis heute – Frauen und Geschlechterverhältnisse» nach, die, organisiert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Rheinland-Pfalz, am 21./22. Mai 2016 im Wolfgang-Capito-Saal in Mainz stattfand.

Am ersten Tag der Konferenz ging es vor allem um die Frauen im engeren Umfeld von Marx und Engels: Marx' Ehefrau Jenny von Westphalen, Helene Demuth, die Marx-Tochter Eleanor (Tussy) und Engels' Lebensgefährtinnen Mary und Lizzie Burns. Zusätzlich gab es einen Vortrag zu der spannenden Biografie der Frühsozialistin Flora Tristan, die im deutschsprachigen Raum fast unbekannt ist. In den Vorträgen stand zum einen das eigenständige Wirken dieser Frauen im Zentrum, zum anderen ihr Verhältnis zu Marx und Engels, deren Verhalten gegenüber dem weiblichen Geschlecht sich nicht grundlegend von dem ihrer Zeitgenossen unterschieden hat und weit davon entfernt war, ihren revolutionären Einsichten zu entsprechen. Der zweite Tag widmete sich dem theoretischen Zugang zur Frauen- und Geschlechterfrage im Werk von Marx und Engels sowie dessen Weiterentwicklung in der marxistisch orientierten Arbeiterbewegung. Selbstverständlich war dies lediglich exemplarisch möglich: So lag ein Fokus auf Clara Zetkin und Alexandra Kollontai, ein anderer auf den Diskussionen der westdeutschen Frauenbewegung seit den 1970er Jahren. Ein kritischer Blick wurde auch auf den Umgang mit der Frauenfrage in der DDR geworfen, die nach eigenem Selbstverständnis der kapitalistischen Bundesrepublik hierbei um «eine ganze Epoche» voraus gewesen sei, was bei näherer Betrachtung wohl eher Wunschdenken war.

## SAARLAND

### «VON DER SAAR ZUM EBRO»

Was bis heute nur wenigen bekannt ist: 243 Menschen aus dem Saarland machten sich 1936/37 nach Spanien auf, um als Freiwillige gegen den Putsch General Francos der Republik zur Seite zu stehen. Keine Landsmannschaft aus Deutschland kämpfte, gemessen an der Bevölkerungszahl, in so großer Zahl aufseiten der Republikaner wie die der Saarländer. Es waren vor allem Bergleute, Hüttenarbeiter und Handwerker, die in Spanien ein gemeinsames Ziel verfolgten: den Faschismus zu besiegen.

Max Hewer, Historiker und Vorstandsmitglied der Peter-Imandt-Gesellschaft, hat in jahrelanger Arbeit für sein Buch «Von der Saar zum Ebro. Saarländer als Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939» deren Biografien rekonstruiert. Das Buch erschien 2016 im Blattlaus-Verlag. Am 3. Juni wurde es in einer Feierstunde im Rathaus Saarbrücken vorgestellt. Zahlreiche Medienberichte folgten, auch weil das Buch für heute wichtige Denkanstöße gibt und Fragen aufwirft: Inwieweit ist der Einzelne bereit, die Menschlichkeit notfalls auch mit der Waffe zu verteidigen? Und wie lässt sich generell Rechtsentwicklungen vorbeugen?

Am 2. Dezember gingen auf einer Veranstaltung der Stiftung im Kulturbahnhof Saarbrücken Angehörige von ehemaligen Spanienkämpferinnen und -kämpfern, aber auch Politikerinnen und Politiker der Frage einer angemessenen Erinnerung an den Bürgerkrieg nach, darunter die französische Generalkonsulin im Saarland, Catherine Robinet, der Fraktionsgeschäftsführer der Partei DIE LINKE im Landtag, Heinz Bierbaum, und der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag, Hubert Ulrich, selbst Nachkomme eines Spanienkämpfers. Dabei tauchte die Forderung nach einem Erinnerungsort auf, außerdem solle man verstärkt an die Schulen gehen und über solche historischen Ereignisse aufklären. Und was wäre besser geeignet als biografische Beispiele, um unter jungen Menschen Interesse und Empathie für linke Kämpfe einst und heute zu schaffen?





An das Leben und Werk von Bruno Apitz erinnert die Website [www.bruno-apitz.de](http://www.bruno-apitz.de).

## SACHSEN

### ERINNERUNG AN BRUNO APITZ

Mit seinem Roman «Nackt unter Wölfen», dessen Handlung 1945 im Konzentrationslager Buchenwald spielt und der 1958 in der DDR erschien, errang der aus Leipzig stammende Schriftsteller und Kommunist Bruno Apitz weltweite Anerkennung. Nach dem Ende der DDR war er für längere Zeit in Vergessenheit geraten. Erst im Jahr 2015 erfuhr das Werk von Bruno Apitz erneut größere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Nachdem der Aufbau-Verlag 2012 eine Neuauflage seines bekanntesten Romans herausgebracht hatte, wurde dieser 2015 für den Mitteldeutschen Rundfunk zum dritten Mal (nach 1960 und 1963) verfilmt. Im selben Jahr erschien im Berliner bebra-Verlag die erste Biografie über Bruno Apitz, verfasst von dem Historiker Lars Förster. Zudem wurde endlich die ehemals am Leipziger Geburtshaus befindliche Gedenktafel erneuert.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen widmete dem Leben und Werk des Künstlers Bruno Apitz (1900–1979) ein Symposium mit dem Titel «Verfolgt – Bejubelt – Vergessen», das am 18. April 2015 im Neuen Rathaus von Leipzig stattfand, organisiert in Kooperation mit der Stadtverwaltung. Im Nachgang der gut besuchten Veranstaltung erschien ein Tagungsband, gleichzeitig entstand in der Stiftung die Idee, eine Homepage zur Stärkung des Andenkens eines Autors zu erstellen, der die Literaturlandschaft der DDR entscheidend mitgeprägt hat. Nach längeren Vorbereitungen ging diese Seite am 21. Dezember 2016 an den Start. Sie enthält neben Texten auch zum Teil bis dahin unveröffentlichte Bilder, Audio- und Videobeiträge. Das primäre Anliegen der Webseite ist es, auch Jüngeren den Zugang zu Bruno Apitz' Leben zu erleichtern sowie über sein facettenreiches künstlerisches Schaffen zu informieren. «Möge diese Webseite eine große Leserschaft finden und den Wunsch wecken, den ganzen Menschen hinter dem Autor des Romans «Nackt unter Wölfen» zu entdecken», schrieb uns Marlis Apitz, seine Witwe, als sie von diesem Projekt erfuhr.



Britische Gelassenheit oder Wahnsinn – darüber wurde in Stendal ausgiebig diskutiert.

## SACHSEN-ANHALT

### ZU DEN HINTERGRÜNDEN DES BREXIT

Sieht man vom Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA ab, hat kein anderes politisches Ereignis des Jahres 2016 in Europa größere Schockwellen verursacht als das Votum für den Brexit im Juni. Von den über 46 Millionen wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern des Vereinigten Königreiches stimmten 51,8 Prozent für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Eine Reihe von Fragen schließt sich an das Referendum an: Welche Teile der Bevölkerung haben für den Austritt votiert, welche für ein Verbleiben in der Union? Welche sozialen Interessengruppen waren die treibenden Kräfte hinter der *leave*-Kampagne? Was sind die Konsequenzen des Referendums für Großbritannien, welche Folgen hat die Entscheidung für die EU?

Diese Fragen wurden am 12. Oktober bei einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt mit Johann-Günther König, Autor des 2016 erschienenen Buches «Die spinnen, die Briten. Das Buch zum Brexit» im «Roten Salon» in Stendal diskutiert. In Großbritannien, so hob König hervor, sei es traditionell unüblich, öffentlich politische Bekenntnisse abzugeben. Im Vorfeld des Referendums sei jedoch alles anders gewesen: Die britische Gesellschaft habe sich an der Frage *leave* oder *remain* politisch polarisiert wie selten zuvor. Ohne die sozialen Verwerfungen und die regionalen Ungleichheiten sei das nicht zu verstehen: Rund 13 Millionen Britinnen und Briten lebten trotz Lohnarbeit unter der Armutsschwelle, der Norden Englands oder auch Wales seien von der ökonomischen Entwicklung abgehängt. Eine überzeugende Antwort darauf und auf die damit verbundenen Verunsicherungen habe es vonseiten der Brexit-Gegner nicht gegeben. Die EU als Alternative zum Nationalismus konnte nicht überzeugen. Dennoch, so König, sei die Rückkehr zu einer Orientierung am Nationalstaat keine Alternative zur europäischen Kooperation. Es müsse für eine Demokratisierung der neoliberalen EU gestritten werden, auch wenn die Aussichten dafür trübe seien.



Fußgängerzone in der Hindenburgstraße in Bad Oldesloe

## SCHLESWIG-HOLSTEIN

### POLITIKTAGE IN BAD OLDESLOE

Wie in den Vorjahren ist es der schleswig-holsteinischen Landesstiftung gelungen, insbesondere jüngere Menschen für ihre Veranstaltungen zu interessieren. 2016 ist der Anteil der unter 31-Jährigen an den Teilnehmenden noch einmal auf nunmehr über 55 Prozent angestiegen. Auch der Frauenanteil liegt mit gut 50 Prozent überdurchschnittlich hoch. Ein inzwischen fester Bestandteil des Bildungsprogrammes sind die «Politiktage» in Bad Oldesloe. Hier arbeitet die Stiftung mit dem Bildungsträger PolbiX und mit der örtlichen Gruppe «Arandela – linke Initiative Oldesloe» zusammen.

Während der dreitägigen Veranstaltung im Februar haben sich über 200 Jugendliche zu unterschiedlichen Fragen ausgetauscht. Zum Auftakt wurde mit einer Referentin der Berliner NGO CADUS/phoenix e. V. über die Situation in Rojava im Spannungsfeld zwischen Krieg, Autonomie und Selbstverwaltung diskutiert. Am Samstag und Sonntag standen zehn Workshops auf der Tagesordnung. Neben klassischen Themen wie Marx'sche Kapitalismuskritik, Antirassismus, Feminismus und Kritik an Hartz IV gab es auch Rollenspiele zum Thema «Was tun, wenn es Ärger gibt?», um den gewaltfreien Umgang mit Konflikten und Aggressionen einzuüben, sowie ein Seminar zur aktuellen Diskussion über Flucht und Asyl. Am Samstagabend wurde der Film «Die Unsichtbaren» von Benjamin Kahlmeyer gezeigt. Der Dokumentarfilmer hat drei junger Männer während ihrer Asylverfahren begleitet und ihre Lebens- und Fluchtwege nachgezeichnet. Die Hoffnung der Männer auf einen Neuanfang in Deutschland steht dabei im krassen Gegensatz zur Realität der bürokratischen Entscheidungsfindung.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der «Politiktage» kamen 2016 überwiegend aus Oldesloe und Umgebung, aber auch aus Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen. Weitere Kooperationspartnerinnen bei dieser Veranstaltungsreihe sind die Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Stormarn, die Stadt Bad Oldesloe und die GEW Stormarn.



Arbeitsgruppe auf der Erfurter Veranstaltung

## THÜRINGEN

### EINE SCHULE FÜR ALLE

Wie im Koalitionsvertrag der rot-rot-grünen Landesregierung vorgesehen, legte das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Anfang 2016 Eckpunkte eines neuen inklusiven Schulgesetzes vor. Eine von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen und der Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen organisierte Veranstaltung am 29. August bot die Möglichkeit, sich über die seit Längerem kontrovers diskutierte Ansprüche an eine gemeinsame Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne besonderen Förderbedarf sowie über die Bedingungen für deren Gelingen auszutauschen.

Die Staatssekretärin für Bildung Gabi Ohler begründete zu Beginn, warum sich die linke Landesregierung der Aufgabe der Inklusion verschrieben hat: Viele Länder in Europa und viele andere Bundesländer seien in dieser Hinsicht schon viel weiter als Thüringen und zeigten täglich, dass Inklusion funktionieren kann – allerdings nicht von allein. Das Konzept inklusive Schule stelle hohe Anforderungen an alle Beteiligten: «Nicht jede Schule wird bereits in ein, zwei Jahren eine inklusive Schule sein.» Wichtig sei aber: «Wir machen uns alle gemeinsam auf den Weg.»

Die Themen der von Expertinnen und Experten moderierten Arbeitsgruppen reichten von der Qualifizierung der Diagnostik von Förderbedarfen in multiprofessionellen Teams über die pädagogische Aus- und Fortbildung (und die dafür zu schaffenden Voraussetzungen) bis hin zu Finanzierungsfragen. Das Fazit der Tagung: Es sind noch viele Probleme anzugehen, aber wenn es gelingt, die verschiedenen Sichtweisen und Ideen zusammenzuführen, können Lösungen gefunden und die nächsten Schritte getan werden. Dafür war diese Veranstaltung ein Meilenstein. Deren Arbeitsergebnisse und Anregungen können für die weitere Ausgestaltung des inklusiven Schulgesetzes genutzt werden. Auf diese Weise könnte Thüringen ein sehr produktives und fortschrittliches Gesetz bekommen, das den Praxistest besteht.

## ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG UND ZUSAMMENARBEIT

Die Arbeit des Zentrums für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (ZID) war im Jahr 2016 sowohl von Umbruch als auch von Konsolidierung geprägt: Nach dem Wechsel des bisherigen Direktors Wilfried Telkämper in den Ruhestand wurde die Leitung des ZID im Juni an Boris Kanzleiter übergeben. Wilfried Telkämper hat das ZID sechs Jahre lang in einer Phase des starken Mittel- und Personalzuwachs geleitet.

Eine im Jahr 2015 begonnene Umgestaltung der administrativen Strukturen wurde im Laufe des Folgejahres weiter etabliert. Gleichzeitig hat im Frühjahr 2016 der Profilbildungsprozess des ZID angefangen. Im Rahmen dieses Prozesses beschäftigt sich das ZID mit einem eigenen Zugang zum Konzept der Globalen Sozialen Rechte. Erste Ansätze dazu wurden bereits in der zweiten Jahreshälfte auf Regionalplanungskonferenzen der neu geschaffenen Regionalreferate mit den Kolleginnen und Kollegen der Auslandsbüros diskutiert.

Neben der organisatorischen Weiterentwicklung setzte das ZID im Jahr 2016 seine weltweite Arbeit in über 60 Ländern mit seinen rund 320 Partnerorganisationen und zahlreichen eigenen Aktivitäten erfolgreich fort. So konnten auch in diesem Jahr wieder Delegationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihrer Partner auf internationalen Treffen der Zivilgesellschaft – wie etwa dem Weltsozialforum im August in Montreal – präsent sein. Auch die kritische Begleitung von UN-Prozessen und die Teilnahme an den entsprechenden Konferenzen – wie dem UN-Klimagipfel COP23 in Marrakesch und der UN-Konferenz zu Wohnen und nachhaltiger Stadtentwicklung Habitat III in Quito – konnten wir unseren Partnerorganisationen ermöglichen.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auch im Jahr 2016 auf der Vermittlung internationaler Themen und ihrer Verbindung mit Deutschland: Neben einer Kampagne zum Platinabbau in Südafrika und zur Lieferkettenverantwortung der deutschen Industrie, in deren Rahmen die Stiftung gemeinsam mit Brot für die Welt und AfricAvenir mehrere Veranstaltungen organisierte, thematisierte eine gemeinsame Konferenz mit der Bundstagsfraktion der LINKEN Menschenrechtsverletzungen durch Ressourcenabbau und die Chancen sozialer Entwicklung durch die Schaffung lokaler Wertschöpfungsketten.

Der vom Auslandsbüro der Stiftung in Tel Aviv organisierte Besuch einer Delegation der Gemeinsamen Liste im November stellte der deutschen Öffentlichkeit eines der wichtigsten und zukunftsweisenden politischen Projekte in Israel vor und fand große Resonanz in den Medien und politischen Kreisen.

Darüber hinaus veröffentlichten die Auslandsbüros weltweit eine Vielzahl an Studien und Analysen, die über aktuelle politische Entwicklungen informieren, internationale Verbindungen herstellen und neue Perspektiven eröffnen.



## «KÄMPFE UM SOZIALE UND DEMOKRATISCHE RECHTE MIT EINER INTERNATIONALISTISCHEN PERSPEKTIVE STÄRKEN»

EIN GESPRÄCH MIT BORIS KANZLEITER, DER SEIT JUNI 2016 DAS ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG UND ZUSAMMENARBEIT (ZID) LEITET

**Das ZID ist der größte Bereich der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Welche Schwerpunkte möchten Sie in den nächsten Jahren setzen?**

**Kanzleiter:** Wir unterstützen weltweit vielfältige Initiativen linksorientierter Nichtregierungsorganisationen, akademischer Einrichtungen und politischer Organisationen. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen. Gleichzeitig wollen wir die Regionalbüros stärker zusammenführen und gemeinsame politische und strategische Ansätze entwickeln. Wir möchten das ZID gern stärker zu einer wirklich weltweit handelnden Organisation machen. Auf die globalen Probleme des Kapitalismus müssen wir globale Antworten finden. Mit dem Konzept der Globalen Sozialen Rechte versuchen wir das. Es geht uns darum, die Kämpfe um soziale und demokratische Rechte mit einer internationalistischen Perspektive zu stärken. Für zentral halte ich dabei die Unterstützung von Ansätzen der transnationalen Gewerkschaftsarbeit. Angesichts des ultrakonservativen Rollbacks sind in vielen Ländern die Kämpfe um die Rechte von Frauen besonders wichtig. Es geht an zahlreichen Orten mittlerweile auch wieder um die Verteidigung von demokratischen und politischen Grundrechten wie der Pressefreiheit oder der Versammlungsfreiheit. Unseren Einsatz für weltweite soziale Gerechtigkeit müssen wir verbinden mit einer Diskussion über grundlegende sozioökologische und ökonomische Alternativen. Wir müssen weg vom Profitprinzip, von Konzernherrschaft und Extraktivismus – hin zu ökologischer Nachhaltigkeit und einer Demokratisierung der Wirtschaft.

**Sie arbeiten ja seit 2009 für das ZID. Welche Erfahrungen bringen Sie da mit?**

**Kanzleiter:** Ich habe das Regionalbüro der Stiftung für Südosteuropa in Belgrad gegründet und aufgebaut. Im ersten Halbjahr 2016 war ich gleichzeitig auch Interimsleiter des Brüsseler Büros. Auf diese Weise konnte ich viele Einblicke in die Stiftungsarbeit, vor allem in die Europa-Arbeit, gewinnen. Ich kenne auch die zahlreichen administrativen Richtlinien, an die wir uns als Empfänger öffentlicher Mittel halten müssen. Das ist ein großer Vorteil, weil es sich um sehr komplexe Regeln handelt.

**Sie sind aber nicht als Stiftungsmitarbeiter auf die Welt gekommen. Wie sieht Ihr biografischer und politischer Hintergrund aus?**

**Kanzleiter:** Ich bin in Stuttgart in einem gewerkschaftlich engagierten Elternhaus aufgewachsen. Seit meiner Jugend bin ich in verschiedenen politischen Initiativen aktiv. Die ers-



Seit Mitte 2016 Leiter des ZID: Boris Kanzleiter

te größere Aktion war 1987 ein Streik von Schülerinnen und Schülern gegen den damaligen Kultusminister Mayer-Vorfelder, den ich mitorganisiert habe. In den 1990er Jahren habe ich in Berlin Geschichte, Germanistik und Altamerikanistik studiert. Damals schlug mein Herz für Lateinamerika. Ich habe 1994/95 in Mexiko-Stadt studiert und mich für die zapatistische Bewegung engagiert. Gleichzeitig habe ich mich für Osteuropa interessiert und 15 Jahre in Belgrad gelebt. Als Journalist habe ich viele Jahre aus dem ehemaligen Jugoslawien berichtet. Mit Förderung der Hans-Böckler-Stiftung habe ich eine Doktorarbeit über die Proteste von 1968 in Jugoslawien geschrieben. Dabei ging es um die Demokratisierung des Sozialismus, ein Thema, das uns auch als Stiftung intensiv beschäftigt.

**Worin sehen Sie die größte Herausforderung der kommenden Jahre?**

**Kanzleiter:** Wir müssen uns darauf einstellen, dass die Handlungsspielräume in immer mehr Ländern durch repressive NGO-Gesetze eingeschränkt werden. Wir müssen diesem Trend entgegenwirken und versuchen, unsere Spielräume zu erhalten und sie nach Möglichkeit auszubauen.



**LEBHAFER AUSTAUSCH**

«6. CHINESISCH-EUROPÄISCHES FORUM ZU SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN UND RECHTSFRAGEN» IN SUZHOU

Seit 2011 verbindet die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Partnerschaft mit der Rechtsfakultät der Volksuniversität Peking. Zum wichtigsten Format der Zusammenarbeit hat sich das jährlich stattfindende Umweltforum entwickelt, das auch von Expertinnen und Experten der Universität Wien mitgetragen wird und in dessen Mittelpunkt der chinesisch-europäische Austausch über den rechtlichen Rahmen für eine sozial-ökologische Transformation steht.

Die bisherigen Veranstaltungen des Forums wandten sich Themen wie dem Vergleich von «grüner» Wirtschaft und sozial-ökologischen Bewegungen in China und Deutschland zu, der Frage nach der Verantwortlichkeit für sozial-ökologische Prozesse auf nationaler und globaler Ebene, einem Vergleich der Konzepte «sozial-ökologische Transformation» und «sozialistische Ökozivilisation», der Frage nach der Rechtsgrundlage für die nachhaltige Entwicklung von urbanen Räumen und Transportsystemen, der Thematisierung von demokratischer Teilhabe in Umweltfragen, *low-carbon life* sowie dem Klimawandel und dem Schutz maritimer Umwelt und Ressourcen.

Im Oktober 2016 fand unter dem Titel «Nahrungsmittelsicherheit – nachhaltige Landwirtschaft» in Suzhou das 6. Chinesisch-Europäische Umweltforum statt, das rund 50 Vertreterinnen und Vertreter wissenschaftlicher Institutionen, der Politik, von Behörden und Nichtregierungsorganisationen aus der Volksrepublik China, verschiedenen EU-Staaten und Taiwan zu einem lebhaften Austausch zusammenführte.

Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung sowie der Folgen von Umweltschäden und Klimawandel ist die Schaffung einer sicheren Ernährungsgrundlage eine zentrale Herausforderung für die Menschheit. In einer wissenschaftlichen Studie nennen die meisten der befragten Chinesinnen und Chinesen Unsicherheit in Bezug auf die Qualität von Nahrungsmitteln als die gravierendste Auswirkung von Umweltverschmutzung. Um die Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln zu garantieren, spielen Lebensmittelsicherheit und die Transparenz von Produktionsbedingungen eine große Rolle. Folglich standen auch die Verbesserung des Verbraucherschutzes und der rechtlichen Regelungen in Umweltfragen sowohl in China als auch in den Ländern der EU im Rahmen des Forums zur Diskussion. Weitere Stichpunkte lieferten Beiträge zum Verhältnis von Ernährungssouveränität, Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit, zu globalen Commons, zum Einfluss des Klimawandels auf die Umwelt und die Erzeugung von Lebensmitteln, zu ökologischer Landwirtschaft und zu Kontrollmechanismen sowie internationalen (Handels-)Verbindungen in Bezug auf Standardsetzungen etwa für den Einsatz und Nachweis von Chemikalien wie Pestiziden in Lebensmitteln und anderen Produkten.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung freut sich darauf, in dieser bisher sehr erfolgreichen Veranstaltungsreihe gemeinsam mit unseren chinesischen Partnern und interessierten Gästen auch künftig Fragen des Zusammenwirkens von sozialer Entwicklung, Umwelt und Recht zu diskutieren.

**SCHRANKEN UNTERLAUFEN UND GRENZEN ÜBERWINDEN**

NEUES AUS DEM BÜRO IN MOSKAU

Zwar existiert das Stiftungsbüro in Moskau schon seit 2003, das Jahr 2016 war aber dennoch ein ganz besonderes. Mit einer neuen Büroleitung, einem neuen Veranstaltungsprogramm und einer neuen Mitarbeiterin brachte der Umzug vom Südwesten Moskaus ins Stadtzentrum eine zentrale Verbesserung mit sich: einen eigenen Veranstaltungssaal – barrierefrei, flexibel nutzbar und öffentlich zugänglich.

Denn der Spielraum für gesellschaftspolitische Aktivitäten ist 2016 noch einmal deutlich enger geworden. Seit 2012 wird per Gesetz zum «ausländischen Agenten» erklärt, wer in Russland organisiert politisch tätig ist und dafür Geld aus dem Ausland erhält. Das hat bislang regelmäßig das Aus für politische Initiativen und Organisationen bedeutet. Seit Frühjahr 2016 steht nun fest, was die Duma unter «politischer Tätigkeit» versteht: jegliches organisierte Engagement – das heißt öffentliche Meinungsäußerungen zu faktisch allem, was mit Verfassung, Staat, Parteien, Rechtssystem, Wahlen, Innen- und Außenpolitik oder sozialökonomischen Themen zu tun hat.

Um Partnerorganisationen nicht zu verunsichern oder zu gefährden, veranstaltet das Stiftungsbüro Konferenzen, Seminare, runde Tische oder Kunstprojekte deshalb zunehmend selbst. Dabei zahlen sich die langjährige Zusammenarbeit und das dadurch entstandene Vertrauen aus, sodass die Verbindungen zu Universitäten, Instituten und Organisationen der sozialen Bewegungen verstetigt und sogar neue Partner hinzugewonnen werden konnten.

So präsentierten wir zum Beispiel 2016 in Kasan, Jekaterinburg und Kiew den Sammelband «Kunst. F-Feminismus», der das Projekt einer feministischen Kunstaussstellung, die im Jahr zuvor stattgefunden hatte, dokumentiert. Die gut besuchten Veranstaltungen – jeweils eine Art kleines dreitägiges Festival mit Vorträgen, Diskussionen und Performances – gaben vor Ort Impulse zur Begegnung, Vernetzung, Stärkung und Ermunterung. Alle Beteiligten konnten die Erfahrung machen, dass feministische Kunst eine wirkungsmächtige Plattform ist und einen guten Ausgangspunkt darstellt, um selbst aktiv zu werden, sich aufklärend mit Bildung und Politik zu befassen und Druck sowie struktureller Gewalt in der hierarchischen Gesellschaft entgegenzuwirken. Dass es ausgerechnet Kiew war, wo Partnerorganisationen aus der Ukraine, Weißrussland und Russland zusammenkamen, war auch emotional wichtig und zeigt einmal mehr, dass die Schranken der «großen Politik» unterlaufen werden wollen und können.



Im Mai 2016 besuchte eine Delegation der Rosa-Luxemburg-Stiftung Ecuador. Am Rand der Kleinstadt Cayambe legte Dagmar Enkelmann bei einer Solidaritätsaktion selbst Hand an.

## **BUEN VIVIR PRAKTISCH UMSETZEN**

### NEUES AUS DEM ANDENBÜRO IN QUITO

Die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Venezuela ist durch die Krise der linken Regierungen geprägt. Die staatlichen Sozialpolitiken, die viel zur politischen Stabilität in den letzten Jahren beigetragen haben, sind in Gefahr geraten, seit Mitte 2015 die Öl- und Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt eingebrochen sind. Zudem haben die Regierungsübernahmen der Rechten in Brasilien und Argentinien sowie die Wirtschaftskrise in Venezuela die regionale Integration für eine eigenständige Wirtschaft quasi gestoppt. Der Friedensprozess in Kolumbien hat Ende 2016 zum Abkommen zwischen der rechten Regierung und der ältesten Guerilla des Kontinents, FARC, geführt. Doch auch die extreme Rechte und die Paramilitärs sind gestärkt. Trotz des Friedensabkommens hat die Repression und die zum Teil tödliche Gewalt gegen Indigene, Umwelt- und Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten deutlich zugenommen, auch Mitglieder unserer Partnerorganisationen sind ermordet worden.

Analysen der gestärkten rechten und neokonservativen Tendenzen auf der einen und der Entwicklung der pluralen Linken auf der anderen Seite sind deshalb unerlässlich. Dabei ist es von Vorteil, dass die progressiven Regierungen in Lateinamerika nicht mehr zur Projektionsfläche für linke Wünsche taugen, weil die Widersprüche der Realität zu massiv sind. Wie haben sich die lateinamerikanischen Gesellschaften durch die staatlichen Sozialpolitiken der letzten zehn Jahre verändert? Was ist von der neuen Mittelschicht zu halten, die sich gebildet hat? Warum sind die progressiven Regierungen in die Defensive geraten und warum sind soziale Bewegungen in allen vier

Ländern schwächer und gespaltener als vor zehn Jahren? Welche Spielräume wurden genutzt und welche warum verspielt? Neben den Analysen von rechten Tendenzen und linken Lernprozessen unterstützt das Andenbüro weiter Alternativen zum kapitalistischen Entwicklungsmodell.

Die Bedingungen für Veränderungen sind dabei auf nationalstaatlicher Ebene schwieriger geworden, auf regionaler werden Alternativen jedoch weiterhin praktisch erprobt: Dazu gehören beispielsweise gemeinschaftlicher Landbesitz in Bolivien, kollektiver Bau und Besitz von Wohnraum in Caracas oder indigene Praxen der Rechtsprechung als Konfliktlösungsstrategie und Arbeit am «entkolonisierten Staat». Die Versorgungsgengpässe in Venezuela haben zu einer Zusammenarbeit zwischen Partnerorganisationen der Stiftung und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften geführt, in Kolumbien mobilisieren und politisieren Volksabstimmungen über Megabergbauprojekte die Bevölkerung auf der Suche nach alternativen Wirtschaftsmöglichkeiten und in der ecuadorianischen Gemeinde Cayambe setzt der seit 2014 regierende erste indigene Bürgermeister, Guillermo Churuchumbi, auf Veränderung: Anstelle der neoliberal gefärbten Public-Private-Partnerships führte er Public-Community-Partnerships ein, um die Wasserversorgung nicht nur für die großen Blumenproduzenten der Stadt zu garantieren, sondern auch für die indigenen Gemeinden der Umgebung. «Hier geht es nicht darum, dass die Leute passiv darauf warten, dass der Staat alles für sie tut. Sie sollen in direkter Demokratie mitentscheiden, aber auch direkt mitgestalten», so Churuchumbi. Das Regionalbüro in Quito – seit Mai 2016 unter neuer Leitung – arbeitet verstärkt mit der Gemeinde zusammen, die ein Beispiel dafür liefert, wie Buen Vivir praktisch umgesetzt wird.

## REFERAT AMERIKA

NORDAMERIKA  
UND VEREINTE NATIONEN

**Sitz:** New York/USA

**Gründungsjahr:** 2012

**Projektländer:** USA, Kanada, Deutschland, Standorte der Vereinten Nationen

**Büroleitung:** Stefanie Ehmsen & Albert Scharenberg

**Mitarbeitende:** 6

[www.rosalux-nyc.org/de](http://www.rosalux-nyc.org/de)

**Arbeitsschwerpunkte:** nordamerikanisch-europäischer linker Dialog; Alternativen zur Austeritätspolitik; kritische Gesellschaftsanalyse; globale Machtverschiebungen, sozial-ökologische Transformation

## ANDENLÄNDER



**Sitz:** Quito/Ecuador

**Gründungsjahr:** 2010

**Projektländer:** Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Venezuela

**Büroleitung:** Karin Gabbert

**Mitarbeitende:** 10 (davon je 1 in Bolivien, Kolumbien und Venezuela)

[www.rosalux.org.ec](http://www.rosalux.org.ec)

**Arbeitsschwerpunkte:** Stärkung der Partizipation zivilgesellschaftlicher Gruppen bei der Umsetzung der linken Verfassungen und der Wahrnehmung ihrer Rechte; Suche nach Alternativen zum herrschenden Wirtschaftsmodell, das bislang ausschließlich auf dem Export von natürlichen Ressourcen beruht. Dieses Thema wird in den Ländern kontrovers diskutiert. Das Büro greift diese Debatten auf und fördert einen regional übergreifenden Austausch.

## CONO SUR UND BRASILIEN



**Sitz:** São Paulo/Brasilien

**Gründungsjahr:** 2003

**Projektländer:** Brasilien, Uruguay, Paraguay

**Büroleitung:** Gerhard Dilger

**Mitarbeitende:** 9

[www.rosaluxspba.org](http://www.rosaluxspba.org)

VERBINDUNGSBÜRO  
BUENOS AIRES

**Gründungsjahr:** 2015

**Projektländer:** Argentinien, Chile

**Programmkoordination:** Elisangela Soldatelli

**Mitarbeitende:** 5

[www.rosaluxspba.org/es](http://www.rosaluxspba.org/es)

**Arbeitsschwerpunkte:** Menschenrechte, Naturrechte und Demokratie; die Krise und die Zukunft der Linken; sozialökologische Transformation und Buen Vivir

MEXIKO, ZENTRALAMERIKA  
UND KUBA

**Sitz:** Mexiko-Stadt/Mexiko

**Gründungsjahr:** 2007

**Projektländer:** Costa Rica, Guatemala, Kuba, Mexiko, Nicaragua

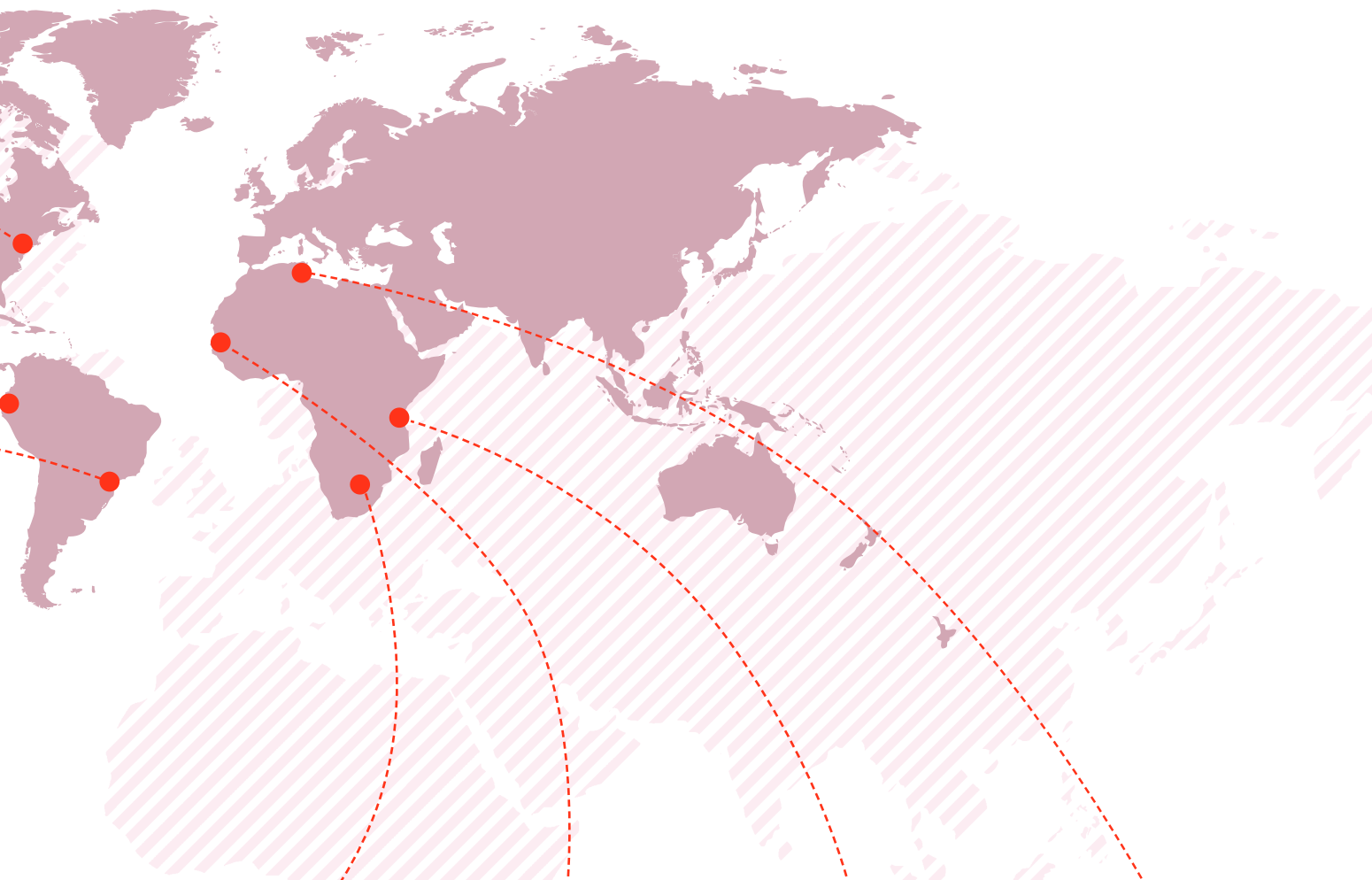
**Büroleitung:** Torge Löding, Sandy El Berr (ab Mai 2017)

**Mitarbeitende:** 11

[www.rosalux.org.mx](http://www.rosalux.org.mx)

**Arbeitsschwerpunkte:** partizipative Demokratie und soziale Inklusion; politische und ökonomische Alternativen zum herrschenden Entwicklungsmodell





**REFERAT AFRIKA**

**SÜDLICHES AFRIKA**



**Sitz:** Johannesburg/Südafrika

**Gründungsjahr:** 2003

**Projektländer:** Botswana, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, Simbabwe, Südafrika

**Büroleitung:** Jörn Jan Leidecker

**Mitarbeitende:** 10

**www.rosalux.co.za**

**Arbeitsschwerpunkte:** partizipative Demokratie; Arbeitnehmerorganisationen und soziale Gerechtigkeit; natürliche Ressourcen

**WESTAFRIKA**



**Sitz:** Dakar/Senegal

**Gründungsjahr:** 2010

**Projektländer:** Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Ghana, Guinea, Kap Verde, Mali, Niger, Nigeria, Senegal

**Büroleitung:** Armin Osmanovic

**Mitarbeitende:** 8

**www.rosalux.sn**

**Arbeitsschwerpunkte:** natürliche Ressourcen und Konflikte; Jugend und Politik; Religion und Gesellschaft; Migration; Zukunft der Arbeit; Frieden und Sicherheit; Afrika und Internationale Politik

**OSTAFRIKA**



**Sitz:** Daressalam/Tansania

**Gründungsjahr:** 2012

**Projektländer:** Kenia, Ruanda, Tansania, Uganda

**Büroleitung:** Dorothee Braun

**Mitarbeitende:** 9

**www.rosalux.co.tz**

**Arbeitsschwerpunkte:** Nutzung natürlicher Ressourcen zum Wohle der Menschen; an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtete Gestaltung von regionaler Integration und internationalen Handelsbeziehungen; Verteidigung und Ausweitung demokratischer Rechte

**NORDAFRIKA**



**Sitz:** Tunis/Tunesien

**Gründungsjahr:** 2014 (Registrierung)

**Projektländer:** Ägypten, Marokko, Tunesien

**Büroleitung:** Peter Schäfer

**Mitarbeitende:** 8

**www.rosaluxna.org**

**Arbeitsschwerpunkte:** Entwicklung sozioökonomischer Alternativen; Stärkung der politischen Partizipation, insbesondere jüngerer Aktivistinnen



**OSTMITTELEUROPA**



**Sitz:** Warschau/Polen  
**Gründungsjaar:** 2003  
**Projektländer:** Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Ungarn  
**Büroleitung:** Joanna Gwiazdecka  
**Mitarbeitende:** 6  
[www.rls.pl](http://www.rls.pl)

**ORTSKRAFTBÜRO PRAG**  
 (im Aufbau)

**Gründungsjaar:** 2016  
**Projektländer:** Tschechien  
**Programmkoordination:** Jiří Silný  
**Mitarbeitende:** 1

**ORTSKRAFTBÜRO KIEW**



**Gründungsjaar:** 2016  
**Projektländer:** Ukraine  
**Programmkoordination:** Nelia Vakhovska  
**Mitarbeitende:** 3

**Arbeitsschwerpunkte:** Durchsetzung sozialer Rechte; Unterstützung von Gewerkschaften; Stärkung der Rechte von Frauen und LGBTI; Entwicklung linkspolitischer Alternativen zum vorherrschenden Neoliberalismus; differenzierte Auseinandersetzung mit Erinnerungspolitik und sozialistischer Vergangenheit

**EUROPÄISCHE UNION**



**Sitz:** Brüssel/Belgien  
**Gründungsjaar:** 2008  
**Projektländer:** Europäische Union  
**Büroleitung:** Martin Schirdewan & Claus-Dieter König  
**Mitarbeitende:** 8  
[www.rosalux.eu](http://www.rosalux.eu)

**Arbeitsschwerpunkte:** Kooperation mit und Unterstützung von linken Akteuren und Strategien in Europa und den Weltregionen; Rolle der EU als globaler Akteur (u. a. Handels-, Außen-, Energiepolitik); sozialökologische Transformation; Kritik des europäischen Grenzregimes & linke Migrationspolitik

**VERBINDUNGSBÜRO ATHEN**

**Gründungsjaar:** 2012  
**Projektländer:** Griechenland  
**Programmkoordination:** Ioanna Meitani & Eva Giannakaki  
**Mitarbeitende:** 3  
<http://rosalux.gr/de>

**Arbeitsschwerpunkte:** die Krise und linke Lösungsansätze; Aufkommen des Neofaschismus in Griechenland und seine Bekämpfung; Untersuchung der Auswirkungen von Privatisierungen auf Demokratie und Teilhabe; Stärkung und Wiederbelebung des Gemeinwesens; Verbesserung der Situation von Geflüchteten im Europa der Krise

**SÜDOSTEUROPA**



**Sitz:** Belgrad/Serbien  
**Gründungsjaar:** 2010  
**Projektländer:** Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Serbien, Slowenien  
**Büroleitung:** Wenke Christoph (kommissarisch seit Juli 2016), Krunoslav Stojaković (ab März 2017)  
**Mitarbeitende:** 6  
[www.rosalux.rs](http://www.rosalux.rs)

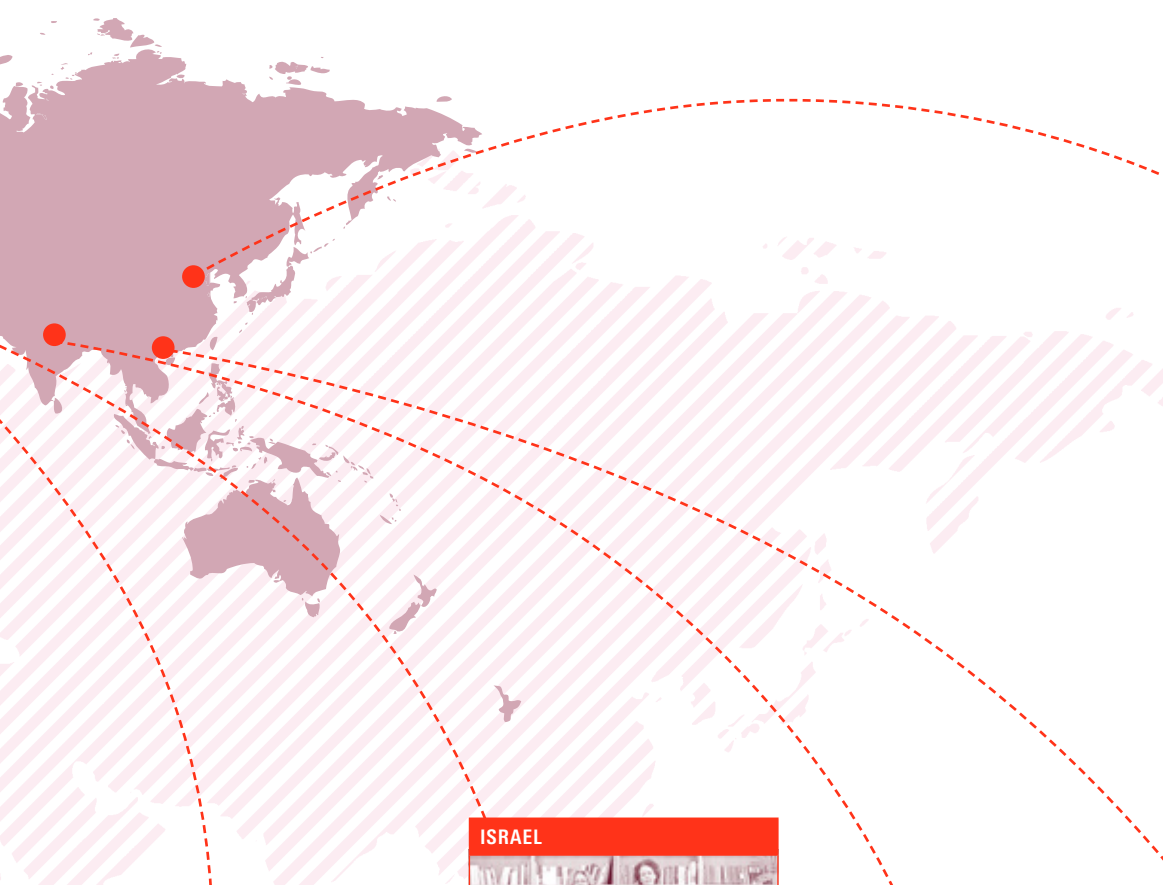
**Arbeitsschwerpunkte:** Unterstützung von Gewerkschaften, feministischen und LGBTI-Organisationen sowie der Selbstorganisation von Roma; Entwicklung linksorientierter politischer Alternativen; kritische Geschichtsarbeit

**RUSSLAND, ZENTRALASIEN UND KAVKASUS**



**Sitz:** Moskau/Russland  
**Gründungsjaar:** 2003  
**Projektländer:** Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan  
**Büroleitung:** Kerstin Kaiser  
**Mitarbeitende:** 8  
[www.rosalux.ru](http://www.rosalux.ru)

**Arbeitsschwerpunkte:** soziale Gerechtigkeit und regionale Integration; Migration; Behindertenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit; Sozialstaatlichkeit; differenziertes Geschichtsverständnis; Konzepte für eine nachhaltige regionale Entwicklung; 100 Jahre Russische Revolutionen (2017)



**REFERAT ASIEN**

**PALÄSTINA**



**Sitz:** Ramallah

**Gründungsjahr:** 2008

**Projektländer:** Jordanien, Palästina

**Büroleitung:** Florian Höllen (kommissarisch seit Juli 2016), Ute Beuck (ab März 2017)

**Mitarbeitende:** 7

**www.rosaluxemburg.ps**

**Arbeitsschwerpunkte:** emanzipatorische Bildung; Fragen sozialer Gerechtigkeit und Partizipation; Alternativen zu wirtschaftlicher Abhängigkeit und neoliberalen Entwicklungsansätzen; Stärkung von Pluralismus und Meinungsfreiheit

**ISRAEL**



**Sitz:** Tel Aviv

**Gründungsjahr:** 2009

**Projektländer:** Israel

**Büroleitung:** Tsafir Cohen

**Mitarbeitende:** 7

**www.rosalux.co.il**

**Arbeitsschwerpunkte:** Förderung linker Alternativen angesichts der fortwährenden Besetzung und Entdemokratisierungsprozesse in Israel; Stärkung jüdisch-arabischer Zusammenarbeit (insbesondere im Hinblick auf sozioökonomische Rechte für marginalisierte Bevölkerungsgruppen); deutsch- und europäisch-israelischer Dialog mit besonderem Schwerpunkt auf dem Kampf gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus; Israel im Nahen Osten – Der Nahe Osten in Israel: Förderung der Integration Israels in den Nahen Osten

**SÜDASIEN**



**Sitz:** Neu Delhi/Indien

**Gründungsjahr:** 2010 (Registrierung 2012)

**Projektländer:** Bangladesch, Indien, Nepal, Pakistan, Sri Lanka

**Büroleitung:** Stefan Mentschel

**Mitarbeitende:** 12

**www.rosalux.in**

**Arbeitsschwerpunkte:** Konzepte sozialer Transformation (linke Theorie und Praxis, regionale Kooperationen); Agrarfragen (Ernährungssicherheit und -souveränität); Arbeitswelten und gewerkschaftliche Organisation (Arbeitsmigration, prekäre Arbeit, transnationale Produktions- und Lieferketten)

**OSTASIEN**



**Sitz:** Peking/China

**Gründungsjahr:** 2008

**Projektländer:** China, Mongolei, Nordkorea

**Büroleitung:** Lutz Pohle (seit 2009), Jan Turowski (ab März 2017)

**Mitarbeitende:** 7

**www.rosalux.de**

**Arbeitsschwerpunkte:** soziale Gerechtigkeit; sozialökologische Transformation; partizipative Politik und friedliche Gestaltung der internationalen Beziehungen der Transformationsländer in Ost- und Südostasien

**SÜDOSTASIEN**



**Sitz:** Hanoi/Vietnam

**Gründungsjahr:** 2009

**Projektländer:** Kambodscha, Laos, Myanmar, Vietnam

**Büroleitung:** Liliane Danso-Dahmen

**Mitarbeitende:** 11

**www.rosalux.vn**

**Arbeitsschwerpunkte:** soziale Gerechtigkeit; sozialökologische Transformation; partizipative Politik

## GEFÖRDERTE PROJEKTE

Über die externe Projektförderung ist es möglich, mit anderen Trägern politischer Bildung in Kooperation zu treten. Im Jahr 2016 erreichten uns rund 800 Anfragen und Anträge. Mit diesen Anträgen erhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung einen vielschichtigen Eindruck von bildungspolitischen Aktivitäten, die bundesweit mittels abwechslungsreicher Formen – Veranstaltungen, Konferenzen, Publikationen, Forschungsvorhaben – Akzente setzen und an der Basis wichtige bildungspolitische Arbeit leisten. Im vergangenen Jahr konnten 116 Vorhaben gefördert werden. Hierfür wurden rund 381.300 Euro eingesetzt.

### **Sechs Großprojekte wurden mit insgesamt 173.000 Euro (ca. 45 Prozent des Budgets) unterstützt:**

- Linke Medienakademie e. V.: Zentrale und regionale Weiterbildungsveranstaltungen zu Themen der Mediengestaltung – 59.000 Euro
- InkriT e. V.: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus – editorische Arbeiten an Band 9.1 («Maschinerie» bis «Mitbestimmung») – 38.000 Euro
- Universität Leipzig: Forschungsprojekt Leipziger Mittelstudie 2016 «Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland» – 30.000 Euro
- Rolf Hecker: Herausgabe von Band 44 der Marx-Engels-Werke (MEW) – 28.000 Euro
- Bewegungsakademie e. V.: Fortbildungsprogramm Attacademie – 10.000 Euro
- Migrationsrat Berlin Brandenburg e. V.: Netzwerk Inclusion Leaders. Berlin Workshop 2016 – 8.000 Euro

13 Vorhaben wurden mit Beträgen zwischen 5.000 und 9.999 Euro, 76 mit Beträgen zwischen 1.000 und 4.999 Euro, 19 mit Beträgen zwischen 500 und 999 Euro und zwei mit Beträgen unter 500 Euro gefördert.

### **BEISPIELE DER PROJEKTFÖRDERUNG**

#### **KAMPNAGEL INTERNATIONALE KULTURFABRIK: «INTERNATIONAL CONFERENCE OF REFUGEES & MIGRANTS. THE STRUGGLE OF REFUGEES - HOW TO GO ON?»**

Förderung: 5.000 Euro

Auf Kampnagel in Hamburg fand im Februar 2016 die erste internationale Konferenz von Geflüchteten, Migrantinnen und Migranten statt. Selbstorganisiert durch ein breites Bündnis von Refugee- und Supporter-Gruppen bot die Konferenz den



Teilnehmenden Möglichkeiten zur Vernetzung untereinander und zur Planung weiterer Aktivitäten. Mehr als 2.000 Teilnehmende aus ganz Europa diskutierten auf vier großen Panels und in mehr als 30 Workshops Strategien für den gemeinsamen Kampf um Rechte und Perspektiven für Geflüchtete, Migrantinnen und Migranten. Deutlich wurde, dass eine Vernetzung untereinander entscheidend ist, um politische Ziele auch auf europäischer Ebene zu erreichen. Daher wurden politische Forderungen diskutiert und formuliert. Gehandelt haben viele der Teilnehmerinnen schon während der Konferenz, indem sie sich aus dem «geschützten Raum» nur für Frauen hinaus auf die große Bühne bewegten und spontan eine Podiumsdiskussion übernahmen, um über die Belange von Frauen zu diskutieren.

**AUTOFOCUS VIDEOWERKSTATT E. V.: MULTIMEDIALE ONLINE-BILDUNGSPLATTFORM «HOYSERWERDA 1991»**  
Förderung: 1.500 Euro

Die Online-Bildungsplattform startete zum 25. Jahrestag der tagelangen Angriffe auf Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter sowie Asylsuchende in Hoyerswerda. Aus vielfältigen Perspektiven werden die Ereignisse vom Herbst 1991 beleuchtet. Dabei setzt das Projektteam vor allem auf Videointerviews mit Zeitzeuginnen und -zeugen, unter ihnen Betroffene der Angriffe, Engagierte aus Zivilgesellschaft und Kultur sowie Menschen aus der Nachbarschaft. Die Webseite richtet sich insbesondere an die jüngere Generation und arbeitet daher mit einem erzählerischen Ansatz der Vermittlung über Bewegtbildkommunikation, Illustration und Storytelling. Die Medienresonanz auf die Veröffentlichung der Plattform war durchweg positiv. Die Webdokumentation sorgte auch in Hoyerswerda selbst für Aufmerksamkeit und beförderte die Auseinandersetzung mit der Thematik in zahlreichen Veranstaltungen. [www.hoyerswerda-1991.de](http://www.hoyerswerda-1991.de)

**ROBERT MARUSCHKE: «ERWERBSLOSENSCHULE – BASTA MACHT SCHULE»**  
Förderung: 3.500 Euro

Das Projekt der Berliner Erwerbsloseninitiative BASTA startete mit der Motivation, interessierten Menschen den Einstieg in einen politischen Organisationsprozess zu ermöglichen. Junge Menschen kamen sechs Wochen lang in der zweisprachigen Erwerbslosenschule zusammen. Gemeinsam haben sie sich mit ihrer Situation als Erwerbslose in der Gesellschaft und ihren Armutserfahrungen auseinandergesetzt. Im kollektiven Lernprozess ging es unter anderem um die Rückgewinnung von Vertrauen in die eigene politische Gestaltungsmacht. Jede Sitzung war mit durchschnittlich 25 Teilnehmenden sehr gut besucht. Das Projekt «BASTA macht Schule» konnte mit seinem konsequenten Bildungsansatz der

## IM JAHR 2016 KONNTEN VON DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG 116 PROJEKTE GEFÖRDERT WERDEN





Podium auf der «International Conference of Refugees & Migrants», die im Februar 2016 mit Unterstützung der Stiftung auf dem Kampnagel-Gelände in Hamburg stattfand

Selbstermächtigung Teilnehmende aus den unteren Einkommenschichten und prekären Lebenslagen ansprechen und steht somit für ein gelungenes Beispiel politischer Partizipation.

**ADELHEID SCHARF: 8. FEMINISTISCHE HERBST-  
AKADEMIE «SOZIALISMUS ODER BARBAREI –  
FEMINISTISCH EINGREIFEN, JETZT UND ALLERORTS»**

Förderung: 5.000 Euro

An der 8. Feministischen Herbstakademie, die vom 28. bis 30. Oktober 2016 in Bielefeld stattfand, nahmen 50 Frauen teil. Sie diskutierten über die aktuellen kapitalistischen Produktionsweisen und die damit zusammenhängenden Geschlechterverhältnisse, analysierten Arbeitskämpfe und entwarfen Zukunftsszenarien. Zur Tagung in der ver.di-Bildungsstätte «Buntes Haus» hatte das Institut für kritische Theorie (InkriT) eingeladen, um darüber zu sprechen, wie jede in ihrem Umfeld einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel vorantreiben kann. Für politische Einmischung brauche es Utopie, Theorie und historisches Bewusstsein, darüber waren sich alle einig. In sieben Workshops wurden unterschiedliche Fragestellungen bearbeitet, etwa: Wie können wir marxistisch-feministisch eingreifen, jetzt und allerorts? Was bedeu-

tet «revolutionäre Realpolitik» (Rosa Luxemburg)? Wo setzen wir die Hebel an? Ein wichtiges Fazit der Tagung war, dass die Entwicklung eines feministisch-marxistischen «Wir» dringend notwendig ist. Es bleibt eine Herausforderung, dieses «Wir» gemeinsam zu erarbeiten.

**Mit 19 Projekten war das Thema Migration am stärksten repräsentiert. Unter anderen förderten wir:**

- Hanna Al-Tajer: «Making Music to Feel at Home – Negotiations in Diaspora and Crossing (Language) Borders». Podiumsdiskussion, Spoken-Word-Performances und HipHop-Konzert, Februar 2016 in Berlin – 750 Euro
- Flüchtlingsrat Berlin e. V./Medibüro Berlin: Veranstaltung ««Es ist uns keine Ehre» – 20 Jahre Medibüro Berlin. Kontroversen ums Ehrenamt in Zeiten flüchtlingspolitischen Versagens», April 2016 in Berlin – 1.000 Euro
- Kairos Europa e. V.: Jahrestagung 2016 «Die tatsächlichen Fluchtursachen bekämpfen», Oktober 2016 in Mannheim – 4.000 Euro
- borderline europe – Menschenrechte ohne Grenzen e. V.: No-Stress-Tour 2016 – Veranstaltungen vor Flüchtlingsunterkünften in Berlin und Bielefeld – 1.500 Euro
- Courage gegen Fremdenhass e. V.: Ausstellung «Jenseits von Lampedusa – Willkommen in Kalabrien» – 1.000 Euro

**Mit 17 Vorhaben gehörte auch das Thema Antifaschismus/Antirassismus zu den Schwerpunkten der Projektförderung. Einige Beispiele:**

- Knut Mellenthin: Überarbeitung der Webseite www.holocaust-chronologie.de – 2.000 Euro
- VVN-BdA Region Dresden e. V.: Konferenz der Dresdner Zivilgesellschaft zum Thema: PEGIDA, Januar 2016 in Dresden – 1.500 Euro
- Antirassistische Initiative e. V.: Aktionswoche «Gedenken und Widerstand – Fünf Jahre nach dem Bekanntwerden des NSU», Oktober/November 2016 in Berlin – 1.000 Euro
- Corax e. V. – Initiative für Freies Radio: Antifaschistische und antirassistische Medienkonferenz, Juli 2016 in Halle/Saale – 1.000 Euro
- Initiative Grenzen-los! e. V.: «NaRI – Nein zu antimuslimischem Rassismus und Islamfeindlichkeit!». Entwicklung einer Internetplattform zur politischen Bildung gegen antimuslimischen Rassismus – 1.000 Euro

**Thematisch weit gefächert war die Unterstützung von Publikationen. Eine Auswahl:**

- Patrick Spät: «Die Freiheit nehm ich dir. 11 Kehrseiten des Kapitalismus», Rotpunkt, Zürich 2016 – 1.200 Euro
- Anja Banzhaf: «Saatgut – wer die Saat hat, hat das Sagen», Oekom Verlag, München 2016 – 1.000 Euro
- subLurban – zeitschrift für kritische stadtforschung, 2016, Band 4, Heft 1, Themenheft «riots» – 1.000 Euro
- Juliane Karakayali/Çagri Kahveci/Doris Liebscher/Carl Melchers (Hrsg.): «Den NSU-Komplex analysieren. Aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft», transcript-verlag, Bielefeld 2017 – 1.000 Euro
- Anja Schmidt: «Pornografie. Im Blickwinkel der feministischen Bewegungen, der Porn Studies, der Medienforschung und des Rechts», Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2016 – 750 Euro
- Simon Schaupp: «Digitale Selbstüberwachung. Self-Tracking im kybernetischen Kapitalismus», Verlag Graswurzelrevolution, Heidelberg 2016 – 600 Euro

Fortgesetzt wurden langjährige Kooperationen, wie etwa mit der Bundeskoordination Internationalismus, dem Verein Musik und soziale Bewegungen, der Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen und KAIROS Europa.

Darüber hinaus konnten neue, für die Arbeit der Stiftung ertragreiche Kontakte geknüpft und junge Akteure politischer Bildungsarbeit unterstützt werden. Wo sich die Möglichkeit unmittelbarer Zusammenarbeit vor Ort bot, wurden bewilligte Fördermittel an die Landesstiftungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung weitergeleitet. Diese 22 Projekte wurden mit insgesamt 18.940 Euro gefördert. Darunter:

- Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e. V.: Recherchen zu Lohn- und Arbeitsbedingungen in zwei

- sächsischen Standorten globaler Modemarken. Teil des Projekts «Wage and Labour Conditions of Shoe and Garment Workers in the Global East» – 2.000 Euro
- Care Revolution e. V.: Werkstatt zum Thema «Care Revolution als Transformationsstrategie», Oktober 2016 in Freiburg – 1.000 Euro
- Tamer Düzyol: «Willkommen in Kanakistan – Eine poly-educative Kunst- und Kulturreihe», Veranstaltungsreihe September bis Dezember 2016 in Erfurt – 1.000 Euro
- Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e. V.: Fachtag «Unter Wert verkauft. Soziale Arbeit auf der Suche nach Anerkennung», März 2016 in Dresden – 500 Euro
- Initiative «kritisch denken» beim Münchner Forum für Islam e. V.: Poetry Slam – Gemeinsam Erleben, gemeinsam Bewegen, März 2016 in München – 500 Euro
- Treibhaus Döbeln e. V.: Zukunftswerkstatt 2016 – Erarbeitung neuer Veranstaltungskonzepte gegen fremdenfeindliche und rassistische Tendenzen, April und Mai 2016 in Döbeln – 500 Euro
- Augen Blicke Afrika e. V.: Filmvorführung und -diskussion «Der Kampf afrikanischer Frauen gegen legalisierte Vergewaltigung» im Rahmen des Filmfestivals «Sisters of the Screen – African Women in Cinema», November 2016 in Hamburg – 500 Euro

Mit ihrer Projektförderung präsentiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung das breite Spektrum linker Themen in der politischen Öffentlichkeit. Die geförderten Vorhaben komplettieren das Stiftungsangebot politischer Bildung thematisch, regional und zielgruppenspezifisch.

Gefördert durch die Stiftung: das Afrika-Filmfestival in Hamburg





Die folgenden Bilder stammen von Yevgenia Belorusez. Sie sind im Donbass entstanden, einer Region im Niedergang: Einst der Vorposten der Industrialisierung, wurden viele Bergwerke und Betriebe nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion privatisiert und heruntergewirtschaftet. Der Krieg in der Ostukraine wird nun zum Vorwand genommen, um sie zu schließen.



Gezeigt wurden die Fotos mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung unter dem Titel «Die Siege der Besiegten» im Nationalen Taras-Schewtschenko-Museum in Kiew vom 14. August bis 4. September 2016.





















## DAS STUDIENWERK

Das Studienwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung fördert materiell und ideell Studierende und Promovierende aus dem In- und Ausland, insbesondere aus dem linken politischen Spektrum. Im Jahr 2016 haben wir mehr als 1.100 Personen finanziell unterstützt, um ihnen ein Studium oder eine Promotion sowie die Teilnahme an unseren politischen Bildungsangeboten zu ermöglichen. Neben der Förderung linkspolitisch Engagierter zielt unsere Stipendienvergabe auf den Ausgleich struktureller Benachteiligungen im Bildungssystem. So haben aktuell 42 Prozent unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten einen sogenannten Migrationshintergrund und 53 Prozent einen nichtakademischen Bildungshintergrund.

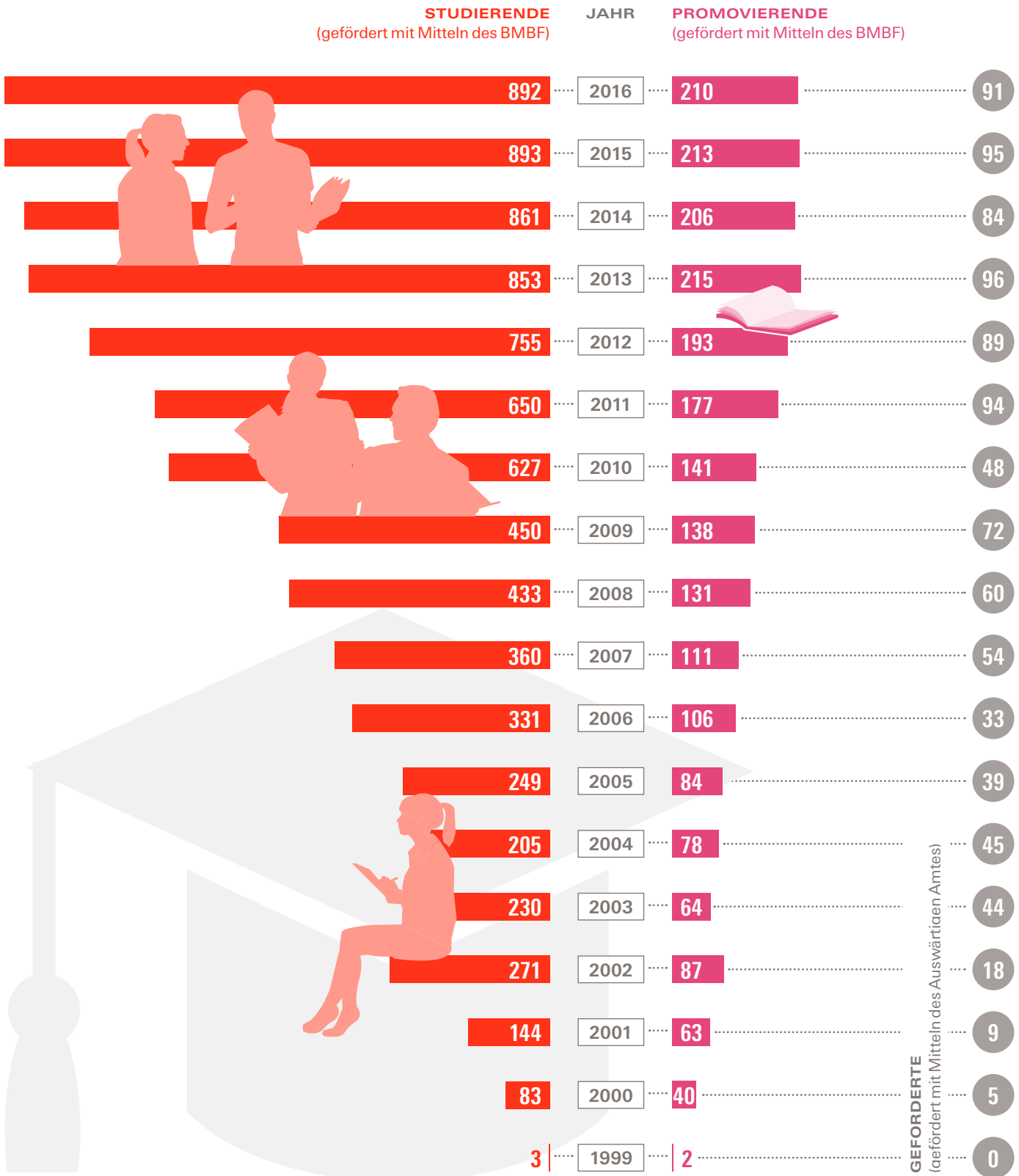
Das Jahr 2016 stellte uns vor mehrere große Herausforderungen. Vor allem die massive Repression gegen Mitglieder von «Academics for Peace» in der Türkei als auch die Erfolge des Rechtspopulismus in Europa verlangten nach einer Reaktion von unserer Seite. Deshalb vergeben wir seit dem 1. Oktober 2016 gezielt Stipendien an verfolgte türkische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Damit können wir uns solidarisch zeigen und ihr politisches und wissenschaftliches Engagement unterstützen. Neben dem unmittelbaren Beistand für die Betroffenen ist es uns als Institution politischer Bildung auch wichtig, Räume zu schaffen, wo über die politische Situation in der Türkei offen diskutiert werden kann.

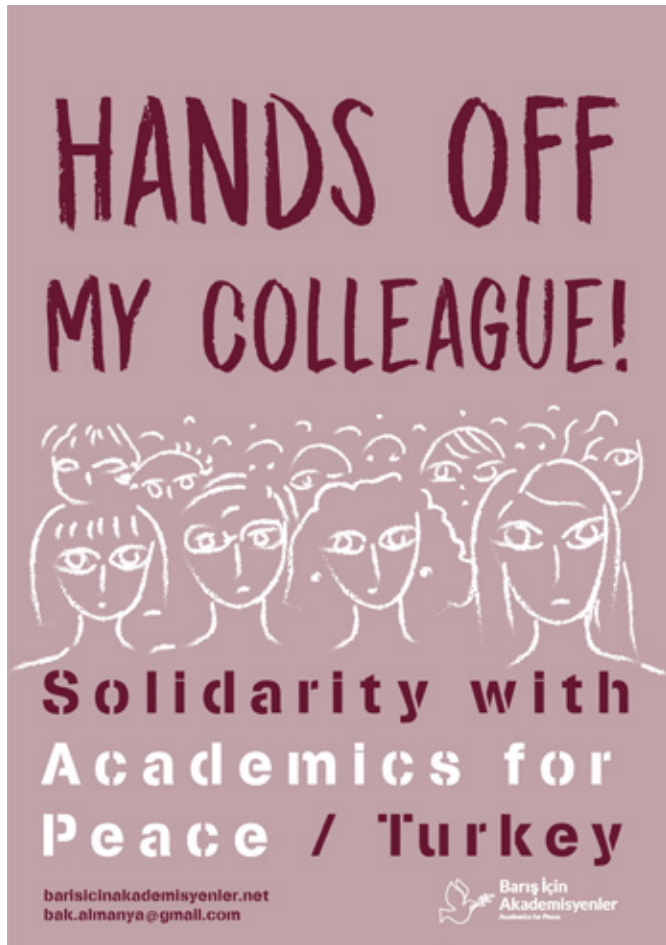
Nicht zuletzt aufgrund der Erfolge des Rechtspopulismus dürfen wir die Klassenfrage nicht rassistischen und nationalistischen Parteien und ihrer Propaganda überlassen. Armut und Reichtum, ungleiche Entwicklungschancen sowie Ausgrenzung und ihre strukturellen gesellschaftlichen Ursachen müssen stärker in unseren politischen Fokus rücken.

Einer unserer ehemaligen Promotionsstipendiaten, Christian Baron, hat sowohl in seiner Dissertation «Die Kulturalisierung des Klassenkampfes» als auch im darauf basierenden Sachbuch «Proleten, Pöbel, Parasiten: Warum die Linken die Arbeiter verachten», das im Oktober 2016 im Verlag Das Neue Berlin erschien, hierzu bemerkenswerte Anregungen gegeben. So fordert er, die Linken müssten den Arbeitenden wieder eine politische Stimme verleihen. Nur so werde es überhaupt wieder möglich, den Siegeszug des rechten Populismus zu stoppen.

Unsere Arbeit – sowohl die Auswahl der zu Fördernden als auch ihre Begleitung während des Studiums oder der Promotion – wäre ohne die Unterstützung der für uns ehrenamtlich tätigen rund 190 Vertrauensdozentinnen und -dozenten nicht möglich. Sie haben dazu beigetragen, dass sich über die Stiftung in Deutschland inzwischen ein linkes akademisches Netzwerk entwickelt hat. Wir möchten ihnen hierfür herzlich danken und mit der Nennung ihrer Namen im Jahresbericht ihr für das Studienwerk unverzichtbares Engagement sichtbar machen.

ENTWICKLUNG BEI DEN GEFÖRDERTEN





Aufruf zur Solidarität mit verfolgten Hochschulangehörigen in der Türkei

## INTERVIEW ZUR SITUATION KRITISCHER WISSENSCHAFT IN DER TÜRKEI

Seit dem 1. Oktober 2016 fördert das Studienwerk verfolgte türkische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Gruppe «Academics for Peace». Wir haben unsere Vertrauensdozentin Esra Erdem, die dieses Förderprogramm initiiert hat, und Tebessüm Yılmaz und Muzaffer Kaya, die als Erste von ihm profitieren, zur Situation in der Türkei befragt.

### Wie schätzt ihr die aktuelle Situation an den Hochschulen in der Türkei ein?

**Erdem:** In der Türkei gab es aufgrund des autoritären Charakters des politischen Systems zu keiner Zeit eine völlige akademische Freiheit. Nichtsdestotrotz stellen die Ereignisse von 2016, beginnend mit der Kriminalisierung der 1.128 Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichner der Petition von «Academics for Peace», einen gravierenden Einschnitt dar. Auf die Petition, die die Beendigung der militärischen Operationen in den mehrheitlich von Kurdinnen und Kurden bewohnten Landesteilen, ein Ende der Menschenrechtsverletzungen und ei-

ne Rückkehr zum Friedensprozess fordert, reagierte die AKP-Regierung mit aller Härte. Es wurde eine Schmutzkampagne initiiert. Allerdings gab es auch viel Unterstützung seitens der Zivilgesellschaft, aus der Frauenbewegung, von Berufsverbänden, Studierenden, Fußballfans, Gewerkschaften, regierungskritischen Medien und von Kolleginnen und Kollegen aus dem In- und Ausland.

Inzwischen haben Universitäten Disziplinarverfahren gegen diejenigen eingeleitet, die die Petition unterzeichnet haben; ihnen drohen zudem Anklagen wegen angeblicher Propaganda für eine terroristische Vereinigung. Infolgedessen kam es zu Hausdurchsuchungen und Festnahmen. Vier Wissenschaftler, darunter Muzaffer Kaya, wurden für 40 Tage eingesperrt. Seit der Verhängung des Ausnahmezustands im Juli 2016 wurden Hunderttausende Beschäftigte des öffentlichen Diensts, unter ihnen 312 Mitglieder von «Academics for Peace», fristlos entlassen. Mehrere, die die Petition «We will not be a party to this crime» unterschrieben haben, sahen sich gezwungen, ins Exil zu gehen.

### Wie können wir uns mit den Betroffenen solidarisieren?

**Yılmaz:** Wir sind der Rosa-Luxemburg-Stiftung sehr dankbar für die Vorreiterrolle, die sie bei der Unterstützung von «Academics for Peace» spielt. Einmalig ist, dass sich die Ausschreibung für Gastaufenthalte an deutschen Hochschulen sowohl an etablierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als auch an Studierende in einem Master-Programm und an Promovierende richtet. Letztere machen zwar ein Drittel der Unterzeichnenden aus, ihre prekäre Lage gerät jedoch oftmals in den Hintergrund. Weil viele, die sich auf ein Stipendium im Ausland bewerben, an den bürokratischen Hürden scheitern, wären auch Sprachkurse, ein Tandemsystem in der Stiftung sowie Beratungsangebote zum deutschen Hochschulsystem hilfreich. Wir hoffen, dass sich weitere politische Stiftungen dem Beispiel der Rosa-Luxemburg-Stiftung anschließen werden.

Die Vertrauensdozentinnen und -dozenten könnten Unterzeichnende der Petition an ihre Universitäten einladen, mit ihnen Veranstaltungen, Lehr- und Forschungsprojekte organisieren, die den Betroffenen längerfristige Perspektive eröffnen. Gleichzeitig sollte bei Kooperationen mit Hochschulen in der Türkei geprüft werden, inwiefern an den jeweiligen Universitäten überhaupt noch akademische Freiheit herrscht.

**Kaya:** Zudem ist es wichtig, dass die deutsche Öffentlichkeit über den vielfältigen Widerstand vor Ort erfährt, der trotz des enormen staatlichen Drucks geleistet wird. Eine Brückenfunktion könnten hierbei die Solidaritätsakademien von «Academics for Peace» einnehmen, die in mehreren türkischen Städten aufgebaut werden. Dabei handelt es sich um «Offene Universitäten», in denen entlassene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Seminare weiterführen können und politische Bildungsarbeit leisten. Eine Kooperation zwischen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und diesen Solidaritätsakademien wäre sicherlich enorm spannend.



## «DIE KULTURALISIERUNG DER KLASSENFRAGE»

In seiner von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderten Dissertation «Die Kulturalisierung des Klassenkampfes» geht Christian Baron einer Frage nach, die gegenwärtig immer mehr an Brisanz gewinnt: Warum geben ausgerechnet die ökonomisch und kulturell Abgehängten, wenn sie überhaupt noch an Wahlen teilnehmen, ihre Stimme immer häufiger rechten Ideologinnen und Ideologen, deren Politik sich gegen die Interessen der Arbeiterklasse richtet?

Der Autor, der inzwischen als Redakteur bei der Tageszeitung *neues deutschland* arbeitet und seine wichtigsten Ergebnisse in dem viel besprochenen Buch «Proleten, Pöbel, Parasiten» 2016 veröffentlicht hat, macht dafür auch Partei- und Bewegungslinke verantwortlich. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hätten viele ernsthaft behauptet, es gebe gar keine sozialen Klassen mehr. Seither konzentrierten sie sich auf identitätspolitische Themen und Forderungen wie die Gleichstellung der Geschlechter oder die Akzeptanz von Homo- und Transsexualität. Dabei seien sehr wichtige Fortschritte erzielt worden, die Baron durchaus zu würdigen weiß. Ihr blinder Fleck sei aber die Klassenpolitik.

So hätten sich zwar die Zugangschancen für Frauen zum Arbeitsmarkt verbessert, nur müssten sich heute beide Geschlechter gleichberechtigt immer öfter im Niedriglohnsektor verdingen, den die neoliberale Wirtschaftspolitik stetig ausge-

baut hat. Die Bekämpfung ökonomischer Ungleichheit in der weiter existenten Klassengesellschaft sei der klassenblinden Toleranzpolitik zum Opfer gefallen. Der Vorwurf von Christian Baron lautet auf den Punkt gebracht: Die Linken bekämpfen Vorurteile und vergessen dabei, gegen das vorzugehen, was sie hervorbringt.

Baron beklagt auch, mit den Linken seien den Arbeiterinnen und Arbeitern die wichtigsten politischen Verbündeten abhandengekommen. Die verlorenen Kämpfe hätten die Arbeiterschaft gespalten: einerseits in eine noch halbwegs abgesicherte Fraktion derjenigen, die sich vor dem sozialen Abstieg retten wollen und dabei häufig nach unten treten, und in eine abgehängte «Unterschicht» andererseits, die sich bis zur Entmenschlichung verspotten lassen muss – und längst resigniert hat. Der Aufstieg der Rechten, so sein Fazit, ist damit vor allem Symptom einer tiefen Krise der Linken. Erst wenn sie den Arbeitenden wieder eine politische Stimme verleihen, wird es überhaupt möglich sein, die beängstigenden Triumphe der Nationalistinnen und Rassisten zu stoppen.

Es gibt dem Autor zufolge jedoch auch Anzeichen von Hoffnung: Die Gewerkschaften erneuern sich, die Linkspartei hat die soziale Frage wieder auf die Agenda gesetzt, aus der außerparlamentarischen Linken heraus entstehen vielversprechende neue Bewegungen. Damit sich all das nicht schnell wieder verflüchtigt, sollten Linke keine Angst haben vor radikalen Forderungen und sich klassenpolitisch in die Offensive begeben.

Demonstration vor dem Kölner Pressehaus beim Druckerstreik 1973. Sind den Arbeitenden inzwischen die wichtigsten politischen Verbündeten abhandengekommen?



- Dr. Werner Abel**  
Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Ravi Ahuja**  
GAU Göttingen, Moderne indische Geschichte
- Prof. Dr. Jörg Arnold**  
MPI Freiburg, Rechtswissenschaft
- Prof. Dr. Iman Attia**  
ASH Berlin, Sozialwissenschaft
- Dr. Felix Axster**  
TU Berlin, Mittlere und Neuere Geschichte
- Dr. Dario Azzellini**  
ABP Linz, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Kurt Bader**  
Uni Lüneburg, Psychologie
- Dr. Nils Baratella**  
Uni Oldenburg, Philosophie
- Prof. Dr. Klaus Bastian**  
HTWK Leipzig, Mathematik
- Prof. Dr. Helga Baumgarten**  
Uni PALÄSTINA, Politikwissenschaft
- PD Dr. Johannes M. Becker**  
Uni Marburg, Friedens- und Konfliktforschung
- Prof. Dr. Julia Becker**  
Uni Osnabrück, Psychologie
- Prof. Dr. Bernd Belina**  
Uni Frankfurt a. M., Humangeographie
- Dr. habil. Sebastian Berg**  
Uni Bochum, Anglistik
- Dr. Elisabeth Berner**  
Uni Potsdam, Sprachwissenschaft
- Prof. Dr. Rita Bernhardt**  
Uni Saarbrücken, Biologie
- Dr. Margrid Bircken**  
Uni Potsdam, Literaturwissenschaft
- Dr. Peter Birke**  
GAU Göttingen, Neuere Geschichte
- Prof. Dr. Uwe Bittlingmayer**  
PHS Freiburg, Philosophie
- Prof. Dr. Dieter Boris**  
Uni Marburg, Soziologie
- Prof. Dr. Ulrich Brand**  
Uni Wien, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Thomas Bremer**  
Uni Halle, Kulturwissenschaft
- Prof. Dr. Christine Brückner**  
Erziehungswissenschaft
- Prof. Dr. Hauke Brunkhorst**  
Uni Flensburg, Soziologie
- Prof. Dr. Christian Brütt**  
HS Darmstadt, Sozialwissenschaft/  
Sozialkunde
- Prof. Dr. Michael Buckmiller**  
Uni Hannover, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Wolf-D. Bukow**  
Uni Köln, Sozialwissenschaft
- Dr. Georgia Christinidis**  
Uni Rostock, Kulturwissenschaft
- Dr. Antonia Davidovic-Walther**  
CAU Kiel, Kulturanthropologie
- Prof. Dr. Alex Demirović**  
Sozialwissenschaft
- Dr. Ina Dietzsch**  
TU Chemnitz, Ethnologie
- Dr. Thede Eckart**  
Uni Marburg, Psychologie
- Dr. Andreas Eis**  
Uni Kassel, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Esra Erdem**  
ASH Berlin, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Andreas Fisahn**  
Uni Bielefeld, Rechtswissenschaft
- Prof. Dr. Peter Fleissner**  
TU Wien, Informatik
- Dr. Fabian Frenzel**  
Uni Leicester, Sozialwissenschaft
- Dr. Jens Gaitzsch**  
Uni Basel, Chemie
- Dr. Antje Gebel**  
TU Chemnitz, Geowissenschaft
- Dr. Udo Gerheim**  
Uni Oldenburg, Soziologie
- Dr. Stefanie Graefe**  
FSU Jena, Soziologie
- Prof. Dr. Andreas Griewank**  
HU Berlin, Mathematik
- Prof. Dr. Melanie Groß**  
FH Kiel, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Encarnacion Gutierrez Rodriguez**  
JLU Gießen, Sozialwissenschaft
- Dr. Noa Ha**  
TU Berlin, Sozialwissenschaft/  
Sozialkunde
- Dr. Stefan Heinz**  
FU Berlin, Politologie
- Prof. Dr. Arne Heise**  
Uni Hamburg, Wirtschaftswissenschaft
- Prof. Dr. Jürgen Helmchen,**  
Erziehungswissenschaft
- Prof. Dr. Annette Henninger**  
Uni Marburg, Sozialwissenschaft/  
Sozialkunde
- Dr. Jutta Hergenhan**  
JLU Gießen, Politikwissenschaft
- Dr. Cordelia Heß**  
TU Berlin, Geschichte
- Dr. Andreas Heyer**  
TU Braunschweig, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Uwe Hirschfeld**  
EHS Dresden, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Rainer Hoffmann**  
GAU Göttingen, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Wolfgang Hofkirchner**  
Uni Salzburg, Psychologie
- Dr. Christian Horn**  
CAU Kiel, Geschichte
- Jun. Prof. Dr. Martin Horsch**  
TU Kaiserslautern, Informatik
- PD Dr. Anne Maximiliane Jäger-Gogoll**  
Uni Marburg, Literaturwissenschaft
- Dr. phil. Carsten Jakob**  
JGU Mainz, Literaturwissenschaft
- Prof. Dr. Holger Jeske**  
Uni Stuttgart, Molekularbiologie
- Prof. Dr. Dirk Jörke**  
TU Darmstadt, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Werner Jung**  
Uni Duisburg, Sprachwissenschaft
- Prof. Dr. Ingrid Jungwirth**  
HSRW Kleve, Sozialwissenschaft
- Dr. Christoph Jünke**  
Uni Hagen, Geschichte
- Prof. Dr. Juliane Karakayali**  
Ev. HS Berlin, Sozialwissenschaft
- Dr. Serhat Karakayali**  
HU Berlin, Sozialwissenschaft
- apl. Prof. Dr. Mario Keßler**  
Geschichte
- Prof. Dr. Klaus Peter Kisker**  
FU Berlin, Wirtschaftswissenschaft
- Prof. Dr. Peter Kosta**  
Uni Potsdam, Sprachwissenschaft
- Prof. Dr. habil. Raimund Krämer**  
Uni Potsdam, Sozialwissenschaft/  
Sozialkunde
- Prof. Dr.-Ing. Jürgen Krause**  
FH Nordhausen, Automatisierungstechnik
- Prof. Dr. Franz Krönig**  
TU Köln, Erziehungswissenschaft

**Prof. em. Dr. Ingrid Kurz-Scherf**  
Gender Studies

**Prof. Dr. Friederike Kuster**  
Uni Wuppertal, Philosophie

**Prof. Dr. Kirsten Lehmkuhl**  
TU Berlin, Erziehungswissenschaft

**Prof. Dr. Thomas Lemke**  
Uni Frankfurt a.M., Soziologie

**Prof. Dr. Stephan Lessenich**  
LMU München, Sozialwissenschaft

**Prof. Dr. Manfred Liebel**  
FU Berlin, Politikwissenschaft

**Prof. Dr. Volker Lüderitz**  
FH Magdeburg, Agrarwissenschaft

**Dr. Jens Maeße**  
JGU Mainz, Sozialwissenschaft

**Dr. Stefania Maffei**  
FU Berlin, Philosophie

**Prof. Dr. Wolfgang Maiers**  
FH Magdeburg, Psychologie

**Univ.-Prof. Dr. Angela Martini**  
Uni Witten, Kulturwissenschaft

**Priv.-Doz. Dr. Reiner Marx**  
Literaturwissenschaft

**Prof. Dr. Nicole Mayer-Ahuja**  
GAU Göttingen, Sozialwissenschaft

**Prof. Dr. Konrad Meisig**  
JGU Mainz, Indologie

**Dr. phil. Jana Mikota**  
Uni Siegen, Germanistik

**Prof. Dr. John P. Neelsen**  
Uni Tübingen, Sozialwissenschaft

**Dr. Dieter Nelles**  
Sozialwissenschaft

**Prof. Dr. Karoline Noack**  
Uni Bonn, Sprach- und Kulturraumwissenschaften

**Prof. Dr. Frank Nonnenmacher**  
Politikwissenschaft

**Dr. Salvador Oberhaus**  
Geschichte

**Prof. Michaela Ott**  
HFBK Hamburg, Ästhetische Theorien

**Prof. Dr. Sabine Pankofer**  
KFH München, Sozialwissenschaft

**Prof. Dr. Martin Pinquart**  
Uni Marburg, Psychologie

**Dr. rer. pol. Andrea Plöger**  
ASH Berlin, Entwicklungspolitik

**Dr. phil. Heike Raab**  
Uni Innsbruck, Sozialwissenschaft

**Dr. Matthias Rätzer**  
TU Chemnitz, Wirtschaftspädagogik

**Prof. Dr. Brigitte Rauschenbach**  
FU Berlin, Politikwissenschaft

**Dr. Jan Rehmann**  
Uni New York, Philosophie

**Dr. Katrin Reimer**  
FH Magdeburg, Sozialwissenschaft

**Prof. Dr. Ursula Reitemeyer**  
Uni Münster, Erziehungswissenschaft

**Prof. Dr. Tilman Reitz**  
FSU Jena, Philosophie

**Prof. Dr. Steffi Richter**  
Uni Leipzig, Kulturwissenschaft

**Dr. Dominik Rigoll**  
ZZF Potsdam, Geschichte

**Prof. Dr. Boris Röhr**  
Rhein-Main HS, Kunstgeschichte

**Prof. Dr. Eckhard Rohrmann**  
Uni Marburg, Erziehungswissenschaft

**Prof. apl. Dr. Karla Rost**  
TU Chemnitz, Mathematik

**Dr. Axel Rüdiger**  
Uni Halle, Politikwissenschaft

**Prof. (i.R.) Dr. Werner Ruf**  
Sozialwissenschaft

**Prof. Dr. Oliver Rump**  
HTW Berlin, Museologie

**Prof. Dr. Ulrich Ruschig**  
Uni Oldenburg, Philosophie

**Dr. phil. Reyhan Sahin**  
Uni Hamburg, Allgemeine und vergleichende Sprachwissenschaft

**Prof. Dr. David Salomon**  
Uni Hildesheim, Politikwissenschaft

**Dr. Martin Sauber**  
Uni Hamburg, Sozialwissenschaft

**Univ.-Prof. Dr. Wolfram Schaffar**  
Uni Wien, Politikwissenschaft

**Prof. Dr. Barbara Schäuble**  
ASH Berlin, Sozialwissenschaft

**Prof. Dr. Renatus Schenkel**  
FH Magdeburg, Journalistik

**Prof. Tilman Schiel**  
Uni Passau, Südostasienwissenschaft

**Dr. Anja Schmidt**  
Uni Leipzig, Rechtswissenschaft

**Prof. Dr. Jörg Schmidt**  
HS Anhalt, Wirtschaftswissenschaft

**Prof. Dr. Reimund Schmidt-De Caluwe**  
Uni Halle, Rechtswissenschaft

**Dr. Imke Schmincke**  
LMU München, Sozialwissenschaft

**Prof. Dr. Lars Schmitt**  
HS Düsseldorf, Sozialwissenschaft

**Dr. habil. Rainer Schnoor**  
Geschichte

**Volker Schöppner**  
Uni Paderborn, Allgemeine Ingenieurwissenschaft

**Dr. phil. Jörg Schröder**  
Uni Rostock, Sportwissenschaft

**Dr. Frank Schubert**  
Uni Potsdam, Medienwissenschaft

**Dipl. phil. Klaus-Dieter Schubert**  
Uni Halle, Verkehrswesen

**Prof. Dr. Volker Schubert**  
Uni Hildesheim, Erziehungswissenschaft

**Prof. Dr. Erika Schulze**  
FH Bielefeld, Sozialwissenschaft

**Dr. Christian Seipel**  
Uni Hildesheim, Sozialwissenschaft

**Prof. Dr. Hans-Dieter Sill**  
Uni Rostock, Mathematik

**Prof. Dr. Ruth Sonderegger**  
ABK Wien, Kunstwissenschaft

**Prof. Dr. Susanne Spindler**  
HS Darmstadt, Soziologie

**Prof. Dr. Christiane Tammer**  
Uni Halle, Mathematik

**Dr. Chris Tedjasukmana**  
FU Berlin, Filmwissenschaft

**Dr. Angelika Timm**  
Politikwissenschaft

**Prof. Dr. Patrizia Tolle**  
FH Frankfurt a. M., Pflege- und Gesundheitswissenschaft

**Dr. Ben Trott**  
Uni Lüneburg, Philosophie

**Dr. Vassilis Tsianos**  
Uni Hamburg, Philosophie

**Dr. Peter Ullrich**  
TU Berlin, Sozialwissenschaft

**Univ.-Prof. Dr. Roland Verwiebe**  
Uni Wien, Soziologie

**Prof. Dr. jur. habil. Willi Vock**  
FHTW Dresden, Rechtswissenschaft

**Jun.-Prof. Dr. Friedemann Vogel**  
Uni Siegen, Linguistik

**Prof. Dr. Heinz-Jürgen Voß**  
HS Merseburg, Sexualwissenschaften

**Prof. Dr. Hans Walz**  
HS Weingarten, Sozialwissenschaft

**Prof. Dr. Klaus Weber**  
FH München, Psychologie

**Prof. Dr. Martina Weber**  
HS Emden/Leer, Gender Studies

**Prof. Dr. Barbara Wedler**  
FH Mittweida, Sozialwissenschaft

**Prof. Dr. Klaus Weinhaus**  
Uni Bielefeld, Geschichte

**PD Dr. Wolfgang Weiß**  
Uni Greifswald, Geografie

**Dr. Christa Wichterich**  
Soziologie

**Maria Katharina Wiedlack**  
Uni Wien, Gender Studies

**Prof. Dr. Hanns Wienold**  
Sozialwissenschaft

**Prof. Dr. Kathrin Wildner**  
EUV Frankfurt (Oder), Sozialgeografie

**Prof. Dr. Werner Winzerling**  
HS Fulda, Informatik

**Prof. Dr. Markus Wissen**  
HWR Berlin, Sozialwissenschaft/  
Sozialkunde

**Dr. rer. nat. Markus Wöhr**  
Uni Marburg, Psychologie

**Dr. Safiye Yildiz**  
Uni Tübingen, Entwicklungspolitik

**Dr. Birgit zur Nieden**  
HU Berlin, Sozialwissenschaft/  
Sozialkunde



## POLITISCHE KOMMUNIKATION

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs Politische Kommunikation wollen die Bildungsangebote, publizistischen Interventionen und wissenschaftlichen Beiträge der Stiftung einem breiten Publikum umfassend und gut verständlich zugänglich machen. Um dieser Aufgabe besser gerecht zu werden und interne Abläufe zu optimieren, ist die «Polkomm» im Jahr 2016 durch eine Umstrukturierung innerhalb der Stiftung gewachsen. Die Kolleginnen und Kollegen des Veranstaltungsmanagements passen ausgezeichnet zum Profil des Bereichs. Denn sie sind maßgeblich beteiligt an der Konzeption, Organisation und Abwicklung von Kongressen, Rundreisen und Großveranstaltungen für alle an den Angeboten der Stiftung Interessierten.

Es gibt also eine große Überschneidung in beiden Tätigkeitsfeldern, die sich vor allem bei den zentralen Projekten der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigt, in die der Bereich federführend eingebunden ist. Dazu zählen die Arbeit zu netzpolitischen Themen, die organisatorische und inhaltliche Vorbereitung des «Fests der Linken», das am Rosa-Luxemburg-Platz in der Mitte Berlins jedes Jahr mehrere Tausend Gäste anlockt, oder die Betreuung von Besuchergruppen aus den Wahlkreisen linker Bundestagsabgeordneter.

Nicht zuletzt ist der Bereich Politische Kommunikation bei den Planungsprozessen innerhalb der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Erarbeitung von internen wie externen Kommunikationsstrategien gefragt. Denn die Kommunikation «nach außen» bedingt auch eine intensive Kommunikation «nach innen». Insofern kooperieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung mit allen Bereichen der Stiftung – bundesweit und international.

Die «Polkomm» ist verantwortlich für die diversen Publikationsreihen, betreut die Online-Präsenz, erstellt den Jahresbericht und einen monatlichen Online-Newsletter, hält die Medien im In- und Ausland über die Aktivitäten der Stiftung auf dem Laufenden, kümmert sich um die Produktion und den Vertrieb von Werbeträgern und unterstützt die Organisation von Ausstellungen. Im Jahr 2016 gab die Rosa-Luxemburg-Stiftung 130 Publikationen heraus – von «Standpunkte»-Papieren über Broschüren der Reihen «luxemburg argumente», «Analysen» und «Materialien» bis zu Buchveröffentlichungen mit kooperierenden Verlagen.

In einem breiten Netzangebot schlägt sich die wachsende Bedeutung des Internets für die Öffentlichkeitsarbeit nieder: Neben den Webseiten unter [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de) sowie diversen Blogs nutzt die Stiftung die sozialen Medien zur Verbreitung ihres Angebots. Dabei nimmt die Dokumentation von Veranstaltungen per Audio oder Video einen immer größeren Stellenwert ein. So können die Bildungsangebote der Stiftung unabhängig von Zeit und Ort genutzt werden.



Die Rosa-Luxemburg-Stiftung war im Jahr 2016 erstmals mit einem eigenen Stand auf der Buchmesse in Frankfurt am Main vertreten.

## ROSA AT THE BOOKFAIR

BERICHT VON DER 68. FRANKFURTER BUCHMESSE

Fertig! Im Ausstellungsbereich Literatur und Sachbuch Halle 3.1. kleben die Tafeln mit Rosa Luxemburgs Bild und dem Stiftungslogo an den hellgrauen Standwänden. Die Broschüren «Offenes Geheimnis – Mythen und Fakten zu Überwachung und digitaler Selbstverteidigung», «Gegenhalten – Flüchtlinge Willkommen, immer noch!» und «Ist doch ein Kompliment – Behauptungen und Fakten zu Sexismus» sind einsortiert. Das Journal *RosaLux*, die Zeitschrift *LuXemburg* und der Jahresbericht auch. Jeder Zentimeter Regal ist mit den Publikationen der Stiftung bestückt.

600 Kilogramm Messegut hat eine Speditionsfirma aus Berlin abgeholt und auf dem Messegelände in Frankfurt am Main abgeladen. Fünf Tage lang, vom 19. bis zum 23. Oktober 2016, war Stand G3 ab morgens um 10 Uhr Treffpunkt für alle, die sich für die Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihr Umfeld interessieren. Bis der Gong um 18 Uhr den Messetag beendete, wurde Stunde um Stunde geredet, empfohlen, diskutiert, informiert, nachgefragt.

Das Frankfurter-Buchmessteam Stefan Thimmel, Ulrike Hempel und Kathrin Senger-Schäfer führte in dieser Zeit zahlreiche intensive Gespräche, darunter mit anderen parteinahen Stiftungen wie der Heinrich-Böll- und der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Bundeszentrale für politische Bildung und Kürschners Politiklexikon. Fachgespräche mit Vertreterinnen und Vertretern

von Verlagen wurden gesucht, Journalistinnen und Journalisten erkundigten sich nach Informationen zu speziellen Themen wie Digitalisierung, Klimawandel, Bundestagswahlen 2017, Finanzierung der parteinahen Stiftungen. Internationale Gäste aus Kanada, Polen und Italien nahmen Publikationen und Bildungsmaterialien für ihre Deutschkurse mit.

Die Resonanz war durchweg positiv: «Die Linken bleiben sich wenigstens treu, hier kann man wirklich noch Material umsonst mitnehmen», lobte eine Messebesucherin. Eine andere bemerkte: «Gedruckt auf Recycling-Offset aus 100 Prozent Altpapier. Wenigstens ihr seid konsequent nachhaltig unterwegs.»

Mit ihrer Präsenz auf der Frankfurter Buchmesse erreichte die Rosa-Luxemburg-Stiftung sowohl das Fachpublikum als auch interessierte Laien, die am Wochenende durch die Hallen strömten. Tatkräftige Unterstützung erhielt das Messteam von Alexandra Colligs, Niko Michael Henes, Jakob Migenda und Nathalie Schäfer, allesamt in Frankfurt lebende Stipendiatinnen und Stipendiaten der Stiftung.

Besonders erfreulich waren die Besuche von Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag sowie der Landesstiftung Hessen. Deren Leiter Murat Çakir moderierte die Lesung und Diskussion mit dem türkisch-kurdischen Schriftsteller Haydar Karataş im Kunstverein Familie Montez; aus der Übersetzung seines Romans «Nachtfalter. Perperik-a Söe» las der Verleger Mario Pschera. Die Veranstaltung war eine Kooperation der Tageszeitung *neues deutsch-*



Frohgemut und entschlossen – Zeichnung der Illustratorin Marie Geißler

land, dem Dağyeli Verlag und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Am Samstag präsentierte das Referat Publikationen zwei Veranstaltungen am Messestand: zunächst ein Gespräch mit Christian Russau über sein Buch «Abstauben in Brasilien. Deutsche Konzerne im Zwielicht» aus der Reihe «luxemburg-Bücher» im VSA: Verlag, moderiert von Stefan Thimmel. Und im Anschluss daran interviewte Ulrike Hempel Anna Schiff zur «luxemburg argumente»-Broschüre «Ist doch ein Kompliment. Behauptungen und Fakten zu Sexismus».

Die Illustratorin dieser Broschüre, Marie Geißler, war ebenfalls auf der Messe, als Zeichnerin im Illumat, einer Zeichenmaschine, die mit dem Publikum interagiert. Das Publikum schreibt seine Wünsche auf einen Zettel, wirft Wunsch und Münzen in den Illumat, und kurz darauf wirft der Automatismus eine individuelle Zeichnung aus, die in Minutenschnelle erdacht und umgesetzt wurde. Marie Geißler setzte einen Wunsch von Stefan Thimmel in die Wirklichkeit um: «ROSA on the bookfair» mit dem Stoffbeutel «Rassismus ist keine Alternative». Auch im Jahr 2017 nicht. Dann wird die Rosa-Luxemburg-Stiftung wieder mit einem Stand auf der Frankfurter Buchmesse dabei sein.

## «SMARTE WORTE»

### DAS KRITISCHE LEXIKON DER DIGITALISIERUNG

Algorithmen bestimmen über Kredite und Versicherungen, Krieg und Gesundheitsversorgung. Sie arbeiten mit Big Data und steuern so digitale Plattformen, die sich neutral geben und doch Orte der kapitalistischen Verwertung sind. Intransparente, kaum mehr nachvollziehbare technische Systeme beeinflussen immer größere Bereiche unseres Alltags und öffentlichen Lebens oder steuern sie gar. Manchmal ist unklar,

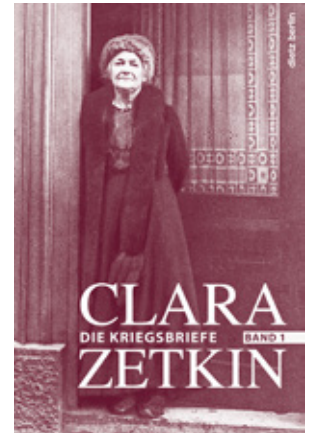
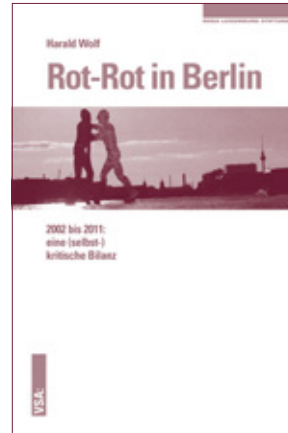
«Algorithmen. In einem engeren Sinne versteht man darunter Berechnungsverfahren, mit denen mathematische Fragen gelöst werden können. Breiter gefasst ist ein Algorithmus eine «systematische, logische Regel oder Vorgehensweise, die zur Lösung eines vorliegenden Problems führt» (Werner Stangl). Dabei geht es nicht darum, einmalig eine Lösung zu finden, sondern immer. Ein Navigationsgerät soll in jeder Stadt den besten Weg von A nach B finden – das Prinzip soll in jedem Einzelfall funktionieren.»

welche Prozesse die Gesellschaft tatsächlich «autonomen Systemen» überlassen hat und wo der Umstand, dass kaum jemand versteht, was in der Blackbox Algorithmus eigentlich passiert, selbst zum Moment einer vermeintlichen oder realen Macht der Technik über die Menschen geworden ist.

Viele neue Begriffe schwirren durch Wissenschaft, Werbung und Medien, wobei in der Debatte zu Digitalisierung oft mit Vokabeln operiert wird, deren Herkunft und Bedeutung ungeklärt sind und die die Sachverhalte verharmlosen, beschönigen oder verschleiern. Zahlreiche Bezeichnungen sind der Marketingsprache entnommen oder haben sich mit zunehmender Kommerzialisierung des Internets in ihrer Bedeutung gewandelt, gesellschaftspolitische Dimensionen werden oft ausgeblendet. Meist gibt es wenig Interesse daran, den Gehalt dieser Begriffe präzise zu erklären. Genau das ist aber das Ziel der «Smarten Worte», eines «Kritischen Lexikons der Digitalisierung», das die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Tageszeitung *neues deutschland* begleitend zur Tagung «Unboxing» gemeinsam mit einem Kreis von kundigen Autorinnen und Autoren erstellt haben. In ihm wird erläutert, woher die Begriffe kommen, was sie bedeuten und vor allem auch, von wem sie warum und wie verwendet werden, wie sie politisch wirken. Und es wird versucht, die Sachverhalte «auf den Begriff zu bringen», um sie besser verstehen und entsprechende Herrschaftsmomente in emanzipativer Absicht dekonstruieren zu können.

Angesichts der gegenwärtig schon zu beobachtenden Tendenzen einer Entdemokratisierung ist es dringend an der Zeit, sich die Sprache der Digitalisierung kritisch anzueignen und die dahinterstehenden Geschäftsmodelle des Überwachungskapitalismus zu analysieren.





## AUSGEWÄHLTE PUBLIKATIONEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

### SCHRIFTENREIHEN DER STIFTUNG

Anna Schiff  
**Ist doch ein Kompliment ...**  
Behauptungen und Fakten zu Sexismus  
luxemburg argumente Nr. 9, 40 Seiten,  
ISSN 2193-5831

Stephan Kaufmann, Eva Roth  
**Gerechte Armut?**  
Mythen und Fakten zur Ungleichheit  
in Deutschland  
luxemburg argumente Nr. 11, 48 Seiten,  
ISSN 2193-5831

AG Kritischer Konsum  
**Guter Kunde, böser Kunde**  
Über das Für und Wider  
«ethischen» Konsums  
luxemburg argumente Nr. 13, 44 Seiten,  
ISSN 2193-5831

Frank Pasquale, Jathan Sadowski  
**Smart City**  
Überwachung und Kontrolle  
in der «intelligenten Stadt»  
Analysen Nr. 23, 42 Seiten,  
ISSN 2194-2951

Juliane Schumacher  
**Loss and Damage!**  
Was bedeutet gerechte Klimapolitik?  
Analysen Nr. 24, 20 Seiten,  
ISSN 2194-2951

Philipp Ratfisch, Helge Schwiertz  
**Antimigrantische Politik und  
der «Sommer der Migration»**  
Rassistische Mobilisierungen,  
das deutscheuropäische Grenzregime  
und die Perspektive eines  
gegenhegemonialen Projekts  
Analysen Nr. 25, 44 Seiten,  
ISSN 2194-2951

Volkmar Wölk  
**Zur Renaissance der europäischen  
Konservativen Revolution**  
Analysen Nr. 31, 28 Seiten,  
ISSN 2194-2951

Alexandre Froidevaux (Hrsg.)  
**80 Jahre danach – Der Spanische  
Bürgerkrieg 1936–1939**  
Die spanische Gesellschaft und  
deutsche Interventionen  
Materialien Nr. 14, 36 Seiten,  
ISSN 2199-7713

Erhard Crome (Hrsg.)  
**Friedensforschung in Deutschland**  
Anforderungen an eine  
«kritische Friedensforschung»  
Materialien Nr. 18, 56 Seiten,  
ISSN 2199-7713

Bernd Hüttner, Gregor Kritidis (Hrsg.)  
**Das KPD-Verbot 1956**  
Vorgeschichte und Folgen  
der Illegalisierung der KPD  
in Westdeutschland  
Materialien Nr. 19, 44 Seiten,  
ISSN 2199-7713

Max Lill  
**The Kids Are Alright?**  
Ausgewählte Befunde  
aktueller Jugendstudien  
Studien 01/2016, 38 Seiten,  
ISSN 2194-2242

Jörg Nowak  
**Grenzüberschreitende Solidarität  
unter ArbeiterInnen**  
Eine Bestandsaufnahme  
anhand von vier Fallstudien  
Studien 10/2016, 28 Seiten,  
ISSN 2194-2242

Friedrich Burschel (Hrsg.)  
**Durchmarsch von Rechts**  
Völkischer Aufbruch: Rassismus,  
Rechtspopulismus, rechter Terror  
Manuskripte Neue Folge, Bd. 17,  
142 Seiten, ISSN 2194-864X

### IM VSA: VERLAG

Michael Brie (Hrsg.)  
**Lasst uns über Alternativen reden**  
Beiträge zur kritischen Transformations-  
forschung 3  
VSA: Verlag, 264 Seiten,  
ISBN 978-3-89965-677-0

Harald Wolf  
**Rot-Rot in Berlin**  
2002 bis 2011: eine (selbst-)kritische  
Bilanz  
VSA: Verlag, 328 Seiten,  
ISBN 978-3-89965-671-8

### IM VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Alex Demirović (Hrsg.)  
**Transformation der Demokratie –  
demokratische Transformation**  
Verlag Westfälisches Dampfboot,  
305 Seiten,  
ISBN 978-3-89691-843-7

Andreas Fisahn  
**Die Saat des Kadmos**  
Staat, Demokratie und Kapitalismus  
Verlag Westfälisches Dampfboot,  
422 Seiten,  
ISBN 978-3-89691-853-6

### IM KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Paul Levi  
**Ohne einen Tropfen Lakaieinblut**  
Gesammelte Schriften, Reden und  
Briefe, Bd. II/1 und II/2  
Karl Dietz Verlag Berlin, 663 bzw. 715  
Seiten,  
ISBN 978-3-320-02316-4 bzw. 978-3-  
320-02317-1

Clara Zetkin  
**Die Kriegsbriefe 1**  
Karl Dietz Verlag Berlin, 560 Seiten,  
ISBN 978-3-320-02323-2

Alle Publikationen, mit Ausnahme der im Karl Dietz Verlag erschienenen, stehen als kostenlose Downloads zur Verfügung.

## ARCHIV UND BIBLIOTHEK

Das Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS) der Rosa-Luxemburg-Stiftung stellt sowohl der Öffentlichkeit als auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung ein umfangreiches und fundiertes Angebot an Literatur und Archivmaterialien zur Verfügung. Schwerpunkt und Aufgabe des Archivs ist es dabei, Dokumente zur Entstehung und politischen Entwicklung der Partei DIE LINKE, ihres Umfelds und ihrer Quellorganisationen PDS und WASG – sammelnd, bewertend und erschließend – zu bewahren und zugänglich zu machen. Damit bietet das Archiv – im Verbund mit der Bibliothek – einen einzigartigen Bestand zur Geschichte und Gegenwart emanzipatorischer, linker Politik im Sinne der Idee eines demokratischen Sozialismus seit 1989/90.

Der Bestand des ADS konnte im Jahr 2016 weiter ergänzt werden: Zu den neu hinzugekommenen Materialien gehören beispielsweise Dokumente vom Landesverband DIE LINKE Sachsen-Anhalt und eine «Nachlieferung» zur WASG aus dem Büro von Thomas Händel. Größere Ablieferungen kamen auch aus dem Fraktionsvorstand der Bundestagsfraktion und aus dem Büro der Geschäftsführung der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Archivs widmeten sich unter anderem der Profilierung des umfänglich stark gewachsenen Sammlungsbestands. In diesem Sinne konnte ein Projekt zur Digitalisierung von Magnetband-Tonaufnahmen in Angriff genommen werden. Insgesamt handelt es sich um etwa 1.200 analoge Tonträger – Tonaufzeichnungen von Parteitagungen, Fraktionssitzungen und unterschiedlichen Veranstaltungen der Partei DIE LINKE bzw. der PDS sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf Magnetband (Tonbänder, Musikkassetten, Mikrokassetten) –, die sukzessive in ein digitales Format übertragen werden müssen. Die von Alterungsprozessen und technischer Obsoleszenz, das heißt dem zunehmenden Verschwinden von Abspielgeräten, bedrohten Bänder stammen aus den Jahren 1989 bis 2007. Seit Herbst 2016 befinden sich Teile der Bestände im Prozess der Digitalisierung, erste Ergebnisse konnten bereits ausgewertet werden. Angesichts der zunehmenden Bedeutung des Digitalen ist im vergangenen Jahr ein Konzept zur digitalen Langzeitarchivierung entwickelt worden, das von einem Anwachsen dieser Überlieferung von derzeit etwa sechs Terabyte auf über acht Terabyte in fünf Jahren ausgeht – eine nicht nur personelle, sondern auch fachliche Herausforderung.

Die Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Bibliothekssigel: B 1599) stellt mit ihren vielfältigen Beständen eine wissenschaftliche Spezialbibliothek dar. Sie profiliert sich über Literatur zur linken Geschichte und Theoriebildung insbesondere durch ihr Sammlungsgebiet zur Partei DIE LINKE und zu ihrem Umfeld, zur Stiftung sowie zu ihrer Namenspatronin Rosa Luxemburg.

Insgesamt umfasst die Bibliothek derzeit über 20.000 Medien-einheiten. Ergänzt wird das Angebot durch mehr als 1.500 verschiedene Zeitschriftentitel. Als Präsenzbibliothek steht sie seit mittlerweile 17 Jahren der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung und versorgt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung an allen Standorten mit Recherchen, Informationen und Literatur.

Einer der Schwerpunkte der Arbeit lag auch im Jahr 2016 auf der «Sichtbarmachung» der einzigartigen Bestände. Das betraf zum einen die Möglichkeiten der Online-Recherche: Um den Bibliothekskatalog online verfügbar zu machen, wurde das neue Bibliothekssystem KOHA, eine erprobte und weltweit genutzte Open-Source-Software, eingeführt. Nach Abschluss der Datenmigration und einer Testphase wird der Katalog Anfang des Jahres 2017 zur Recherche auf der Homepage der Rosa-Luxemburg-Stiftung freigeschaltet werden (<https://library.rosalux.de>). Zudem ist der Zeitschriftenbestand der Bibliothek nun auch in der Zeitschriftendatenbank (ZDB) der Deutschen Nationalbibliothek verfügbar, eine der weltweit größten Datenbanken mit rund 4.300 teilnehmenden Bibliotheken aus Deutschland und Österreich ([www.zeitschriften-datenbank.de](http://www.zeitschriften-datenbank.de)).

Eine weitere Neuigkeit in der Literaturvermittlung bestand in der Einführung eines neuen Veranstaltungsformats. Ausschlaggebend war dabei der Wunsch, Neuerscheinungen bekannter zu machen und den Autorinnen und Autoren die Möglichkeit zu geben, ihre Bücher in einer kritischen Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen.

Unter dem Titel «Linke Literatur im Gespräch» fanden mehrere öffentliche Buchvorstellungen im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt. Dazu gehörten 2016 unter anderem die Vorstellung der Publikation «Gesplante Machteliten: Verlorene Transformationsfähigkeit oder Renaissance eines New Deal?», in der Dieter Klein der Frage nachgeht, inwieweit es Chancen gibt, Teile der Machteliten in Distanz zum vorherrschenden Neoliberalismus zu bringen. Dies führte zu einer spannenden Diskussion mit dem Publikum, die der Chefredakteur des *neuen deutschland*, Tom Strohschneider, leitete. In weiteren Veranstaltungen sprach Uwe Michel, Organisator der Reihe, anlässlich der Präsentation des Sammelbands «Das Kommunistische» mit Bini Adamczak, Friederike Habermann und Lutz Brangsch – gemeinsam mit Michael Brie Herausgeber der Publikation – über Aktualität, Bruchlinien und Praxen des Kommunistischen und über Gespenster, die nicht zur Ruhe kommen. Im Gespräch zwischen dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Florian Weis, und den Autoren des Buches «Polens Rolle rückwärts» – dem jetzigen Leiter des Warschauer Stiftungsbüros Holger Politt und dem polnischen Journalisten Krzysztof Pilawski – stand die aktuelle Rechtsentwicklung in Polen im Vordergrund.



Das Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS) will vor allem Dokumente zur Entstehung und politischen Entwicklung der Partei DIE LINKE zugänglich machen.

Bei der Vorstellung der Publikation «Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG)», die maßgeblich auf die Bestände des ADS zurückgreift, erläuterte der Mitverfasser und ehemalige Leiter des ADS, Jochen Weichold, dem interessierten Publikum, wie Archivbestände in die Geschichtsschreibung eingehen, und ermunterte Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, dem Archiv im Anschluss an die Veranstaltung weitere Dokumente zur Parteigeschichte zu übergeben. Die Bibliothek wird auch im kommenden Jahr dieses erfolgreiche Format fortsetzen, das sich als wichtiger Bestandteil der Geschichtsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung etabliert hat.



## BERICHTE AUS DER STIFTUNG

### EINE FRAGE DER GEDULD

NEUBAUVORHABEN DER STIFTUNG IN HEISSER PHASE

Im Zusammenhang mit öffentlich finanzierten Bauvorhaben lernt man vor allem eines: Geduld zu haben. Entweder dauert die Fertigstellung länger als geplant, weil während der Bau-durchführung planerische Mängel erkennbar werden, oder der Weg zum Baubeginn gestaltet sich steiniger als erwartet. Geduld beweisen derzeit auch die Verantwortlichen des Bauvorhabens der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Eigentlich sollte der Bau bereits 2016 beginnen. Doch der Kostenrahmen ist eng und eine seriöse Bauplanung deshalb zwingend erforderlich. Und die benötigt eben Zeit.

Nachdem sich das Generalplanerteam um das Architekten-trio KIM Nalleweg und Trujillo Architekten, das aus dem zwei-phasigen offenen Planungswettbewerb der Stiftung als Sieger hervorgegangen war, im Mai 2016 konstituiert hatte, begannen die Arbeit am Raumprogramm und die enge Abstimmung mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, das als Bau-fachaufsichtsbehörde im gesamten Prozess fungiert. Erst im November 2016 konnte die Vorentwurfsplanung durch die Stiftung bestätigt werden. Vor allem die in diesem Stadium der Planung geforderte Kostenschätzung und deren Ergebnis veranlassten die für die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Bauherrin fungierende Grundstücksgesellschaft «Straße der Pariser Kommune 8», Nachbesserungen zu verlangen. Problem bei den zu planenden Kosten ist vor allem, dass Bauen aufgrund der großen Nachfrage zunehmend teurer wird. Deshalb musste mit der Freigabe des Vorentwurfs auch die Entscheidung einhergehen, die Berliner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung künftig auf zwei Standorte zu verteilen: den Franz-Mehring-Platz 1 und die Straße der Pariser Kommune 8. Im Februar 2017 konnte jedoch die Entwurfsplanung durch die Architekten fertiggestellt werden. Sie ist Grundlage sowohl für den Bauantrag als auch für den Antrag auf Zuwendungen beim Bundesministerium des Innern. Die Planung wird in der Stiftung maßgeblich begleitet durch einen Lenkungsausschuss Bau, dem neben dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied der Stiftung, Florian Weis, auch der Leiter des Bereichs Finanzen – IT – Zentrale Aufgaben, Gerd-Rüdiger Stephan, die Personalstabsleiterin Annegret Rohwedder, die Referatsleiterin Verwaltung Katrin Oefelein sowie der Leiter des Baustabs, Axel Krumrey, angehören. Stiftungsintern wird zudem über eine durch Bereichsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter besetzte AG Mitwirkung ein regelmäßiger Informationsaustausch organisiert. Ende September 2017 soll die Planungsphase endgültig abgeschlossen sein und alle Genehmigungen sollen vorliegen, sodass mit dem Bau begonnen werden kann. Im Jahr 2019 will die Stiftung dann ihr neues Domizil beziehen. Bis dahin braucht es jedoch sicherlich noch viel Geduld.

## VON WEGEN SICHER

### DAS KONZEPT DER SICHEREN HERKUNFTSSTAATEN IN DER KRITIK

Im Schatten des «Sommers der Migration» erklärten Bundestag und Bundesrat 2014 und 2015 die Länder des Westbalkans zu «sicheren Herkunftsstaaten». Wie die Situation in diesen Ländern insbesondere für Romnija und Roma wirklich aussieht, davon berichtete Tamara Baković-Jadžić auf ihrer Speakers Tour, die sie vom 14. bis 26. November 2016 durch sieben Städte in Süd- und Westdeutschland führte.

Tamara Baković-Jadžić ist Aktivistin im Roma Forum Serbien, einer Organisation, die die Vernetzung, Bildung und Organisation der Romnija- und Roma-Community innerhalb Serbiens zum Ziel hat. Das Roma Forum Serbien ist Teil von Levi Samit Srbije, ein Bündnis linker Organisationen in Serbien, dem verschiedene aktivistische Gruppen, Medienprojekte, Nichtregierungsorganisationen, aber auch Gewerkschaftsmitglieder angehören, die in autonomen Arbeitskämpfen aktiv sind. Tamara Baković-Jadžić konzentrierte sich in ihrem Bericht exemplarisch auf zwei dieser sogenannten sicheren Herkunftsstaaten, auf Serbien und Kosovo. Romnija und Roma, die hier leben, sind tagtäglich Angriffen ausgesetzt. Sie werden nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch durch die Behörden systematisch diskriminiert und sind von einer massiven Marginalisierung in allen Lebensbereichen betroffen. Von geschätzt 500.000 in Serbien lebenden Romnija und Roma sind fast 99 Prozent nicht regulär beschäftigt, etwa 120.000 leben in «informellen Siedlungen», in denen es keinen Zugang zu angemessener Infrastruktur wie Strom- und Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung gibt. Weniger als ein Prozent hat einen Hochschulabschluss. Beide Phänomene, Diskriminierung und sozioökonomische Marginalisierung, bedingen und verstärken sich wechselseitig.

Obwohl im internationalen und EU-Recht die Verfolgung von Romnija und Roma in diesen Ländern ausdrücklich als strukturelle und kumulative Diskriminierung bezeichnet wird, hat die deutsche Regierung mit der Erklärung der Balkanstaaten zu sicheren Herkunftsstaaten ihre restriktive Asylpolitik und die damit einhergehende Praxis nun zementiert. Und die Liste der angeblich sicheren Länder wird immer länger. So sollen auch die Maghreb-Staaten als sicher eingestuft werden, ebenso wie Teile Afghanistans. Tamara Baković-Jadžić legte großen Wert darauf, die Asylgesetzgebung nicht isoliert zu kritisieren, sondern sie als Folge der sozial ungerechten Wirtschafts-, Beitritts- und Sparpolitik der EU zu betrachten, von der die Länder der europäischen Peripherie besonders betroffen sind.

Die Folgen für die Situation von Geflüchteten in Deutschland sind gravierend. Auf der Grundlage der Asylrechtsverschärfung werden Asylanträge von Menschen aus diesen Ländern nun als «offensichtlich unbegründet» abgelehnt, obwohl die Mehrheit der Anträge von Romnija und Roma gestellt wird. Die Asylsuchenden werden als «Wirtschaftsflüchtlinge» abgestempelt, in speziellen Lagern untergebracht, unterlie-



Tamara Baković-Jadžić informierte über die Situation von Roma in Serbien

gen einer verschärften Residenzpflicht und einem Beschäftigungsverbot. Ihre Asylanträge werden zu fast 100 Prozent abgelehnt, die Zahl der Abschiebungen ist rasant gestiegen. Gleichzeitig bedeutet die Neuregelung eine dramatische Verschlechterung der Situation für mehrere Tausend Romnija und Roma, die infolge der Jugoslawienkriege und des Kosovokonflikts in den 1990er Jahren nach Deutschland geflohen sind und hier seither als «Geduldete» leben: Auch sie sind nun von Abschiebung bedroht.

Die Veranstaltungen im Rahmen der Speakers Tour fanden unter Beteiligung weiterer Akteure wie dem Bayerischen Flüchtlingsrat, dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg e. V. und dem ROM e. V. Köln statt. Auf diese Weise konnte sowohl auf die jeweilige Situation von Geflüchteten vor Ort als auch auf konkrete Handlungs- und Unterstützungsmöglichkeiten Bezug genommen werden – etwa auf die Kampagne «alle bleiben!», die sich wie viele andere Initiativen für das Recht auf Mobilität und gegen die Festung Europa einsetzt.

Freier  
Download unter  
[www.rosalux.de/  
publikation/id/  
9232](http://www.rosalux.de/publikation/id/9232)



## VON WEGEN SICHER

### DAS KONZEPT DER SICHEREN HERKUNFTSSTAATEN IN DER KRITIK

Die Broschüre der Rosa-Luxemburg-Stiftung Südosteuropa thematisiert die Auswirkungen der neuen Asylgesetze auf Migrantinnen und Migranten aus den Balkanländern.



Mit 86 Jahren starb der renommierte Faschismusforscher Kurt Pätzold.

## EIN LEBEN FÜR DIE MARXISTISCHE GESCHICHTS- WISSENSCHAFT

ZUM TOD VON KURT PÄTZOLD (1930–2016)

Am 18. August 2016 starb Prof. Dr. Kurt Pätzold im Alter von 86 Jahren in Berlin. Er war langjähriges Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ein aktiver Referent. Pätzold zählte zu den profiliertesten marxistischen Historikern in der DDR und später im vereinigten Deutschland. Er gehörte zur Generation derjenigen, die noch gemeinsam mit den Historikerinnen und Historikern, die Widerstand gegen die NS-Diktatur geleistet und zum Teil im Exil gelebt hatten, an den Universitäten lehrten und ihr Werk fortsetzten.

Kurt Pätzold wurde am 3. Mai 1930 in Breslau geboren. 1945 zog er mit der Familie nach Thüringen, wo er sich für den Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands einsetzte. In Jena studierte er Geschichte, Philosophie und politische Ökonomie. 1963 wurde er mit einer Arbeit über den Zeiss-Konzern in der Wirtschaftskrise promoviert. Zehn Jahre später legte er an der Humboldt-Universität zu Berlin seine viel beachtete Habilitationsschrift «Antisemitismus und Judenverfolgung (Januar 1933 bis August 1935)» vor. Dieses Thema sowie die Geschichte der NSDAP begleiteten ihn als Wissenschaftler bis zu seinem Tod.

Pätzold hatte in den 1970er und 1980er Jahren den Lehrstuhl für deutsche Geschichte an der Humboldt-Universität inne, war dort viele Jahre Direktor der Sektion Geschichte und Prodekan der Fakultät und prägte mehrere Studentengenerationen.

Im Zuge der Abwicklung der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität erfolgte 1992 seine Entlassung. Seine Klage gegen die Kündigung wurde unter Verweis auf die Sonderkündigungsrechte nach dem Einigungsvertrag abgewiesen. Dennoch setzte er seine Forschungsarbeit unermüdlich fort, davon zeugen seine zahlreichen Publikationen.

Wir verlieren in ihm einen unserer produktivsten Wissenschaftler, einen kritischen, unbequemen, aber vor allem analytischen marxistischen Historiker.

## DIE LETZTE REISE

HANS-JÜRGEN KRYSMANSKI (1935–2016)

Es war ein paar Tage nach dem «Beitritt» der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD, als im Herbst 1990 die Initiative zur Gründung einer PDS-nahen Stiftung diskutiert und umgesetzt wurde. Eines der Gründungsmitglieder war Hans-Jürgen Krysmanski. «Krys» hoffte, dass die neue Stiftung von links der dominanten Thinktank-Kultur der USA und der BRD einen radikalen Denk- und Handlungsraum gegenstellen könnte. Krysmanski begleitete die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Vereinsmitglied, schrieb in den Zeitschriften *UtopieKreativ* und *LuXemburg*, initiierte und organisierte Veranstaltungen, nahm an zahllosen Seminaren und Kongressen der Stiftung teil und war langjähriges Mitglied im Gesprächskreis «Friedens- und Sicherheitspolitik» sowie im Netzwerk Privatisierung. Darüber hinaus gehörte er dem wissenschaftlichen Beirat von Attac, dem Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, dem Präsidium des Weltfriedensrats und der Weltföderation der Wissenschaftler an. Krysmanski promovierte 1961 bei Helmut Schelsky über «Die utopische Methode. Eine literatur- und wissenssoziologische Untersuchung deutscher utopischer Romane des 20. Jahrhunderts». Dort heißt es abschließend: «Einem sozialen Denken, das am status quo, dem «illusionärsten aller Ziele», klebt, hilft die utopische Spekulation auf die Beine; sie lehrt es Gehen in einer Welt, die bereits zu rasen beginnt.» Er begriff die Soziologie als «Umwälzungswissenschaft», sein Denken war bunt, wild, manchmal wütend, und sein Interesse galt der Klassen- und Machtanalyse, in der er unermüdlich die Vermittlung von Militär-, Industrie- und Geldmachtkomplex herausarbeitete. Sein 2012 erschienenes Buch «0,1 %. Das Imperium der Milliardäre» ist ein großes Resümee dieser Arbeit. In «Die letzte Reise des Karl Marx» – eine Art historische *social fiction* – hat er 2014 in seiner verschmitzten Art ein Lebensende beschrieben. Am 9. Juni 2016 ist Hans-Jürgen Krysmanski im Alter von 80 Jahren gestorben.

Hans-Jürgen Krysmanski – ein Gründungsmitglied der Stiftung





**LEIDENSCHAFTLICHER ARCHITEKT**

IN MEMORIAM PETER CONRADI (1932–2016)

Am 10. Dezember 1932 in Schwedt geboren, trat Peter Conradi in die Fußstapfen seines Vaters und wurde Architekt. Leidenschaftlich setzte er sich für die Verwirklichung spektakulärer Architekturprojekte ein, wie etwa für die Verhüllung des Reichstags durch das Künstlerehepaar Christo und Jeanne-Claude (24. Juni bis 7. Juli 1995) oder für die Modernisierung des Reichstags durch den britischen Architekten Sir Norman Foster (Fertigstellung 1999). Ebenso entschieden kämpfte er gegen solche Projekte wie den Wiederaufbau des Berliner Schlosses oder Stuttgart 21. Bei Protesten gegen Letzteres machte er Bekanntheit mit Wasserwerfern.

Bis zu seinem Lebensende war Conradi ein streitbares Mitglied der SPD, für die er von 1972 bis 1998 im Deutschen Bundestag saß. Nach seinem dortigen Ausscheiden war er von 1999 bis 2004 Präsident der Bundesarchitektenkammer. Aus Protest gegen die rot-grüne Sozialpolitik ließ Conradi 2005 seine Mitgliedschaft in der SPD zeitweise ruhen.

Dass Conradi immer ein starker Verfechter des Wettstreits der Ideen war, wurde auch im Zusammenhang mit der Ausschreibung des Neubaus für die Rosa-Luxemburg-Stiftung deutlich. Von Beginn an begleitete er das Projekt und trug mit großem Engagement zum Gelingen eines transparenten, offenen Wettbewerbsverfahrens bei. Weit über die übliche Verantwortung eines Fachpreisrichters hinaus war er stetiger Ansprechpartner für die Stiftung und all jene, die den Wettbewerb betreuten. Konstruktiv und lebendig diskutierte er im Preisrichterkolloquium und in der zweitägigen Preisgerichtssitzung der 1. Phase in Berlin. Das Preisgericht war stark beeindruckt vom jugendlichen Enthusiasmus des 83-Jährigen. Er hatte Freude an der getroffenen Auswahl der Beiträge für die 2. Phase und war fest entschlossen, auch an der finalen Wettbewerbsentscheidung mit Hingabe und großem Fachverstand mitzuwirken. Dazu ist es leider nicht mehr gekommen. Peter Conradi ist am 11. März 2016 in Stuttgart gestorben.

Peter Conradi begleitete den Neubau der Stiftung als Fachpreisrichter.



Dieses vertraute Bild fehlt uns: Michael Glass im Innenhof der Stiftung.

**NÜCHTERN, SELBSTREFLEXIV, KRITISCH**

ZUR ERINNERUNG AN MICHAEL GLASS (1961–2016)

Er war immer da. Fast jeden Tag der Woche. Nie nahm er Urlaub. Nahezu alle im Haus kannten ihn, nicht alle wussten seinen Namen: Michael Glass, der Freundliche mit den kurzen grauen Haaren, ist in der Nacht zum 30. Dezember 2016 gestorben.

Acht Jahre hat er als Projektmanager im Zentrum für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (ZID) gearbeitet. Eingestellt wurde er für die Koordination des Stiftungsbüros in Warschau, später kamen weitere Büros hinzu.

Michael Glass war ein sehr humorvoller, aber ruhiger Mensch: Als Vorbereitung auf den diplomatischen Dienst der DDR absolvierte er eine Sprachausbildung. Nach der Wende ging er mit Heinrich Graf von Einsiedel als dessen Mitarbeiter nach Bonn, bis die PDS 2002 nicht wieder in den Bundestag einzog – das habe Michael hart getroffen, erzählt eine Kollegin. Erst sieben Jahre später kam er dann zur Stiftung. Seine starke politische Orientierung hat er sich die ganze Zeit über bewahrt: der Kampf für etwas anderes, der Glaube an einen demokratischen Sozialismus in der neuen Ordnung. Michael war kein DDR-Nostalgiker. Aufschluss über sein Denken und seinen Kenntnisreichtum geben seine scharfen Analysen und Kommentare, insbesondere zu den Ereignissen in Osteuropa. Exemplarisch sei hier sein Text «Lieber rot als schwul?» erwähnt, der – 2013 in der Reihe Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung erschienen – die Verfolgung von Homosexuellen in Russland anprangert. Allerdings sei diese Situation «leider nicht zuletzt dem Wirken politischer Kräfte in diesen Ländern geschuldet, die sich selbst gern als ‹Linke› bezeichnen», und Glass appelliert an die Linke hierzulande: «Wo bleibt eigentlich der öffentliche Widerspruch emanzipatorischer Linker gegen den homophoben Eifer von ‹GenossInnen› in Russland, der Ukraine und Moldova? Nichts sehen (wollen)? Nichts hören (wollen)? Jedenfalls nichts dazu sagen.»

Michael Glass war ein Mensch mit einem großen Herzen. Wir werden ihn sehr vermissen.

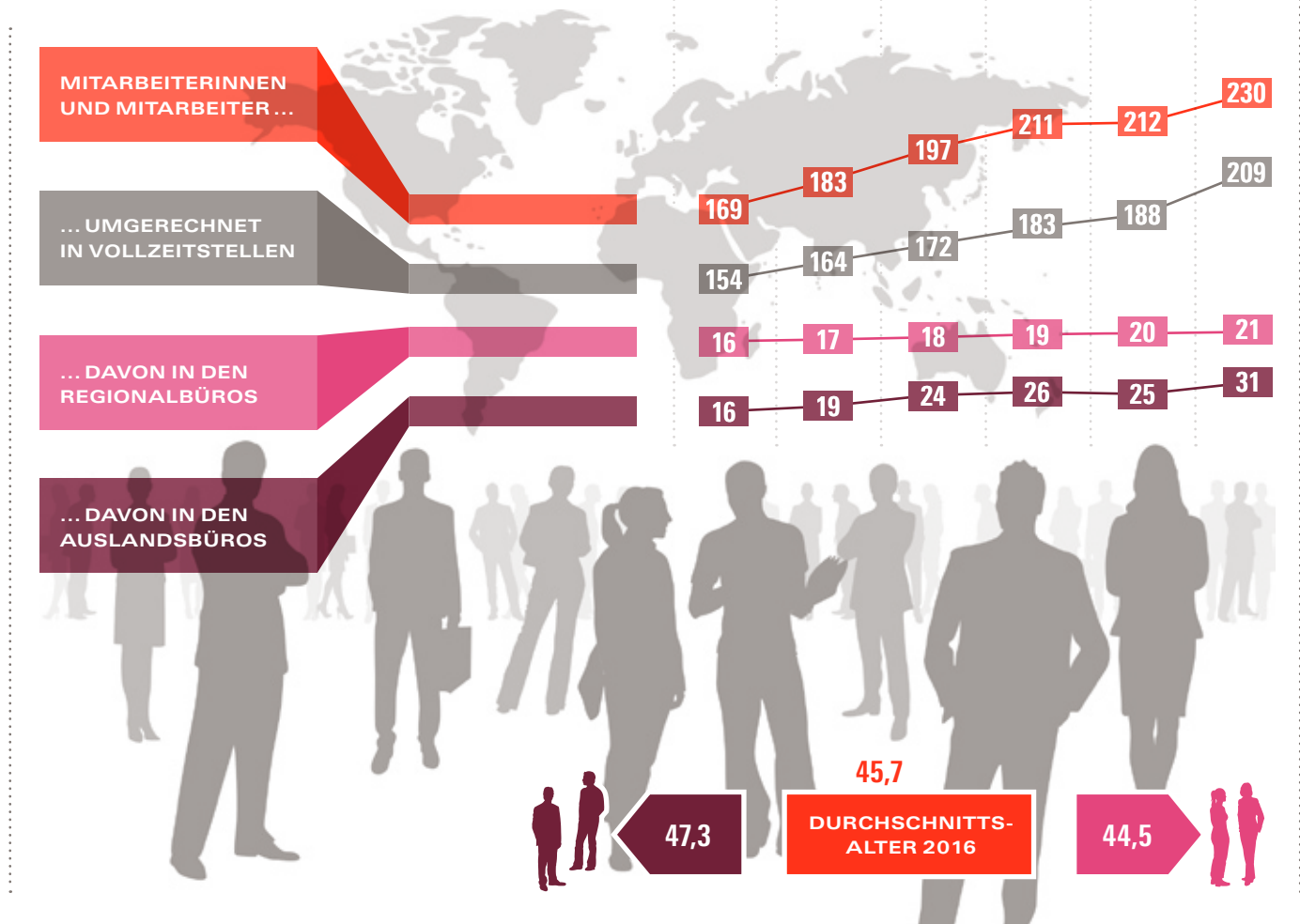
## PERSONALENTWICKLUNG

Der Tarifvertrag «Erweiterte Mitbestimmung» wurde im Januar 2014 offiziell unterzeichnet und 2016 nach dreijähriger Laufzeit evaluiert. Generell lässt sich sagen: Dieser Tarifvertrag macht die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu einem besonderen Arbeitgeber. Sie beteiligt ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Umfang, der selten in deutschen Betrieben zu finden ist. Insofern steht ihr als linker Stiftung der Tarifvertrag gut zu Gesicht und sollte als ein wertvolles Gut betrachtet werden, das zu pflegen und zu bewahren ist.

Folgende Punkte haben sich bewährt:

- In vier Wiederbesetzungsverfahren für Leitungsstellen, bei denen interne Besetzungen erfolgten, sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der jeweiligen Bereiche befragt worden, ob sie den Vorstandsentscheidungen zustimmen oder sie ablehnen. Die Verfahren verliefen problemlos und die Zustimmungen zu den Berufungen waren überzeugend.
- Die Betriebsvereinbarung «Konfliktmanagement» wurde gemeinsam ausgehandelt; das geschah kollegial und kreativ. Die zukunftssträchtige Betriebsvereinbarung muss sich aber noch in der Anwendung bewähren.
- Die Art, wie die Leiterinnen und Leiter durch kontinuierlichen Erfahrungsaustausch den Prozess zur Entwicklung des gemeinsamen Leitbildes «Gute Leitung: Verantwortung wahrnehmen. Entscheidungen treffen. Fair handeln» organisierten, wurde überwiegend als sehr anregend und produktiv bewertet.
- Der Prozess zur Vereinbarung der Leitlinien «Gute Bereichsleitung» verlief ebenfalls höchst produktiv und kollegial. Die Verhandlungspartner gehen davon aus, dass das Feedbackverfahren für die Bereichsleiterinnen und -leiter eine Bereicherung darstellen kann. Allerdings gilt auch hier der Vorbehalt, dass der Praxistext noch aussteht.
- Die Verhandlungen, die von Vertreterinnen und Vertretern des Betriebsrats und des Arbeitgebers über die Verkürzung von Erfahrungsstufenlaufzeiten geführt werden, verlaufen sehr professionell und unkompliziert. Erst in einem einzigen Fall gab es keine gemeinsame Auffassung.
- Die geregelte Beteiligung der im Bereich Arbeitenden an Personalentscheidungen hat tatsächlich dazu geführt, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärker respektiert fühlen und ihre neue Verantwortung sehr ernst nehmen.

Allerdings haben sich einige Regelungen als nicht praktikabel erwiesen. Insbesondere die Mitbestimmung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei Auswahlverfahren in Bereichen mit mehrstufigen Hierarchien ist noch unzureichend geregelt und führt zu Konflikten bzw. zur deutlichen Verlängerung von Auswahlprozessen. Deshalb werden wir den Tarifvertrag neu verhandeln.



**Anteilige Zusammensetzung:** 2011 2012 2013 2014 2015 2016

Mitarbeiterinnen	51%	56%	55%	56%	55%	56%
Mitarbeiter	49%	44%	45%	44%	45%	44%
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund	11%	15%	14%	15%	15%	16%
unbefristete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	81%	80%	77%	76%	78%	73%
TZ-Beschäftigte	17%	20%	23%	24%	29%	30%
in Elternzeit	2%	3%	3%	3%	3%	1%
Auszubildende, Trainees und begleitende Masterstudierende	2%	3%	4%	3%	0%	0%
in Passivphase der Altersteilzeit				1%	1%	2%

**Zur Belegschaft gehören ebenfalls:**

geringfügig Beschäftigte <sup>1</sup>	12	7	7	7	8	5
Praktikantinnen und Praktikanten <sup>2</sup>	34	35	37	36	34	39

1 Entsprechend Betriebsvereinbarung, Orientierung am TVöD.

2 In Summe über das gesamte Jahr, Entgeltpraktika gemäß der Orientierung des DGB und der Partei DIE LINKE.



## GREMIEN

### DIE MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Die diesjährige Mitgliederversammlung am 26. November 2016 stand im Zeichen der Vorstandswahlen und eines inhaltlich-strategischen Austauschs über das Erstarren der populistischen Rechten und den daraus resultierenden Herausforderungen für die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Mit 90 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern (fast 74 Prozent) war die Beteiligung in diesem Jahr besonders hoch. Die Vorstandsvorsitzende Dagmar Enkelmann erklärte, mit dem Erreichten zufrieden zu sein. Die Stiftung sei inhaltlich breit aufgestellt, habe ihre Profilbildung schärfen können und sei zunehmend als bundesweiter Bildungsträger anerkannt. Für diese Erfolge seien maßgeblich die Mitglieder sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verantwortlich, bei denen sie sich herzlich für ihr Engagement bedankte. Florian Weis, geschäftsführendes Vorstandsmitglied, war erfreut, dass die Mitglieder in zahlreiche Projekte wie etwa beim Neubau, bei der Frankfurter Buchmesse oder der Wolfgang-Abendroth-Edition sowie bei Fachgesprächen zu Migrationspolitik, Gewerkschaftspolitik, Friedens- und Sicherheitspolitik eingebunden werden konnten. Gleichzeitig betonte er, dass es noch etliche «Baustellen» zu bearbeiten gebe. Beispielsweise seien die Themen Wirtschaft und Bildung in der Stiftung unterrepräsentiert.

Auf diese und andere Punkte gingen in der Debatte neben vielen anderen Gabi Zimmer (MEP), Werner Ruf, Christa Luft, Hans Modrow, Jan Korte (MdB) und Rainer Rilling ein. Die Mitglieder betonten die Vielzahl gelungener Projekte der letzten Jahre. Gleichzeitig unterstrichen sie die Notwendigkeit, das Profil der Rosa-Luxemburg-Stiftung weiterzuentwickeln. Hinsichtlich des erstarkenden Rechtspopulismus hoben Mitglieder die verschiedenen Ansätze heraus, wie Menschen in Politik eingebunden werden können, ohne belehrend oder vorverurteilend zu sein. Ebenso wurde dafür plädiert, die Klassenfrage nicht im Widerspruch zu einer antirassistischen Position zu diskutieren. Neben den anregenden Diskussionen wählte die Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand. Die Mitglieder bestätigten Dagmar Enkelmann als Vorsitzende und Florian Weis als geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Ebenso wiedergewählt wurden Sabine Reiner und Thomas Händel als stellvertretende Vorsitzende. Weitere Mitglieder des Vorstands sind Ulrike Detjen, Heinz Hillebrand, Barbara Höll, Jan Korte, Detlef Nakath, Dörte Putensen, Peeter Raane, Rainer Rilling, Sybille Stamm und Gabriele Gün Tank. Folgende Personen wurden als neue Mitglieder der Stiftung aufgenommen: Steffen Bockhahn, Kate Cahoon, Evelyn Edler, Wulf Gallert, Wolfgang Gehrcke, Sofia Hamaz, Katharine Kolmans, Katrin Lompscher, Onur Ocak, Reyhan Şahin und David Salomon. Auf Antrag des Vorstandes wurden zudem Manfred Neuhaus und Kurt Krumbach zu Ehrenmitgliedern berufen.

- Risikomanagement
- Stärkung der bundesweiten Arbeit
- Archiv-, Bibliotheks- & Geschichtsarbeit zu Rosa Luxemburg
- Offene Diskussionen: Deutungen und Gegenstrategien gegen „Rechts“



Auf der Mitgliederversammlung der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurde Florian Weis als geschäftsführendes Vorstandsmitglied wiedergewählt.

## MITGLIEDER DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

### ORDENTLICHE MITGLIEDER

Jan van Aken  
 Dr. Dietmar Bartsch  
 Dr. Peter Bathke  
 Prof. Dr. Günter Benser  
 Dr. Joachim Bischoff  
 Steffen Bockhahn  
 Dr. Marcel Bois  
 Prof. Dr. Ulrich Brand  
 Dr. André Brie  
 Prof. Dr. Ulrich Brinkmann  
 Sandra Brunner  
 Christine Buchholz  
 Prof. Dr. Michael Buckmiller  
 Dr. Carolin Butterwegge  
 Kate Cahoon  
 Gerda Daenecke  
 Sevim Dağdelen  
 Daniela Dahn  
 Prof. Dr. Frank Deppe  
 Richard Detje  
 Ulrike Detjen  
 Sophie Dieckmann  
 Evelyn Edler  
 Dr. Dagmar Enkelmann

Klaus Ernst  
 Ilsegreg Fink  
 Dr. Thomas Flierl  
 Wulf Gallert  
 Wolfgang Gehrcke  
 Claudia Gohde  
 Dr. Stefanie Graefe  
 Dr. Bärbel Grygier  
 Dr. Gregor Gysi  
 Sofia Hamaz  
 Thomas Händel  
 Karl-Heinz Heinemann  
 Heiko Hilker  
 Heinz Hillebrand  
 Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff  
 Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann  
 Dr. Barbara Höll  
 Klaus Höpcke  
 Dr. Steffen Hultsch  
 Dr. Gerda Jasper  
 Dr. Lukrezia Jochimsen  
 Kadriye Karci  
 Katja Kipping  
 Prof. Dr. Dieter Klein  
 Dr. Thomas Klein  
 Katharine Kolmans  
 Jan Korte  
 Marian Krüger  
 Prof. Dr. Ingrid Kurz

Caren Lay  
 Dr. Klaus Lederer  
 Dr. Steffen Lehndorff  
 Sabine Leidig  
 Monika Lent-Öztürk  
 Katrin Lompscher  
 Dr. Gesine Lötzscher  
 Prof. Dr. Christa Luft  
 Dr. Helmuth Markov  
 Ulrich Maurer  
 Prof. Dr. Margit Mayer  
 Sahra Mirow  
 Dr. Hans Modrow  
 Cornelia Möhring  
 Margret Mönig-Raane  
 Stefan Nadolny  
 Dr. Detlef Nakath  
 Helga Nowak  
 Onur Ocak  
 Gabi Ohler  
 Dr. Harald Pätzolt  
 Petra Pau  
 Prof. Dr. Dörte Putensen  
 Peeter Raane  
 Bodo Ramelow  
 Jürgen Reents  
 Dr. Sabine Reiner  
 Prof. Dr. Rolf Reißig  
 Bernd Riexinger  
 Prof. Dr. Rainer Rilling  
 Prof. Dr. Jörg Roesler

Prof. Dr. Werner Ruf  
 Dr. Bernd Rump  
 Dr. Monika Runge  
 Dr. Reyhan Şahin  
 Prof. Dr. David Salomon  
 Bosiljka Schedlich  
 Dr. Birgit Schliewenz  
 Fritz Schmalzbauer  
 Horst Schmitthener  
 Christiane Schneider  
 Dr. Ursula Schröter  
 Siri Schultze  
 Dr. Karin Schüttpelz  
 Dr. Reinhard Semmelmann  
 Kathrin Senger-Schäfer  
 Dr. Petra Sitte  
 Prof. Dr. Susanne Spindler  
 Sybille Stamm  
 Regina Stosch  
 Gabriele Gün Tank  
 Heinz Vietze  
 Eva Völpel  
 Vera Vordenbäumen  
 Dr. Sahra Wagenknecht  
 Dr. Jochen Weichold  
 Dr. Florian Weis  
 Janine Wissler  
 Dr. Dietmar Wittich  
 Dr. Evelin Wittich  
 Dr. Ulrich Wolf

Ulrike Zerhau  
 Gabi Zimmer

### INSTITUTIONELLE MITGLIEDER

Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg  
 Kurt-Eisner-Verein – Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern  
 Helle Panke e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin  
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V.  
 Rosa-Luxemburg-Initiative e. V., Bremen  
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg  
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen  
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern e. V.  
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e. V.  
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen e. V.  
 Peter-Imandt-Gesellschaft e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Saarland  
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.  
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e. V.

Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein  
 Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V.

### EHREN-MITGLIEDER

Dr. Kurt Hövelmans  
 Prof. Dr. Kurt Krambach  
 Prof. Dr. Reinhard Mocek  
 Prof. Dr. Manfred Neuhaus  
 Dr. Wolfgang Spickermann

### RUHENDE MITGLIEDERSCHAFT

Marwa Al-Radwany  
 Dr. Lutz Brangsch  
 Prof. Dr. Michael Brie  
 Dr. Mario Candeias  
 Wenke Christoph  
 Prof. Dr. Alex Demirović  
 Dr. Cornelia Domaschke  
 Dr. Stefanie Ehmsen  
 Florian Höllen  
 Kerstin Kaiser  
 Prof. Dr. Mario Keßler  
 Norbert Schepers  
 Dr. Jörn Schütrumpf  
 Dr. Marion Schütrumpf  
 Fanny Zeise

Stand: Februar 2017

**MITGLIEDER  
DES VORSTANDS**



**DR. DAGMAR ENKELMANN**



**DR. FLORIAN WEIS**

Stand: Februar 2017




**JAN KORTE**




**HEINZ HILLEBRAND**



**SYBILLE STAMM**



**ULRIKE DETJEN**



**THOMAS HÄNDEL**



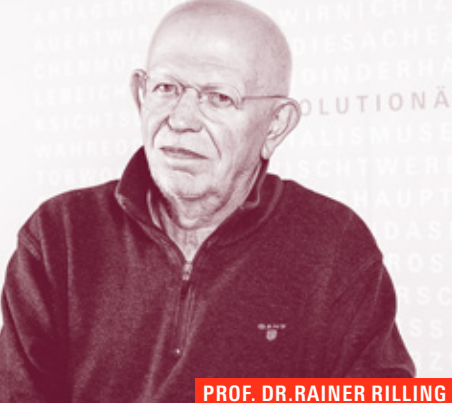
**GABRIELE GÜN TANK**



**PROF. DR. DÖRTE PUTENSEN**



**DR. SABINE REINER**




**PROF. DR. RAINER RILLING**



**DR. BARBARA HÖLL**



**DR. DETLEF NAKATH**



**PEETER RAANE**



## POLITISCHE DEBATTEN UND RICHTUNGSENTSCHEIDUNGEN

### DER VORSTAND DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Die ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder der Stiftung haben jedes Jahr ein umfangreiches und intensives Arbeitspensum zu absolvieren. Im Jahr 2016 trafen sich die 13 Mitglieder zu acht Sitzungen, darunter zwei mehrtägige Klausuren.

Der Vorstand ist zwischen den Mitgliederversammlungen das höchste Gremium des Vereins und trägt die Verantwortung für die gesamte Stiftungstätigkeit. Hierzu gehören insbesondere Beschlussfassungen zur Haushalts- und zur Personalplanung. Daneben versteht sich der Vorstand als politisches Gremium und gibt die Grundlinien der Stiftungsarbeit vor. So berieten die Vorstandsmitglieder oft gemeinsam mit den leitenden Angestellten der Stiftung und Gästen aus Politik und Wissenschaft die aktuellen politischen Entwicklungen in Deutschland und Europa sowie ihre Auswirkungen auf die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen und Handlungsoptionen der Stiftung.

Im Zentrum dieser Debatten standen in diesem Jahr die Verfasstheit Europas, die anhaltende soziale Zuspitzung und das Erstarken des Rechtspopulismus. Diese anregenden Diskussionen waren die Grundlage für die inhaltliche Planung der Stiftungstätigkeit. So wurde beispielsweise die Arbeit zum Themenkomplex Migration und Rechtspopulismus erweitert, das Profil der europa- sowie gewerkschaftspolitischen Aktivitäten geschärft und der sozialen Frage in der Bildungsarbeit der Stiftung wieder ein höherer Stellenwert beigemessen.

Alle Vorstandsmitglieder bereicherten mit ihrem ehrenamtlichen Engagement darüber hinaus die Stiftungsarbeit in anderen Themenfeldern. Beispielsweise brachten sie sich in die Geschichtsarbeit und insbesondere in die Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung ein, sie wirkten an Publikationen der Stiftung mit, förderten die Kommunikation mit neuen Partnern sowie Milieus und entwickelten mit ihren Expertisen bestimmte Projektlinien und Themenfelder weiter. Insbesondere die Netzwerk- und Kommunikationsarbeit sowie die Arbeit mit den Vereinsmitgliedern profitieren von ihrem Engagement.

### MITGLIEDER DES VORSTANDS

**Ulrike Detjen:** geb. 1952, Industriebuchbinderin; seit 1999 Gesellschafterin und Geschäftsführerin eines Druckvorstufenbetriebs, seit 2008 ehrenamtliche Tätigkeit im kommunalpolitischen Forum Nordrhein-Westfalen und der Landesstiftung Nordrhein-Westfalen; Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2013.

**Dr. Dagmar Enkelmann** (Vorstandsvorsitzende): geb. 1956, Historikerin; 1990 bis 1998 und 2005 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestags, seit 1998 Stadtverordnete der Stadt Bernau bei Berlin; Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2012.

**Thomas Händel** (stellv. Vorstandsvorsitzender): geb. 1953, Elektroniker, Studium an der Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt; 1987 bis 2012 wiederholt Geschäftsführer der IG-Metall, Gründungsmitglied der WASG, seit 2009 Mitglied des Europaparlaments; seit 2007 stellv. Vorstandsvorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**Heinz Hillebrand:** geb. 1954, Industriekaufmann, später Studium der Geschichte, Germanistik und Philosophie; Gründungsmitglied der WASG, Bereichsleiter Politische Bildung in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE; Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2012.

**Dr. Barbara Höll:** geb. 1957, Studium der Philosophie; 1990 bis 2002 und 2005 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestags; Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2014 und Vorstandsmitglied seit 2016.

**Jan Korte:** geb. 1977, Studium der Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft; seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags, seit 2013 stellv. Vorsitzender der Linksfraktion; Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2014.

**Dr. Detlef Nakath:** geb. 1949, Historiker; 2003 bis 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Helle Panke e. V., 2006–2013 Geschäftsführer der Landesstiftung Brandenburg; Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2014.

**Prof. Dr. Dörte Putensen:** geb. 1949, Historikerin; apl. Professorin für Allgemeine Geschichte der Neusten Zeit an der Universität Rostock, Vorstandsmitglied der Landesstiftung Brandenburg 2010 bis 2014; Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2014.

**Peeter Raane:** geb. 1941, Diplom-Kaufmann; seit 1967 Tarifsekretär und Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (ab 2000 IG Metall), Vorstandsvorsitzender der Landesstiftung Nordrhein-Westfalen 2007 bis 2012; Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2008.

**Dr. Sabine Reiner** (stellv. Vorstandsvorsitzende): geb. 1962, Politikwissenschaftlerin und Volkswirtin; seit 2002 Gewerkschaftssekretärin bei ver.di; Mitglied des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2004, stellv. Vorsitzende seit 2012.

**Prof. Dr. Rainer Rilling:** geb. 1945, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Neueren Geschichte; 1983 bis 1998 Geschäftsführer des Bunds demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, seit 2002 apl. Professor für Soziologie an der Universität Marburg; seit 2014 Mitglied des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**Sybille Stamm:** geb. 1945, Politikwissenschaftlerin; seit 1973 Gewerkschaftssekretärin, 2001 bis 2007 ver.di-Landesbezirksleiterin Baden-Württemberg, Mitherausgeberin der Zeitschrift *Sozialismus*; Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2014.

**Gabriele Gün Tank:** geb. 1975, Journalistin; seit 2007 Integrationsbeauftragte im Berliner Bezirk Tempelhof-Schöneberg; Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2014.

**Dr. Florian Weis** (geschäftsführendes Vorstandsmitglied): geb. 1967, Historiker; beschäftigt bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 1999, geschäftsführendes Vorstandsmitglied seit 2008.

**DER WISSENSCHAFTLICHE BEIRAT**

Dem wissenschaftlichen Beirat obliegt als zentrale Aufgabe, mit seiner wissenschaftlichen Kompetenz die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung an der Schnittstelle von Wissenschaft, Bildung und Politik zu begleiten. Bis Ende des Jahres 2015 hatte Irene Dölling den Vorsitz inne, ihr Nachfolger wurde im Januar 2016 Alex Demirović, nachdem er auf der Mitgliederversammlung der Rosa-Luxemburg-Stiftung im November 2015 in den wissenschaftlichen Beirat nachgewählt worden war. Im Jahr 2016 tagte das ehrenamtliche Beratungsgremium lediglich einmal, und zwar am 13. Mai in den Räumen der Stiftung in Berlin.

Irene Dölling, Frigga Haug, Rainer Land, Birgit Mahnkopf, Ingo Matuschek, Silka Scholz, Michael Thomas und Susanne Völker hatten schon vor oder bald nach der Klausur 2015 erklärt, für die weitere Arbeit im Beirat nicht mehr zur Verfügung zu stehen.

Für den neuen wissenschaftlichen Beirat, der auf der Mitgliederversammlung am 26. November 2016 gewählt wurde, kandidierten aus dem alten Beirat daher noch die folgenden Personen: Alex Demirović, Jörg Hafkemeyer, Stefanie Hürtgen, Michael Krätke, Margit Mayer, Birgit Sauer, Thomas Seibert und Axel Troost.

Da der wissenschaftliche Beirat nach der alten, bis zur Mitgliederversammlung 2016 gültigen Satzung 16 Mitglieder haben kann, wurden für die Arbeit im neuen Beirat folgende Mitglieder neu gewonnen: Andreas Fisahn, Wolfgang Methling, Wolfram Schaffar, Steffi Richter, Sarah Schilliger, Susanne Schultz, Alexandra Wagner und Markus Wissen.

Auf dem Treffen des Beirats im Mai 2016 wurde die sehr angeregte Diskussion aus dem Vorjahr über Fragen des Sozialismus fortgesetzt. Grundlage dafür waren die Bücher «Die Idee des Sozialismus» von Axel Honneth, «Das Kommunistische» von Lutz Brangsch und Michael Brie sowie das von Michael Brie herausgegebene Buch «Tendenzen des Sozialismus im 21. Jahrhundert» von Mimmo Porcaro.

**MITGLIEDER DES WISSENSCHAFTLICHEN BEIRATS DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

**Apl. Prof. Dr. Alex Demirović:** Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Senior Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse; arbeitet schwerpunktmäßig zu Fragen von Gesellschaftstheorie, Demokratie und Sozialismus.

**Prof. Dr. Andreas Fisahn:** Professor für Öffentliches Recht, Umwelt- und Technikrecht sowie Rechtstheorie an der Universität Bielefeld, Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**Prof. Jörg Hafkemeyer:** Dozent an der Universität der Künste und der Deutschen Journalistenschule in München, Mitglied der Deutschen Film- und Fernsehakademie.

**Dr. Stefanie Hürtgen:** Politologin und Arbeitssoziologin, Assistenzprofessur an der Universität Salzburg.

**Prof. Dr. Michael Krätke:** Professor für Politische Ökonomie an der Universität Lancaster/UK und Direktor des Institute for Advanced Studies, Mitherausgeber verschiedener Zeitschriften (u. a. SPW) und Buchreihen (Historical Materialism); Arbeitsschwerpunkte: Politische Ökonomie, Marxismus, Antikapitalismus.

**Prof. Dr. Margit Mayer:** Professorin em. für Politikwissenschaft am John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin; Arbeitsschwerpunkte: US-amerikanische und vergleichende Politik, Stadtpolitik, soziale Bewegungen.

**Prof. Dr. Wolfgang Methling:** Professor em. für Tiergesundheitslehre an der Universität Rostock, Umweltminister (1998–2006) und stellvertretender Ministerpräsident (2002–2006) in Mecklenburg-Vorpommern.

**Prof. Dr. Steffi Richter:** Professorin für Japanologie an der Universität Leipzig, Vertrauensdozentin der Stiftung.

**Prof. Dr. Birgit Sauer:** Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien; Arbeitsschwerpunkte: Staats- und Demokratietheorie, Governance und Geschlecht, Vergleichende Geschlechterpolitikforschung, Multikulturalismus.

**Univ.-Prof. Dr. Wolfram Schaffar:** Professor für Politikwissenschaft und Entwicklungsforschung am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien.

**Sarah Schilliger:** Forschungsprojekt «Migrant mobility, «illegality» and racialization in European agricultural labour», 2016/17 Gastwissenschaftlerin am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) an der Universität Osnabrück.

**Dr. Susanne Schultz:** DFG-Projekt zur «Demografisierung des Politischen. Eine intersektionale Analyse deutscher Familien- und Migrationspolitik seit Mitte der 1990er Jahre» an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, früher Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Bereich Lateinamerika.

**Dr. Thomas Seibert:** Philosoph und Ethnologe, Mitarbeiter von medico international, Aktivist bei attac und bei der Interventionistischen Linken (IL); Arbeitsschwerpunkt: Politische Philosophie (Marxismus, Existenzialismus, Dekonstruktion).

**Dr. Axel Troost:** Volkswirtschaftler und Politiker, ehrenamtlicher Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandumgruppe) und Vorstandsmitglied des Instituts Solidarische Moderne, Mitglied des Bundesvorstandes der Partei DIE LINKE, Mitglied des Deutschen Bundestags, finanzpolitischer Sprecher der Linksfraktion.

**Dr. Alexandra Wagner:** Arbeitsmarktforschung beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI), Institut für angewandte Trainingswissenschaften (IAT) und im Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt GmbH in Berlin, Gründungsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**Prof. Dr. Markus Wissen:** Professor für Gesellschaftswissenschaften mit dem Schwerpunkt sozialökologische Transformationsprozesse an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin.

**IM UMBRUCH**

DIE GESPRÄCHSKREISE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Die Zahl der Gesprächskreise der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist 2016 mit 21 gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben. Sie haben sich seit ihrer Gründung 2007 zu dauerhaften Kommunikationsforen etabliert, in denen Expertinnen und Experten mit anderen Interessierten über Themenstellungen von sowohl historischer als auch aktueller Bedeutung diskutieren. Ihr meist halböffentlicher Charakter schafft Räume zum geschützten Austausch auch divergierender Perspektiven. Alle Gesprächskreise beruhen auf der Zusammenarbeit von «Hauptamtlichen» mit «Ehrenamtlichen» aus dem politisch-intellektuellen Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung, differieren jedoch recht stark hinsichtlich ihrer Strukturen und ihres Grades an Aktivität. Während einige Gesprächskreise im Jahr 2016 ruhten bzw. sich neu formierten, haben sich andere zu äußerst produktiven Arbeitszusammenhängen entwickelt. So hat beispielsweise der Gesprächskreis «Sozialstruktur und Klassen» es sich zur Aufgabe gemacht, aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen wie etwa Prekarisierungstendenzen oder die «Krise der politischen Repräsentation» mittels moderner sozialwissenschaftlicher Methoden zu bearbeiten. Und im Gesprächskreis mit dem herausfordernden Titel «Rechts», der sich zuletzt im Mai 2017 in Bremen traf, tauschen sich Personen unterschiedlichen Alters zweimal pro Jahr darüber aus, was den national wie international erstarkenden rechten Parteien und Bewegungen von linker Seite entgegengesetzt werden kann.

2017 machen einige Gesprächskreise produktive Veränderungen durch, die eine inhaltliche Erneuerung versprechen. So wurden im Mai 2017 die Gesprächskreise zu Stadtpolitik und zu Bildungspolitik neu gegründet, und auch die Gesprächskreise zu Friedens- und Sicherheitspolitik sowie zu Migration setzen, vor dem Hintergrund veränderter personeller Zuständigkeiten, neue Schwerpunkte. Dabei wird angestrebt, mehr Jüngere, mehr Frauen und mehr Menschen mit Migrationshintergrund zu einer Mitarbeit zu bewegen.

**ARBEITSRECHT/ARBEITSGESETZBUCH**

Steffen Hultsch, Effi Böhlke (effi.boehlke@rosalux.org)

**BILDUNGSPOLITIK**

Karl-Heinz Heinemann (heinemann@rls-nrw.de)

**EUROPAPOLITIK**Johanna Bussemer (johanna.bussemer@rosalux.org),  
Franziska Albrecht (franziska.albrecht@rosalux.org)**FEMINISMUS**Barbara Fried (barbara.fried@rosalux.org),  
Katharina Pühl (katharina.puehl@rosalux.org)**FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK**

Ingar Solty (ingar.solty@rosalux.org)

**GESCHICHTE**

Bernd Hüttner (bernd.huettner@rosalux.org)

**GESCHICHTE FÜR DIE ZUKUNFT**

Cornelia Domaschke (cornelia.domaschke@rosalux.org)

**GEWERKSCHAFTEN**

Fanny Zeise (fanny.zeise@rosalux.org)

**KOLLEGIUM WISSENSCHAFT/PHILOSOPHIE  
UND BILDUNG**Wolfgang Girnus, Klaus Meier; Gerd-Rüdiger Stephan  
(gerd-ruediger.stephan@rosalux.org)**KULTUR**

Michaela Klingberg (michaela.klingberg@rosalux.org)

**LÄNDLICHER RAUM** (derzeit ruhend)**LEBENSZEIT - ARBEITSZEIT**

Rosalind Honig, Effi Boehlke (effi.boehlke@rosalux.org)

**MIGRATION**

Massimo Perinelli (massimo.perinelli@rosalux.org)

**NACHHALTIGKEIT**

(in Neugründung befindlich)

Steffen Kühne (steffen.kuehne@rosalux.org)

**PARTEIEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN**Harald Pätzolt, Cornelia Hildebrandt  
(cornelia.hildebrandt@rosalux.org)**POLITISCHE BILDUNG**

Stefan Kalmring (stefan.kalmring@rosalux.org)

**RECHTS**

Friedrich Burschel (fritz.burschel@rosalux.org)

**SOZIALSTRUKTUR UND KLASSEN**

Horst Kahrs (horst.kahrs@rosalux.org)

**STADTPOLITIK**

Stefan Thimmel (stefan.thimmel@rosalux.org)

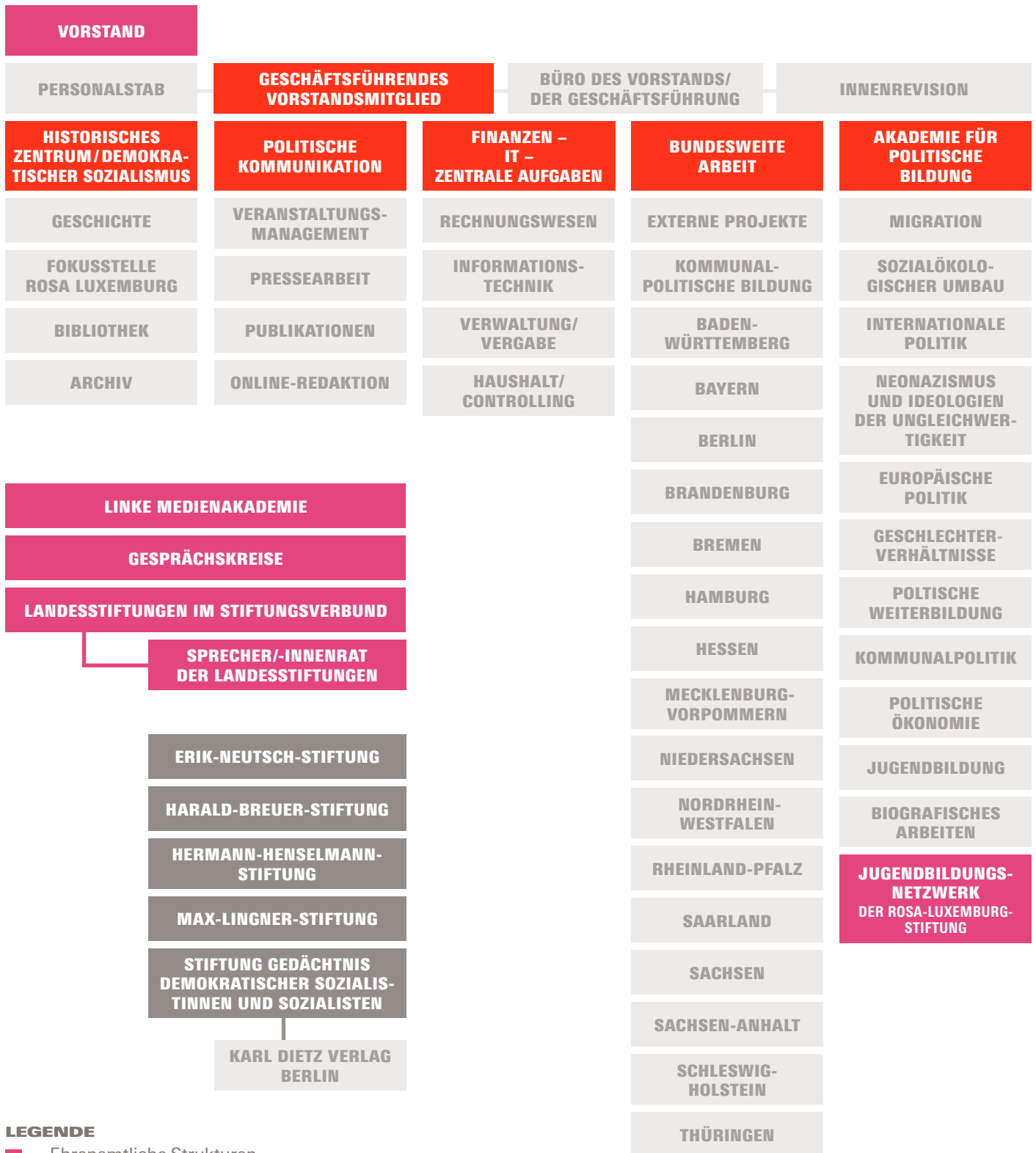
**WELTANSCHAULICHER DIALOG**Jürgen Klute, Cornelia Hildebrandt  
(cornelia.hildebrandt@rosalux.org)**WIRTSCHAFTSPOLITIK**

(derzeit ruhend)

Stand der Übersicht: Mai 2017



# MITGLIEDERVERSAMMLUNG



## LEGENDE

- Ehrenamtliche Strukturen
- Leitungsstrukturen
- Hauptamtliche Strukturen
- Treuhandstiftungen

# MITGLIEDERVERSAMMLUNG

## WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

BAUSTAB		DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER	BETRIEBSRAT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG	
<b>INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTS-ANALYSE</b>	<b>STUDIENWERK</b>	<b>ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG</b>		
PARTEIEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN	FÖRDERPROGRAMM	STABSSTELLEN		
ZEITSCHRIFT «LUXEMBURG» HRSG. VORSTAND DER RLS	EHEMALIGENARBEIT	<b>REFERATE</b>	<b>AUSLANDSBÜROS</b>	
DEMOKRATIE UND STAAT	<b>VERTRAUENS-DOZENT/-INNEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG</b>	REFERAT GLOBALE AUFGABEN UND SONDERMITTEL	ROSA LUXEMBURG/ WISSENSCHAFTSKOOPERATION	
THEORIE UND GESCHICHTE SOZIALISTISCHER TRANSFORMATION	<b>STIPENDIATISCHE ARBEITSKREISE</b>	REFERAT AFRIKA	SÜDLICHES AFRIKA JOHANNESBURG	
FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK	<b>AUSWAHL-AUSSCHUSS</b>	<b>AK AFRIKA</b>	WESTAFRIKA DAKAR	
SOLIDARISCHE ÖKONOMIE			OSTAFRIKA DARESSALAM	
DAS ÖFFENTLICHE/SOZIALSTRUKTUR-ANALYSE		REFERAT ASIEN, NAHER UND MITTLERER OSTEN	NORDAFRIKA TUNIS	
FEMINISTISCHE GESELLSCHAFTS-UND KAPITALISMUS-ANALYSE		<b>AK ASIEN</b>	ISRAEL TEL AVIV	
POLITISCHE ÖKONOMIE DER GLOBALISIERUNG		<b>AK TÜRKEI</b>	PALÄSTINENSISCHE GEBIETE RAMALLAH	
GEWERKSCHAFT/ARBEIT/PRODUKTION			OSTASIEN PEKING	
SOZIALÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION			SÜDASIEN NEU DELHI	
PREKARITÄTS-FORSCHUNG			SÜDOSTASIEN HANOI	
KULTURFORUM DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG		REFERAT AMERIKA	UN/NORDAMERIKA NEW YORK	
DEMOKRATIE UND GLEICHHEIT		<b>AK LATEINAMERIKA</b>	ANDENLÄNDER QUITO	
SOZIALE INFRASTRUKTUR			SÜDAMERIKA SÃO PAULO	
			ZENTRALAMERIKA/MEXIKO MEXIKO-STADT	
		REFERAT EUROPA	EUROPÄISCHE UNION BRÜSSEL	
		<b>AK OST-, MITTEL- UND SÜDOSTEUROPA</b>	OSTMITTELEUROPA WARSCHAU	
			RUSSLAND/ZENTRALASIEN/ KAUKASUS MOSKAU	
			SÜDOSTEUROPA BELGRAD	

## STIFTUNGSHAUSHALT

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist die der Partei DIE LINKE nahestehende politische Stiftung. Sie wird, wie die anderen parteinahen Stiftungen, im Wesentlichen aus dem Bundeshaushalt finanziert. Konkret fließen ihr Mittel aus den Etats der Bundesministerien des Inneren (BMI), für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), für Bildung und Forschung (BMBF), des Auswärtigen Amtes (AA) sowie aus der Bundestagsverwaltung zu. Gefördert werden nur solche Stiftungen, die wesentliche und nachhaltige geistig-politische Strömungen in der Gesellschaft repräsentieren. Was das genau heißt, entscheidet der Deutsche Bundestag.

Als Anhaltspunkt für die Dauerhaftigkeit einer ins Gewicht fallenden Grundströmung gilt in der Praxis, dass die der politischen Stiftung nahestehende Partei wiederholt – dabei zumindest einmal in Fraktionsstärke – im Deutschen Bundestag vertreten war. Dabei orientiert sich die Höhe der Zuwendungen an den Ergebnissen der jeweils nahestehenden Partei bei den letzten vier Bundestagswahlen.

Nach dem erfolgreichen Wiedereinzug der Partei DIE LINKE in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag 2005 und dem Stimmenzuwachs bei den Bundestagswahlen 2009 erfolgte eine schrittweise Anpassung der jährlichen Zuwendungen durch die Bundesministerien mit der Zielstellung der Gleichstellung mit den Stiftungen der anderen Parteien. Diese Anpassung wurde 2011 abgeschlossen.

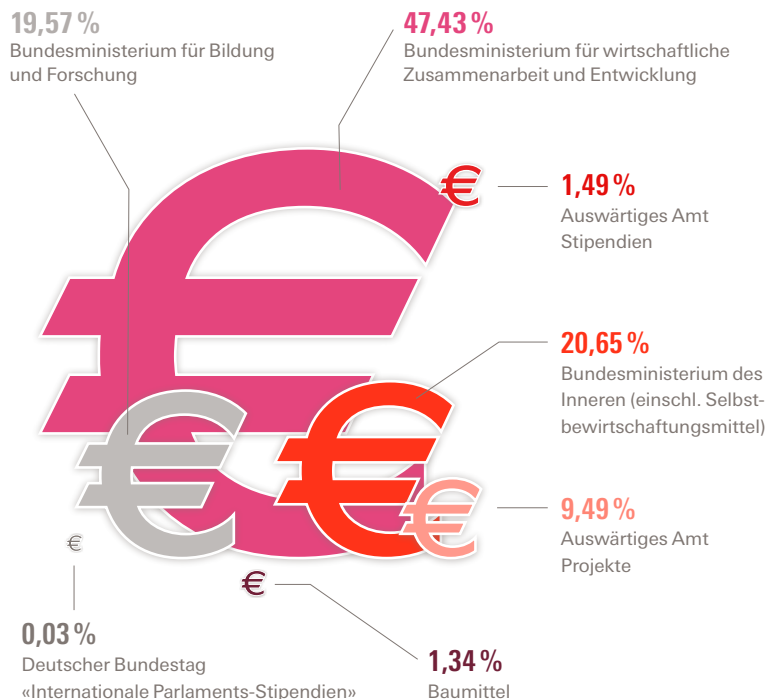
Gegenüber 2010 stiegen so die Zuwendungen von 30,6 Millionen Euro auf 57,2 Millionen Euro im Jahr 2016. Mit der zahlenmäßigen Berichterstattung über die Einnahmen- und Ausgabenstruktur kommt die Rosa-Luxemburg-Stiftung der Selbstverpflichtung der politischen Stiftungen nach Öffentlichkeit und Transparenz der Mittelverwendung nach, wie sie in einer gemeinsamen Erklärung der parteinahen Stiftungen 1998 fixiert wurde und seither von allen Stiftungen praktiziert wird.

Die wichtigsten Zuwendungen kommen aus dem BMI (sogenannte Globalmittel), dem BMZ, dem BMBF und dem AA. Die Globalmittel bilden das Rückgrat für die politische Bildung im Inland und für den Unterhalt der Geschäftsstellen. Die bereitgestellten Mittel dienen der Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, der Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln sowie der Vergabe von Forschungsmitteln mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung, vor allem auf dem Gebiet der Bildungsforschung.

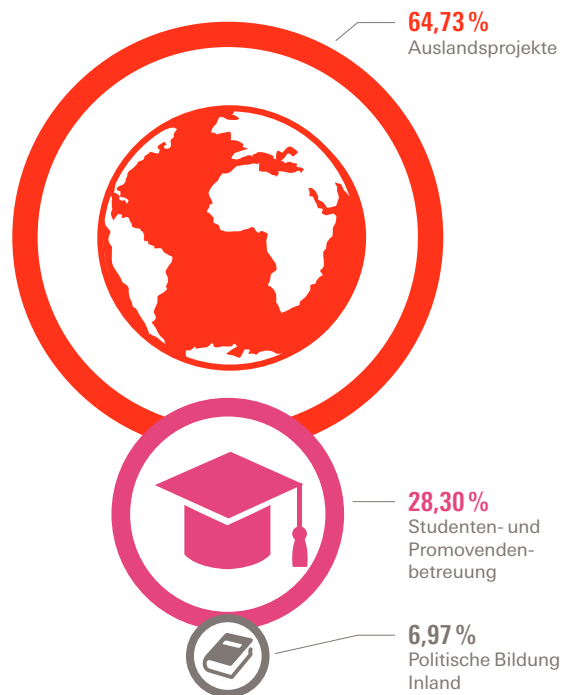
Mithilfe der Mittel aus dem BMZ und dem AA unterhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Netz internationaler Beziehungen. Das schließt die Finanzierung von Auslandsbüros, von Projekten mit Partnerorganisationen und von Veranstaltungen im Ausland ein. Die Zuwendungen aus dem BMBF sind für Stipendien zur Förderung hochbegabter Studierender und Promovierender vorgesehen. Neben diesen Bundesmitteln



## ZUWENDUNGEN 2016



## FACHAUSGABEN 2016

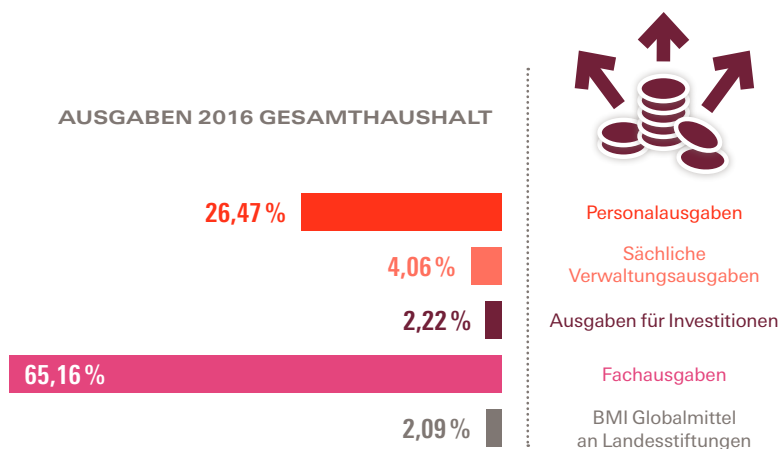


können die parteinahen Stiftungen Gelder aus den Landeshaushalten in Anspruch nehmen. Im Rahmen des Stiftungsverbundes werden diese Mittel durch zehn Landesvereine genutzt.

Die Stiftung hat ihre satzungsgemäßen Aufgaben in organisatorischer und personeller Unabhängigkeit von der ihr nahestehenden Partei zu erfüllen und darf dieser auch keine Mittel oder geldwerten Leistungen zuteilwerden lassen. Die jährlichen Zuschüsse erhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung aufgrund von Zuwendungsbescheiden, die mit Nebenbestimmungen zur Sicherstellung der Zweckbindung der Mittel und der Kontrolle ihrer Verwendung versehen sind. Als politische

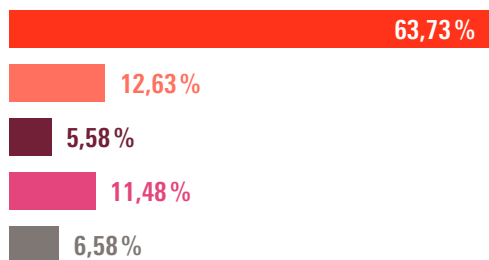
Stiftung ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung verpflichtet, die jährliche Wirtschaftsführung von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft kontrollieren zu lassen. Für das Geschäftsjahr 2016 wurde vom Wirtschaftsprüfer bestätigt, dass die Globalmittel des BMI sowie die Verwaltungskostenzuschüsse der anderen Ministerien entsprechend den gesetzlichen Vorschriften wirtschaftlich und sparsam verwendet und die Auflagen eingehalten wurden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung verfügt über ein Controllingverfahren, das sachlich und personell in ausreichendem Umfang eingerichtet ist, die zeitnahe und ordnungsgemäße Einhaltung der Zuwendungsbestimmungen zu prüfen.

### AUSGABEN 2016 GESAMTHAUSHALT



### AUSGABENSTRUKTUR HAUSHALT INLAND 2016

BMI und Verwaltungskostenzuschüsse vom BMZ, AA und BMBF



## VERMÖGENSRECHNUNG ZUM 31.12.2015

<b>Aktiva</b>		<b>31.12.2015 in Euro</b>	<b>31.12.2014 in Euro</b>
<b>A</b>	<b>Anlagevermögen</b>		
I	Immaterielle Vermögensgegenstände		
	Markenrechte	5.000,00	5.000,00
	EDV-Software	356.778,25	38.811,11
II	Sachanlagen		
	Betriebs- und Geschäftsausstattung	732.102,71	629.184,77
	Geleistete Anzahlungen auf Anlagen im Bau	4.080.452,48	4.080.452,48
III	Finanzanlagen	50.000,00	25.000,00
	<b>Summe Anlagevermögen</b>	<b>5.224.333,44</b>	<b>4.778.448,36</b>
<b>B</b>	<b>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>		
I	Sonstige Forderung	1.931.713,00	3.181.713,00
II	Forderung aus Zuwendungen	0,00	0,00
III	Sonstige Vermögensgegenstände	160.383,64	183.123,68
	<b>Summe Forderungen</b>	<b>2.092.096,64</b>	<b>3.364.836,68</b>
<b>C</b>	<b>Liquide Mittel</b>		
	<b>Summe liquide Mittel</b>	<b>2.055.363,42</b>	<b>2.236.376,13</b>
<b>D</b>	<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>38.317,15</b>	<b>42.722,78</b>
<b>Summe</b>		<b>9.410.110,65</b>	<b>10.422.383,95</b>

<b>Passiva</b>		<b>31.12.2015 in Euro</b>	<b>31.12.2014 in Euro</b>
<b>A</b>	<b>Reinvermögen</b>		
I	Stand Vorjahr	285.325,49	311.756,71
II	Überschuss/Fehlbetrag	48.215,63	-26.431,22
III	Rücklagen	15.819,71	15.819,71
IV	Rücklagen	45.000,00	45.000,00
	<b>Summe Reinvermögen</b>	<b>394.360,83</b>	<b>346.145,20</b>
<b>B</b>	<b>Sonderposten aus Zuwendungen</b>	<b>5.224.333,44</b>	<b>4.778.448,36</b>
<b>C</b>	<b>Rückstellungen</b>		
	Sonstige Rückstellungen	539.091,86	349.626,82
<b>D</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>		
I	Verbindlichkeiten Kreditinstitute	2.471,71	5.153,72
II	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.407.680,37	554.620,73
III	Sonstige Verbindlichkeiten	25.007,97	24.387,97
	<b>Summe Verbindlichkeiten</b>	<b>1.435.160,05</b>	<b>584.162,42</b>
<b>E</b>	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>1.817.164,47</b>	<b>4.364.001,15</b>
<b>Summe</b>		<b>9.410.110,65</b>	<b>10.422.383,95</b>

## AUFWANDS- UND ERTRAGSRECHNUNG ZUM 31.12.2015

		2015 in Euro	2014 in Euro
<b>I</b>	<b>Erträge</b>	<b>53.574.756,57</b>	<b>52.196.979,19</b>
1	Zuwendungen des Bundes	53.452.060,87	52.032.269,98
2	Spenden	9.241,00	8.892,63
3	Mitgliedsbeiträge	14.897,50	15.090,00
4	Sonstige Einnahmen	98.557,20	140.726,58
<b>II</b>	<b>Aufwendungen</b>	<b>-53.526.540,94</b>	<b>-52.223.410,41</b>
1	Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit	-36.062.033,50	-33.418.783,44
	Tagungen und Seminare	-1.430.363,82	-809.325,73
	Veröffentlichungen	-565.436,93	-493.997,29
	Forschungsprojekte	-427.600,83	-316.521,47
	Weiterleitung von Globalmitteln	-1.266.995,06	-1.064.554,60
	Förderung von Studierenden und Promovierenden	-10.459.351,14	-10.285.853,76
	Internationale Zusammenarbeit	-21.277.175,18	-19.963.530,47
	Sonstige Fachausgaben	-635.110,54	-485.000,12
2	Personalausgaben	-13.971.835,16	-12.401.135,85
	Löhne und Gehälter	-11.530.664,64	-10.342.946,98
	Soziale Abgaben	-2.441.170,52	-2.058.188,87
3	Sächliche Verwaltungsausgaben	-2.687.744,99	-2.161.579,37
	Geschäftsbedarf	-491.702,15	-347.512,78
	Sonstige sächlichen Verwaltungsausgaben	-2.196.042,84	1.814.066,59
4	Investitionen	-804.927,29	-4.241.911,75
<b>III</b>	<b>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>48.215,64</b>	<b>-26.431,22</b>

## EINNAHMEN IM JAHR 2016 (VORLÄUFIG)

<b>I</b>	<b>Einnahmen in Euro</b>	<b>57.356.552,80</b>
<b>1</b>	<b>Zuwendungen</b>	<b>57.197.714,40</b>
	Bundesministerium des Inneren (einschl. SB-Mittel)	11.812.931,086
	Bundesministerium für Bildung und Forschung	11.193.169,16
	Verwaltung des Deutschen Bundestages für internationale Parlamentspraktika	16.146,47
	Auswärtiges Amt Stipendien	851.683,00
	Auswärtiges Amt Projekte	5.429.200,00
	Zuwendung Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	27.127.939,58
	Baumittel	766.645,11
<b>2</b>	<b>Steuerneutrale Einnahmen/Spenden</b>	<b>64.928,15</b>
<b>3</b>	<b>Mitgliedsbeiträge</b>	<b>14.675,00</b>
<b>4</b>	<b>Sonstige Einnahmen</b>	<b>99.932,10</b>
<b>5</b>	<b>Erlösschmälerungen</b>	<b>-20.696,85</b>



**AUSGABEN IM JAHR 2016 (VORLÄUFIG)**

<b>II</b>	<b>Ausgaben in Euro</b>	<b>-57.303.684,62</b>
<b>1</b>	<b>Personalausgaben</b>	<b>-15.168.493,33</b>
	davon Personalkosten Inland	-11.593.313,99
	a) Löhne und Gehälter	-12.719.832,85
	b) Soziale Abgaben und Sonstiges	-2.448.660,48
<b>2</b>	<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b>	<b>-3.598.234,51</b>
2.1	Geschäftsbedarf, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Verbrauchsmittel	-1.594.364,01
	Netzwerk-, Software- und Systembetreuung	-157.304,95
	Wartungsgebühren und Reparaturen	-29.651,25
	Werkzeuge und Kleingeräte	-40.088,23
	Büro- und Verbrauchsmaterial	-30.249,92
	Gerätemieten	-66.185,99
	Einstellung in den Sonderposten für Investitionen	-1.270.883,67
2.2	Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke und Baulichen Anlagen	0,00
2.3	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	-2.003.870,50
	Sonstige Aufwendungen für Personal	-161.575,91
	Raummiete und Raumkosten	-871.835,52
	Versicherungen	-5.206,69
	Beiträge und sonstige Abgaben	-57.601,44
	Fremdarbeiten Werkverträge Verwaltung	-339.561,22
	Werbung/Annoncen	-34.826,90
	Kosten Repräsentation	-28.655,92
	Bewirtungskosten	-1.692,75
	Reisekosten (sächl. VerwKost)	-176.474,94
	Porto, Telefon, Internetkosten	-144.205,63
	Zeitschriften, Bücher, Medien	-41.001,58
	Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung, Buchführung	-67.612,76
	Nebenkosten des Geldverkehrs	-15.334,16
	Übrige Aufwendungen, Beiträge, Spenden	-7.484,38
	Fahrzeugkosten	-11.892,99
	Sonstige Verwaltungsausgaben	-18.432,83
	Sonstige Ausgaben	-20.474,88
<b>3</b>	<b>Fachausgaben</b>	<b>-38.536.956,78</b>
	Fachausgaben BMI gesamt	-2.326.462,94
	BMI Globalmittel an Dritte	-1.196.846,16
	Auslandsprojekte	-24.168.803,09
	Studenten- und Promovendenbetreuung	-10.569.026,34
	Studienförderung Inland	-9.818.569,44
	Studienförderung Ausland	-735.876,45
	Internationale Parlamentspraktika	-14.580,45
	Ideelle Förderung Stipendiaten	-237.895,88
	Sonstige Fachausgaben	-37.922,37

## ERLÄUTERUNGEN:

**Im Jahr 2016 wurden an folgende Vereine und Stiftungen****Globalmittel für die politische und demokratische Bildungsarbeit weitergeleitet:**

- Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg – Forum für politische Bildung und Kultur e. V.
- Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern
- «Helle Panke» e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V.
- Rosa-Luxemburg-Initiative – Bremer Forum für Bildung, Gesellschaftsanalyse und -kritik e. V.
- Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg – Forum für Analyse, Kritik und Utopie e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen – Forum für Bildung und Analyse e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Rosa-Luxemburg- Stiftung Niedersachsen e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen e. V.
- Peter-Imandt-Gesellschaft e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Saarland
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt – Verein zur Förderung von Kultur, Wissenschaft und politischer Bildung in Sachsen-Anhalt e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig- Holstein: werkstatt utopie & gedächtnis e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V.
- Max-Lingner-Stiftung
- Michael-Schumann-Stiftung

**GESAMTÜBERSICHT ALLER IM HAUSHALT 2017 ZU ERWARTENDEN EINNAHMEN UND AUSGABEN****Einnahmen in Euro\***

Zuwendungen des Bundesministeriums des Innern	11.260.000,00
Zuwendungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (voraussichtlich)	12.000.000,00
Zuwendungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages für internationale Parlamentsstipendiaten	23.660,00
Zuwendungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	28.932.000,00
Zuwendungen des Auswärtigen Amtes für Projekte	5.916.000,00
Zuwendungen des Auswärtigen Amtes für Stipendien	964.000,00

\* ohne Selbstbewirtschaftungsmittel

**Ausgaben in Euro (Auszug)**

Personalkosten	-15.500.000,00
Sächliche Verwaltungsausgaben	-2.770.000,00
davon Investitionen	-350.000,00
Fachausgaben (ohne fest angestelltes Personal)	-39.700.000,00
Bildungsprogramm	-3.700.000,00
Stipendien	-10.000.000,00
Projekte internationaler Zusammenarbeit	-26.000.000,00

## BILDNACHWEISE

Umschlag: Sogenannte Picker stellen in Brieselang (Brandenburg) im Lager des Amazon-Logistikzentrums die Bestellungen zusammen.  
Foto: picture alliance/dpa

Fotos Innenteil:

S. 5: Rico Prauss  
S. 7: picture alliance/dpa  
S. 8: DIE LINKE  
S. 9: Yevgenia Belorusez  
S. 10: alex.ch (CC BY-SA 2.0), <https://flic.kr/p/hVtu6q>  
S. 11/12: Rosa-Luxemburg-Stiftung  
S. 13: SEELAND Medienkooperative e. V.  
S. 15: Bob Simpson (CC BY-NC-SA 2.0), <https://flic.kr/p/ug5K3R>  
S. 16: Michael Heidinger  
S. 17: mojomogwai (CC BY-NC-ND 2.0), <https://flic.kr/p/gLbdLS>  
S. 18: Matthies & Schnegg, Berlin  
S. 19 oben: picture alliance/dpa  
S. 19 Mitte/unten: Rosa-Luxemburg-Stiftung  
S. 21: Philipp Wix // imaging dissent  
S. 22: DIE LINKE. Schleswig-Holstein  
S. 23: Rosa-Luxemburg-Stiftung  
S. 26 links: Alexander Schlager  
S. 26 rechts: Bundesarchiv 1011-166-0525-23, Fotograf: Franz Peter Weixler  
S. 27 links: lizsmith (CC BY-NC-ND 2.0), <https://flic.kr/p/pd8FtR>  
S. 27 rechts: Rosa-Luxemburg-Stiftung  
S. 28 links: Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen  
S. 28 rechts: Rosa-Luxemburg-Stiftung  
S. 29 links: picture alliance/dpa  
S. 29 rechts: Rosa-Luxemburg-Stiftung  
S. 30 links: gerrit.photography (CC BY 2.0), <https://flic.kr/p/oVA4xy>  
S. 30 rechts: EnergieAgentur.NRW (CC BY 2.0), <https://flic.kr/p/e2S6Ya>  
S. 31 links: Karl Dietz Verlag Berlin  
S. 31 rechts: Rosa-Luxemburg-Stiftung  
S. 32 links: Foto: Barbara Meffert (Privatbesitz Marlis Apitz)  
S. 32 rechts: frankieleon (CC BY 2.0), <https://flic.kr/p/HACjXt>  
S. 33 links: Thimo Schuff/commons.wikimedia.org (CC BY-SA 3.0 DE)  
S. 33 rechts: Rosa-Luxemburg-Stiftung  
S. 35/37: Rosa-Luxemburg-Stiftung  
S. 38–41: Teamfotos: Rosa-Luxemburg-Stiftung  
S. 44: Jann Wilken  
S. 45: Augen Blicke Afrika e. V.  
S. 46–53: Yevgenia Belorusez  
S. 54: Academics for Peace  
S. 55: Monster4711 (CC0 1.0), <https://de.wikipedia.org/wiki/Streik#/media/File:Druckerstreik.jpg>  
S. 59: Rosa-Luxemburg-Stiftung  
S. 60: Marie Geißler  
S. 63: Rosa-Luxemburg-Stiftung  
S. 65: Alexander Schlager  
S. 66: Rosa-Luxemburg-Stiftung  
S. 67 oben: Rosa-Luxemburg-Stiftung  
S. 67 unten: picture alliance/dpa  
S. 71: Rico Prauss  
S. 72: Christiane Brinkmann/Rico Prauss

## IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Martin Beck  
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin  
Gestaltung: Heike Schmelter  
Gesamtproduktion: MediaService GmbH Druck und Kommunikation, Berlin

## KONTAKT

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin  
Tel. 030 44310-0  
[www.rosalux.de](http://www.rosalux.de), [info@rosalux.de](mailto:info@rosalux.de)

Alle Daten und Zahlenangaben beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf den Stand vom Januar 2017.



**«In einer Klassengesellschaft  
ist der Klassenkampf eine  
ganz natürliche, unvermeidliche  
Erscheinung.»**

ROSA LUXEMBURG